



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Finanzausgleich 2012 im Fokus

Hauptthema der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München war der Kommunale Finanzausgleich 2012. Nach einer angeregten Diskussion mit den leitenden Ministerialbeamten Isolde Naht, Markus Schön und Harald Hübner - Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer musste aus terminlichen Gründen kurzfristig absagen - wurde unter der Leitung des Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle ein umfangreicher Forderungskatalog der KPV verabschiedet.

Wie die KPV darin zunächst betont, „steht der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2012 grundsätzlich einmal unter folgenden günstigen Vorzeichen“: Der Erfolg der CSU, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 2012 bis 2014 schrittweise auf den Bund zu übertragen, bringe für die kommunalen Haushalte deutliche Entlastungen. Erfreulicherweise konnte der Freistaat Bayern 2010 zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von einer halben Milliarde Euro und einen Rückfluss aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 400 Millionen Euro verbuchen. Steigende Steuereinnahmen aufgrund einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung böten für den nächsten Doppelhaushalt grundsätzlich gute Bedingungen, über den kommunalen Finanzausgleich die kommunalen Haushalte weiter zu entlasten.

Herausforderungen

Diesen positiven finanziellen Entwicklungen stünden jedoch gewaltige kostenträchtige Herausforderungen gegenüber, heißt es weiter. Nach wie vor stiegen die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen um rund 250 Millionen Euro jährlich. Insbesondere aufgrund einer weiteren Zunahme der Fallzahlen müsse nach 2011 auch 2012 mit einem deutlichen Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze gerechnet werden. Die Forderung der KPV: „Es muss endlich ein Bundesleistungsgesetz auf den Weg gebracht wer-

den mit einer Kostenbeteiligung von Bund und Land bei den kontinuierlich und massiv ansteigenden sozialen Lasten. Die Ausgaben in diesem Bereich steigen seit Jahren schneller als die Einnahmen der kommunalen Haushalte in den übrigen Bereichen. Damit muss endlich Schluss sein. Die demographische Entwicklung bereitet immer mehr Kommunen mit andauerndem Bevölkerungsrückgang massive Probleme. Diese Gemeinden brauchen dringend finanzielle Hilfen möglichst unabhängig von ihrer Einwohnerzahl, um ihre Infrastruktur entsprechend anzupassen.“

Hohe kommunale Investitionen

Weitere Herausforderungen: „Die durch den strengen Winter 2010/11 verursachten Straßenschäden erfordern nach wie vor hohe kommunale Investitionen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn regionale und kommunale Energiekonzepte erstellt werden. Die Kommunen brauchen neben einer fachkundigen Beratung hierzu auch eine notwendige finanzielle Begleitung. Die Kommunen sind nach wie vor gefordert, im Rahmen der Investitions- und Betriebskosten beim Krippenausbau und bei der Ganztagsbetreuung tatkräftig mitzuwirken und für ein familienfreundliches Klima im Freistaat Bayern zu sorgen.“

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention stelle ebenfalls eine gewaltige Herausfor-



Bei der KPV-Sitzung in München: Die leitenden Ministerialbeamten Markus Schöne, Isolde Naht und Harald Hübner zusammen mit KPV-Landesvorsitzendem Stefan Rößle und Landesgeschäftsführerin Christiane Juckenack (v. l.). Foto: Ki

derung dar, wobei dies nach Ansicht der KPV im Rahmen der Konnexitätsregelungen bzw. außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs zu regeln ist. Die Bundeswehrstrukturreform wiederum bedeute für zahlreiche Bundeswehrstandorte massive Einschnitte. In diesem Zusammenhang sei es unbedingt erforderlich, dass Bund und Land außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs den betroffenen Kommunen Kompensationsmittel zur Verfügung stellen, damit negativen strukturellen Entwicklungen entgegen gewirkt werden kann. Die von Standort-schließungen und massivem Abbau betroffenen Kommunen seien für die Entwicklung und

Umsetzung entsprechender städtebaulicher Konzepte dringend auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

Teure Begehrlichkeiten

„Der KPV liegt es besonders am Herzen, dass die negativen finanziellen Entwicklungen durch entsprechend höhere Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich 2012 ausgeglichen werden. Eine Verbesserung der Kommunalfinanzen muss Vorrang haben vor sehr teuer kommenden Begehrlichkeiten wie weiteren Steuersenkungen auf Pump, einem kostenfreien letzten Kindergartenjahr oder der (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Gemeindetag:

In Erwartung klarer Signale

Mit Blick auf die aktuelle Steuerschätzung hat Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl vor allzu großer Euphorie gewarnt. Angesichts der weiterhin angespannten Situation der öffentlichen Haushalte meinte der Verbandschef: „Wir dürfen die möglichen Steuereinnahmen von morgen nicht heute schon ausgeben. Oberstes Ziel muss weiterhin die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sein.“

Für das laufende Jahr rechnet der Arbeitskreis Steuerschätzung mit Steuerermehreinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in Höhe von insgesamt 16,2 Milliarden Euro. Auf die Kommunen entfällt wohl ein Betrag von 2,6 Milliarden Euro. Für die bayerischen Städte und Gemeinden wären dies ca. 400 Millionen Euro.

Angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und möglicherweise weiterer EU-Länder dürfte eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schwierig genug werden, mutmaßt Brandl. Hinzu kämen für die Kommunen die weiterhin steigenden Ausgaben in der Jugend- und Sozialhilfe (bundesweit 45 Milliarden Euro;

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Städte verändern ihr Gesicht

Die Forderung nach einem Programm mit festen Strukturen – Stichwort Energiewende – stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags in München. Wie der Verbandsvorsitzende, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, deutlich machte, „müssen Städte, Gemeinden, Landkreise und vor allem die Stadtwerke einbezogen werden, damit der Ausbau der dezentralen Energieversorgung funktioniert. Ohne Kommunen gelingt die Energiewende nicht.“

Zur Gründung der Bayerischen Energieagentur durch die Bayerische Staatsregierung meinte Maly: „Es ist ein guter Ansatz, wenn sich die Energieagentur bayernweit um die Gestaltung der Energiewende kümmert. Allerdings fehlt ein klares Konzept. Die jetzige Ausstattung der Energieagentur mit drei Millionen Euro und geplanten 16 Mitarbeitern ist nur ein kleiner Tropfen, notwendig ist ein kräftiger Schluck Stärkungsmittel: Nötig sind Fördermittel zur Planung der Energiewende mit kommunalen Energiegenutzungsplänen und Energie-

entwicklungsplänen. Es fehlen Mittel zum Ausbau von Anlagen und Leitungen. Und: Die Kommunen haben Bedarf an Energieberatung, daher ist ein flächendeckendes Netz mit regionalen Energieagenturen oder lokalen Energiemanagern nötig.“

Energieberatung

Die staatliche Energieagentur müsse ein flächendeckendes Netz an regionalen Energieagenturen unterstützen. Das funktioniert nicht ohne finanzielle Förderung durch das Land. Gerade kleinere Städte und Gemeinden benötigten eine Energieberatung, wie sie bereits Energieagenturen in einzelnen Regionen leisten.

Laut Bayerischer Verfassung haben Städte und Gemeinden ei-

in Bayern ca. 6 Milliarden Euro; in den Jahren 2000 bis 2009 gab es einen Anstieg um mehr als 2 Milliarden Euro), der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, die Inklusion in den Schulen und die Energiewende. Brandl zufolge versprechen Bund und Länder den Bürgern weiterhin eitel Sonnenschein und lassen die Kommunen bei der Umsetzung dieser Aufgaben ziemlich im Regen stehen.

Unterfinanzierung

Auch für großzügige Steuerergänzung sei jetzt der falsche Zeitpunkt, betonte der Präsident. Angesichts der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte erwarte der Bayerische Gemeindetag ein klares Signal des Freistaats. „Die strukturschwachen Regionen Bayerns erwarten einen kräftigen Beitrag aus dem Füllhorn, damit dort die Lichter nicht ausgehen“, so (Fortsetzung auf Seite 4)



„My desk is my castle“ ist die Devise des Bürgermeisters, spricht man ihn auf neue Entwicklungen an, in großen Büros nicht mehr jedem Mitarbeiter einen festen Arbeitsplatz und -tisch zuzuweisen. Was modern und flexibel klingt, ist meist nur ein Vorwand für Einsparungen auf Kosten der Übersichtlichkeit. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Erfreuliche Nachrichten vom Deutschen Tourismustag in München: Besonders erfolgreich war in den letzten Jahren auch die Gastgeberstadt, mit mehr als einer Million Übernachtungen und ihrer beispielhaften Infrastruktur. Mehr vom Deutschen Tourismustag auf Seite 16. Bild: Ines Saraiva

Sie lesen in dieser Ausgabe

Nachtragsetat 2012: Insel der Stabilität	Seite 2
SGK-Landesversammlung: Motivierte Mannschaft	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Vielfalt statt Einfalt	3
Kommunaler Finanzausgleich: Auf Rekordhöhe	3
Bayerischer Nahversorgungstag: Nah am Kunden	3
GZ-Fachthemen: Energie für Bayerns Kommunen	5-14
Schulungen für kommunale Entscheider	15
Fremdenverkehr	16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Insel der Stabilität mit Kompromissen

Kabinetts legt dem Landtag den Nachtragsetat 2012 vor

Die Koalition hat sich nach mancherlei Querelen auf den Entwurf des Nachtragshaushalts 2012 geeinigt. Er soll von den im Frühjahr vorausgeplanten 43,1 auf 44,3 Mrd. Euro steigen. Dank 3,5 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen heuer und nächstes Jahr kann der Freistaat 2012 rund 700 Mio. Euro mehr ausgeben, gleichzeitig seine Rücklagen stärken und sogar 120 Mio. Euro zur Schuldentilgung verwenden. Die von der Regierung Stoiber vor sechs Jahren eingeleitete Etatpolitik ohne Schulden wird bestätigt. Aufgebesserte Ausgaben Schwerpunkte bleiben Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule, Energiewende und Stärkung des ländlichen Raumes. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) fasste nach der abschließenden Kabinettsklausur in St. Quirin am Tegernsee zusammen, Bayern stehe als Insel der Stabilität so gut da, wie nie zuvor. Sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) zeigte sich ebenso zufrieden, auch angesichts mancher Kompromisse. Für den neuen Finanzminister Markus Söder (CSU) war es ein überzeugender Start.

Die zweitägige Klausur hatte ständig Rückkopplung mit dem Koalitionsausschuss, wobei nicht nur zwischen beiden Fraktionen, sondern auch in der CSU Meinungsunterschiede auszugleichen waren. Das Resultat ergab, dass zur Stärkung des ländlichen Raumes und zur Abfederung des demografischen Wandels 232 Mio. Euro eingeplant wurden. Bis 2016 sollen diese Mittel auf insgesamt 1,3 Mrd. Euro steigen. Für die Energiewende sind im Nachtrag 2012 rund 126 Mio. Euro vorgesehen. Dafür läuft Ende dieses Jahres das Klimaprogramm aus, für das in vier Jahren 350 Mio. Euro zur Verfügung standen. Der Straßenbau wird statt zunächst vorgesehener Kürzungen mit 105 Mio. Euro aufgeplustert. Für ein sekundenschnelles Breitbandnetz stehen 20 Mio. Euro zur Verfügung.

Zur Wirtschafts- und Regionalförderung sind 48 Mio. Euro mehr veranschlagt, vorerst 14

Mio. Euro sind für die vom Bundeswehrabzug bis 2017 besonders betroffenen bayerischen Standorte angesetzt. Es werden zwar nur drei von 58 völlig geschlossen, aber von den bisher 50.700 Dienstposten sollen etwa 19.700 gestrichen werden. Staatskanzleiminister Thomas Kreuzer (CSU) hat die angekündigten Kontakte vor Ort bereits landesweit begonnen; viel hängt davon ab, was der Bundesverteidigungsminister zum Ausgleich wirtschaftlicher Verluste in den Standorten leistet

Bildungspaket

Speziell um das 138 Mio. Euro schwere Bildungspaket des Nachtragsetats gab es in der Koalition und in der CSU ein Hin und Her. Das kostenfreie dritte Kindergartenjahr wird nur stufenweise eingeführt, nachdem sich Seehofer persönlich dafür in der eigenen Fraktion durchsetzte. Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) zog das Fazit, „Bayern bringt Wahlfreiheit und Qualität zusammen“. Die völlige Kostenfreiheit wird stufenweise eingeführt; zunächst nur für Kinder, die täglich nicht länger als sechs Stunden in der Kita sind. Für die anderen Kinder wird der Elternbeitrag um monatlich 50 Euro entlastet. Mehr als 90 Mio. Euro sollen zum Ausbau der Kinderkrippen ausgegeben werden.

1.000 Lehrerstellen

Einig war man sich, möglichst viel zu tun, um Grundschulstandorte zu erhalten, die durch den demografischen Wandel bedroht sind. Die Gesamtschule soll im Standortinteresse ausgebaut werden.

Für den Kultusminister bleibt es bei den angekündigten 1.000 Lehrplanstellen. Sie sollen zur Senkung der Klassenstärken beitragen. Die Universitäten bekommen 18 Mio. Euro zusätzlich für mittelfristig 10.000 neue Studienplätze. Die Studiengebühr bleibt.

Einen Kompromiss gab es auch bei der Beamtenbesoldung. Die Forderungen des Beamtenbundes wurden nur teilweise erfüllt. Es bleibt bei der gestaffelten Erhöhung der Bezüge. Nach 1,9% zum 1. Januar kommen erst am 1. November 2012 weitere 1,5 % dazu. Ein Ausgleich für die heurige Nullrunde. Seehofer appellierte an die über 200.000 Beamten, auch die sonstigen, nicht selbstverständlichen Leistungen zu berücksichtigen, etwa die Reduzierung der Wochenarbeitszeit und das gleich bleibende Weihnachtsgeld. Für den Bayerischen Beamtenbund zeigte sich Vorsitzender Rolf Habermann bitter enttäuscht.

Für die Opposition enthält der Etatentwurf zu viele Nullsum-

menspiele und zu wenig Zukunftsgestaltung, wie Haushaltsexperte Volkmar Halbleib (SPD) zusammenfasste. Längst Überfälliges werde als Sensati-

„Weiterer Schritt auf dem Wettbewerbskurs“

Die Staatsregierung hat nach eingehender Prüfung entschieden, dass die Nahverkehrsleistungen im Bayerischen Oberland im Wettbewerb vergeben werden sollen. „Die Bayerische Oberlandbahn ist ein Vorzeigeprojekt, das schon heute den Erfolg des Wettbewerbs belegt. Die erneute Ausschreibung ist ein weiterer Schritt auf dem geradlinigen bayerischen Wettbewerbskurs, der 1998 im Oberland begonnen hat“, erläuterte Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil.

Der Bundesgerichtshof hat im Februar diesen Jahres entschieden, dass Eisenbahnverkehrsleistungen grundsätzlich im Wettbewerb vergeben werden müssen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Staatsregierung nun zu einer Ausschreibung entschlossen, bei der die Wünsche der Region berücksichtigt werden. „Mit der Ausschreibung werden wir die Qualitätsanforderungen und das Fahrplanangebot ausweiten. Das ermöglicht der Wettbewerb, denn auch der künftige Betreiber muss die Leistungen erbringen, die wir bei ihm bestellen“, erklärte Zeil.

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) wird zwischen München, Bayrischzell, Tegernsee und Lenggries erneut das bewährte Kuppel- und Flügelkonzept ausschreiben – mit einem verbesserten Angebot und mehr Sitzplätzen in der Hauptverkehrszeit, einem erweiterten Halbstundenrhythmus im Berufsverkehr morgens Richtung München und abends Richtung Oberland sowie mehr Leistungen auch am Wochenende.

Die Besonderheit: Fahrzeug- und Werkstatt wurden bei der Erstausschreibung der Verkehre im Oberland vom Freistaat gefördert. „Wir wollen im Rahmen der Wiederausschreibung die Weiterentwicklung der in der Region beliebten ‚Integral‘-Fahrzeuge und der Werkstatt in Lenggries sichern“, betonte der Minister. Damit wären auch die Arbeitsplätze der bisherigen Mitarbeiter weiter garantiert. Nötig ist dazu die Zustimmung des jetzigen Betreibers, der Bayerischen Oberlandbahn GmbH.

on verkauft, kritisierte FW-Fraktionschef Hubert Aiwanger. Grünen-Fraktionsvorsitzende Theresa Schopper wertete den Entwurf gleichfalls als insgesamt enttäuschend bis negativ. Der Finanzminister wird das Zahlenwerk demnächst zur Ersten Lesung in den Landtag einbringen. Die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes, erfahrungsgemäß noch mit gewissen Änderungen, soll nach Ausschussberatungen im Frühjahr 2012 im Plenum erfolgen. **rm**

„Weiterer Schritt auf dem Wettbewerbskurs“

Die Staatsregierung hat nach eingehender Prüfung entschieden, dass die Nahverkehrsleistungen im Bayerischen Oberland im Wettbewerb vergeben werden sollen. „Die Bayerische Oberlandbahn ist ein Vorzeigeprojekt, das schon heute den Erfolg des Wettbewerbs belegt. Die erneute Ausschreibung ist ein weiterer Schritt auf dem geradlinigen bayerischen Wettbewerbskurs, der 1998 im Oberland begonnen hat“, erläuterte Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil.

Der Bundesgerichtshof hat im Februar diesen Jahres entschieden, dass Eisenbahnverkehrsleistungen grundsätzlich im Wettbewerb vergeben werden müssen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Staatsregierung nun zu einer Ausschreibung entschlossen, bei der die Wünsche der Region berücksichtigt werden. „Mit der Ausschreibung werden wir die Qualitätsanforderungen und das Fahrplanangebot ausweiten. Das ermöglicht der Wettbewerb, denn auch der künftige Betreiber muss die Leistungen erbringen, die wir bei ihm bestellen“, erklärte Zeil.

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) wird zwischen München, Bayrischzell, Tegernsee und Lenggries erneut das bewährte Kuppel- und Flügelkonzept ausschreiben – mit einem verbesserten Angebot und mehr Sitzplätzen in der Hauptverkehrszeit, einem erweiterten Halbstundenrhythmus im Berufsverkehr morgens Richtung München und abends Richtung Oberland sowie mehr Leistungen auch am Wochenende.

Dämme gegen Spielhallenflut erst 2012

Länder-Staatsvertrag im Dezember
SPD und Grüne bringen eigene Gesetzentwürfe im Landtag ein

Mit einem Spielhallengesetz zur Eindämmung der „Landplage Glücksspiel“ wird es noch einige Zeit dauern. Im Frühjahr hatte Innenminister Joachim Herrmann gehofft, die bundesweite Neuordnung im Zusammenhang mit dem zum Jahresende 2011 fälligen neuen Staatsvertrag auch in Bayern durch Verordnung oder Gesetz vor allem für die Kommunen neuen Spielraum zu öffnen, um die Flut des gewerblichen Glücksautomatenspiels einzudämmen und der wachsenden Spielsucht vor allem junger Menschen Einhalt zu gebieten. Jetzt sieht es so aus, als ob dies erst zum 1. Juli 2012 möglich sein wird. Der Länder-Staatsvertrag soll von den Ministerpräsidenten nach schwierigen Verhandlungen und Uneinigkeit am 15. Dezember unterschrieben werden.

Im Bayerischen Landtag sehen SPD und Grüne die Zeit zum Handeln gekommen und haben ihre längst vorbereiteten Gesetzentwürfe zur Ersten Lesung im Plenum eingebracht. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) verwies darauf, dass die kommunalen Spitzenverbände, voran der Städtetag, nicht mehr länger warten könnten. Ganze Straßen veränderten ihr Gesicht nach Art der Hamburger Reeperbahn. In Bayern sei die Zahl der Spielhallen laut Angaben der Landesstelle Glücksspielsucht in den vergangenen fünf Jahren um 36% auf über 1.500 gestiegen; schneller als in jedem anderen Land. Zur Problematik der Kommunen komme die der Menschen. Etwa 44.000 galten schon 2008 als pathologische und über 50.000 als problematische, akut gefährdete Glücksspieler mit allen sozialen Konsequenzen. In der Regel handelt es sich dabei um Männer.

Im SPD-Gesetzentwurf werden unter anderem Abstandsregelungen zwischen Spielhallen

und Spielautomaten in Gaststätten, Erweiterung der Sperrzeiten von 3 bis 11 Uhr, Verbot für Minderjährige, Aufklärungspflicht der Betreiber und des Personals über Spielsucht und Verlastungsmöglichkeiten sowie bei Verstößen Geldbußen bis 100.000 Euro festgeschrieben.

Handlungsspielraum

Christine Kamm (Grüne) sah in der Vorlage ihrer Fraktion nur geringe Unterschiede zum SPD-Entwurf. Auch sie forderte, den Kommunen mehr Handlungsspielraum zur individuellen Lösung des Spielhallenproblems zu öffnen. Nachdem Bremen, Berlin und Hessen bereits eigene Wege gegangen seien, müsse der Staatsvertrag endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Das Bundeswirtschaftsministerium sei gefordert, eine Verordnung über Spielgeräte und Gewinnmöglichkeiten zu erlassen.

Für die CSU konstatierte Klaus Stöttner weitgehende Übereinstimmung mit beiden

SGK-Landesversammlung in Hof:

Motivierte Mannschaft

Neuer Vorstand mit Oberbürgermeister
Dr. Ivo Holzinger an der Spitze

Mit einem überzeugenden Vertrauensbeweis hat die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern e.V. (SGK) in Hof ihren neuen Vorstand gewählt. An seiner Spitze steht der Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, zu seinen Stellvertretern bestimmten die etwa 50 Delegierten aus ganz Bayern die Schwabacher Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger, Bürgermeisterin Eva-Maria Linsenbreder (Kleinrinderfeld, Landkreis Würzburg), den Landrat von Dingolfing-Landau Heinrich Trapp sowie Mühldorfs Bürgermeister Günther Knoblauch.

Laut SPD-Landesvorsitzendem Florian Pronold steht in den kommenden zwei Jahren somit eine gute Mannschaft bereit, sozialdemokratische Kommunalpolitik in Bayern weiterzubringen und die Kommunalwahlen 2014 gemeinsam mit der BayernSPD erfolgreich zu bestehen.

Kritik übte Pronold in seinem Hauptreferat an der von Union und FDP beschlossenen Einführung des Betreuungsgeldes: Schwarzgelb, so der Parteichef, verschleudere jährlich fast 2 Milliarden Euro, um Kleinkinder von der frühkindlichen Bildung fern zuhalten. Dabei werde das Geld dringend für den Ausbau von Krippenplätzen benötigt. Gerade die CSU müsse in Bayern Versäumnisse bei der Betreuung von unter Dreijährigen nachholen. Nirgendwo gibt es so wenig Wahlfreiheit für Eltern, wie sie die Kinderbetreuung organisieren können“, so Pronold.

Kritik an Mittelkürzung

Gleichzeitig erneuerte der Landesvorsitzende seine Kritik an der Mittelkürzung des Bundes beim Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“: „Man kann nicht andauernd die Notwendigkeiten von Integrationsmaßnahmen beklagen und den Kommunen dafür gleichzeitig das Geld wegnehmen. Bereits im

Haushalt 2011 hat Schwarz-Gelb die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 155 Millionen gekürzt. Und bereits damals war die Sparmaßnahme ebenso falsch wie die geplanten Kürzungen für das Jahr 2012.“

„Soziale Stadt“

Das Programm „Soziale Stadt“ sei das bundesweit erfolgreichste Integrationsprogramm, fuhr Pronold fort. CSU, CDU und FDP haben seiner Auffassung nach „wohl noch immer nicht begriffen, dass Investitionen in Gebäude und ins Wohnumfeld in den Sand gesetzt sind, wenn der soziale Kitt nicht hält“. Die Kürzungspläne seien zudem mittelstandsfeindlich. Jeder Euro aus dem Bundeshaushalt für die Städtebauförderung habe acht Euro vor Ort an zusätzlichen Investitionen nach sich gezogen und tausende von Arbeitsplätzen im Handwerk geschaffen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution zur Städtebauförderung fordert die SGK Bayern die Bundesregierung auf, die Kürzungen und inhaltlichen Beschränkungen bei den Städtebauförderungsmaßnahmen und insbesondere bei der „Sozialen Stadt“ zurückzunehmen. Die gerade von der Sozialdemokratie konzipierte und 1999 von Rot-Grün eingeführte Ergänzung der Städtebauförderung um das Programm „Soziale Stadt“ diene auch anderen Ländern und in der Wissenschaft als Vorbild für moderne, integrative Politikansätze. Genau hier habe Schwarz-Gelb 70 Prozent der Mittel gestrichen, die förderfähigen Maßnahmen beschneiden und eine Übertragung von Haushaltsmitteln explizit verhindert.

Zusammenlegung der Wahltermine

In einer weiteren Resolution fordert die SGK Bayern die Staatsregierung auf, die Landtagswahlen und Bundestagswahlen im Herbst 2013 auf einen Wahltermin zu legen. Die getrennten Wahlen verursachten bei den Kommunen einen hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand, ohne dadurch einen wirklichen demokratischen Mehrwert zu erreichen. „Wir fürchten hinter der Trennung eine taktische Motivation, die Hoffnung auf eine parteipolitische Dividende aus fremder, nämlich kommunaler Investition“, so die Genossen.

Am Vorabend der Landesversammlung hatte die SGK Bayern mit dem SPD-Kreisverband Stadt Hof eine Podiumsdiskussion zur „Kommunalpolitik der Energiewende“ veranstaltet. Auf dem Podium diskutierten u. a. Gunnar Braun, Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen in Bayern, Prof. Manfred Miosga von der Uni Bayreuth und der Hofer Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz Ulrich Scharfenberg. Die Moderation hatte Eva Döhla, SPD-Kandidatin bei den OB-Wahlen in Hof im März 2012 übernommen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wallinger
93488 Schönthal
am 5. 12.

Bürgermeisterin
Elisabeth Ziegler
85764 Oberschleißheim
am 12. 12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Siegert
94513 Schönberg
am 8. 12.

Bürgermeister
Friedrich Kothmayr
85123 Karlskron
am 10. 12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Loher
84559 Kraiburg a. Inn
am 2. 12.

Bürgermeister Johann Grandinger
84434 Kirchberg
am 4. 12.

Bürgermeister Helmut Vogl
94568 St. Oswald-Riedhütte
am 12. 12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harry Scheuenstuhl
91452 Wilhelmsdorf
am 3. 12.

Bürgermeister Ernst Egner
85570 Ottenhofen
am 6. 12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Paulus
97478 Knetzgau
am 6. 12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kommunaler Finanzausgleich 2012:

Auf Rekordhöhe

Warmer Regen für Bayerns Kommunen: Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen steigt der kommunale Finanzausgleich im Freistaat im kommenden Jahr auf die neue Rekordsumme von 7,26 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Plus von knapp 400 Mio. Euro. Darauf einigten sich in München Finanzminister Markus Söder, Innenminister Joachim Herrmann, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags MdL Georg Winter sowie die Präsidenten der vier kommunalen Spitzenverbände.

Laut Finanzminister Söder „bedeutet dieser höchste Finanzausgleich aller Zeiten eine faire Beteiligung der Kommunen an der Prosperität des Landes und ist ein wuchtiges Signal“. Ziel der Verhandlungen sei gewesen, die Kommunen fair zu behandeln und starke Akzente in den Bereichen Bildung und ländlicher Raum zu setzen. So steigen die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2012 sogar um 6,5 Prozent oder 412,9 Mio. Euro auf rund 6,79 Mrd. Euro.

Die Kommunen erhalten künftig dauerhaft einen höheren Anteil am Steueraufkommen: Ihr Anteil am Steuerverbund steigt von 12,2 auf 12,5 Prozent. Das bedeutet für sie Mehreinnahmen in Höhe von 77 Mio. Euro. Außerdem werden die Gelder für die kommunalen Investitionen um 81 auf 255 Mio. erhöht, was vor allem kleineren und ärmeren Gemeinden zugute kommen soll.

Positive Entwicklung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sieht im Ergebnis der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2012 eine sehr positive Entwicklung, die sich der Freistaat einiges kosten lasse. Herrmann sagte im Anschluss an die Verhandlungen, es sei besonders wichtig, dass die Erhöhung der Landesleistungen im FAG um 6,5 Prozent besonders bei den schwächeren Kommunen ankommen wird. „Damit setzt der Kommunale Finanzausgleich einen Schwerpunkt zugunsten der schwächeren Kommunen.“

Als Bauminister begrüßte Herrmann am Verhandlungsergebnis insbesondere den Umstand, dass die Investitionskraft der Kommunen gestärkt worden ist. Darüber hinaus profitierten die Kommunen auch von der Erhöhung der Finanzausgleichsmittel für Staatsstraßen in kommunaler Sonderablast um zehn auf 30 Mio. Euro.

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, sprach von einer „hervorragenden Verbesserung der kommunalen Finanzstrukturen“. „Wir freuen uns außerordentlich, dass der Finanzminister die sehr unterschiedliche Finanzlage der Kommunen erkannt und auch unserer Bitte nach einer deutlichen Verbesserung der sog. Mindestinvestitionspauschale entsprochen hat.“ Mit einem Aufwuchs von 75 Mio. Euro würden die finanzschwachen Kommunen hier deutlich gestärkt.

Demografiefaktor

Zusammen mit dem Demografiefaktor und einem Plus von 100 Mio. Euro in der Schlüsselmasse würden die Kommunen mit wirtschaftlichen Problemen unterstützt. Die Investitionsmittel für den Schulhausbau waren Brandl zufolge ebenfalls wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen: Sie konnten um 80 Mio. Euro auf 330 Mio. Euro angehoben werden.

Der Gemeindetag hegt die Hoffnung, dass durch die Verbesserung der Zuweisungen an die Landkreise und Bezirke, die sich zu rund 76 Mio. Euro saldieren, Umlageerhöhungen zu Lasten der kreisangehörigen Ge-

meinden durch Kreise und Bezirke vermieden werden können.

Brandl: „Wir freuen uns auch, dass die investiven Bereiche (Bildung und Straßenbau) gestärkt werden können. Ein Gesamtplus von 421 Mio. Euro bei den reinen Landesleistungen, die jetzt bei 6.786,5 Mio. Euro liegen, ist ein deutliches Signal, dass der Freistaat ein starker und verlässlicher Partner für die Kommunen ist.“

Tragfähiger Kompromiss

„Selbst von einem neuen Finanzminister war kaum zu erwarten, dass er die Kommunen im Finanzausgleich wie ein verfrühtes Christkind reich beschert. Natürlich wären den Kommunen mehr Mittel willkommen gewesen, aber insgesamt ist der Kommunale Finanzausgleich 2012 ein tragfähiger Kompromiss“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Mehr Mittel für Schulbau

Wichtig erscheine, dass im kommunalen Finanzausgleich für strukturschwache und finanzschwache Kommunen mehr Mittel vorgesehen werden. Maly: „Erfreulich ist, dass – neben einer hohen Summe für Schlüsselzuweisungen – die Mittel für den Schulbau erheblich erhöht worden sind. Dies war möglich, weil der Staat letztlich noch 105 Mio. Euro draufgelegt hat. Das ist als kommunalfreundlich anzuerkennen und angesichts der Mehreinnahmen des Freistaats

4. Bayerischer Nahversorgungstag in Ansbach:

Nah am Kunden

Nicht nur der ländliche Raum, sondern auch viele größere Städte in Bayern haben immer öfter mit Defiziten bei der Nahversorgung zu kämpfen. Im Mittelpunkt des vom bayerischen Wirtschaftsministerium, dem HBE (Handelsverband Bayern) und der CIMA Beratung + Management veranstalteten 4. Bayerischen Nahversorgungstages in Ansbach standen deshalb Konzepte und Lösungsmöglichkeiten, mit denen dieser Entwicklung entgegengesteuert werden kann.

Wie Marco Schmitt, Präsidiumsmitglied des HBE, vor über 100 Vertretern aus Handel und Kommunen erläuterte, müssten zur Lösung der Nahversorgungsprobleme vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und der anhaltenden Ausdehnung großflächiger Einzelhandelsbetriebe auf der grünen Wiese alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Dabei komme den Kommunen eine ebenso wichtige Bedeutung zu wie der unternehmerischen Initiative und der Kreativität des Handels. Schmitt: „Wenn wir die Attraktivität unserer Innenstädte und Ortskerne steigern wollen, brauchen wir eine qualitativ und quantitativ gute Nahversorgung.“

Lebensqualität

Die Lebensqualität und die Zukunftsperspektive insbesondere des ländlichen Raums in Bayern müsse verbessert und damit eine intakte Nahversorgung gewährleistet werden. Doch nicht nur der ländliche Raum habe mit einer unzureichenden Nahversorgung zu kämpfen. „Die Versorgung mit Lebensmit-

kein Akt der Nächstenliebe, sondern angemessen.“ Positiv sei ferner die Erhöhung der Mittel für die Bezirke, die letztlich den Städten und Gemeinden über die Bezirksumlage zu Gute kommt.

Maly warnte davor, die Erwartungen an den kommunalen Finanzausgleich zu überfrachten: „Der Finanzausgleich ist nur bedingt geeignet, um Probleme der demographischen Entwicklung in den Griff zu bekommen oder um strukturschwachen Regionen zu helfen: Hier ist der Freistaat mit einer gezielten Strukturpolitik gefragt.“

Zuwachs für Bezirke

Landkreispräsident Jakob Kreidl sprach von einem „guten Tag für die bayerischen Kommunen“. Erneut propagierte er einen Anteil am Steuerverbund von 15 Prozent. Laut Finanzminister Söder hat es dies zuletzt 1965 gegeben. Auch der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke und niederbayerische Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein begrüßte das „gute Ergebnis für die Bezirke und ihre Umlagezahler“. Der Freistaat Bayern erhöhe nach intensiven Verhandlungen seine Leistungen an die Bezirke im nächsten Jahr um 40 Mio. Euro auf 623,6 Mio. Euro. Damit wird im Finanzausgleich 2012 für die bayerischen Bezirke ein Zuwachs erreicht, der dem gesamten Zuwachs der letzten sechs Jahre entspricht. Positiv zu werten sei auch, dass die zusätzlichen Mittel an die Bezirke überwiegen, d. h. mit 37,5 Mio. Euro, aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Freistaats und nicht aus Verbundmitteln finanziert werden.

Wie Hölzlein betonte, „ist dies ein deutliches Signal, dass der Freistaat die Notwendigkeit zusätzlicher staatlicher Leistungen für die Finanzierung der sozialen Aufgaben durch die Bezirke ernst nimmt“. Zugute komme



Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Duden erläutert das Wort „differenziert“ mit „aufgegliedert, vielschichtig, in die Einzelheiten gehend“. Und genau das macht das differenzierte, dreigliedrige Schulsystem: es ist aufgegliedert für verschiedene Begabungen der Kinder, eröffnet vielschichtige Möglichkeiten und schert nicht alle über einen Kamm. In fast allen Bereichen unseres Lebens schreitet die Differenzierung immer mehr fort, werden die Methoden immer feingliedriger und die Wege immer unterschiedlicher. Nur im Bildungssystem soll nach der Meinung nicht Weniger alles anders sein, nicht Differenzierung sei angesagt, sondern Zusammenfassung und Vereinheitlichung.

Vielfalt statt Einfalt

Das differenzierte, dreigliedrige Schulwesen in Bayern steht wieder einmal in der Diskussion und in der Kritik, weil der CDU-Parteitag von Leipzig die Vereinigung von Haupt- und Realschule zu einer Oberschule beschlossen hat. Dass dabei Erinnerungen an die frühere polytechnische Oberschule der DDR, in der dort alle Jugendlichen gehen mussten, aufkommen, ist sicherlich nur eine unbeabsichtigte Randnotiz. Oft wird auch behauptet, dass das Gesamtschulsystem besser geeignet sei als das gegliederte Schulsystem, ethnisch familiär oder gesellschaftlich bedingte Defizite bei Schülern zu beheben oder diese besser zu fördern. Entgegen anders lautenden Behauptungen gibt es dafür jedoch keine wissenschaftlichen Untersuchungen, die dies beweisen.

Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen, Fähigkeiten, Neigungen und Interessen. Nur ein differenziertes Schulsystem mit stark profilierten Schularten kann der Unterschiedlichkeit der jungen Menschen gerecht werden. Die Förderung der Kinder gelingt am besten durch Schularten und Schulabschlüsse, die auf ihre verschiedenen

Talente und Fähigkeiten zugeschnitten sind. So unterbreitet jede Schulart, z.B. Mittel-, Real- und Wirtschaftsschule sowie Gymnasium und berufliche Oberschule, den jungen Menschen ein besonderes pädagogisches Angebot.

Besonders im Feuer der Kritik steht immer die Hauptschule, die in Bayern erfolgreich zur Mittelschule weiterentwickelt worden ist. Ob es den Bildungsideologen gefällt oder nicht, es wird auch in Zukunft den typischen „Haupt- oder Mittelschüler“ geben, der eine grundlegende, aber praxisbetonte Ausbildung braucht. Daneben wird es auch weiterhin den typischen „Realschüler“ und den typischen „Gymnasiasten“ geben. Wie soll aber der „Haupt-/Mittelschüler“ besonders in seinen Talenten und Fähigkeiten gefördert werden, wenn er mit einem „Realschüler“ in einen Topf geworfen wird, wobei umgekehrt natürlich dasselbe gilt. Oder soll die „Oberschule“ nur ein Etikettenschwindel sein, wo unter einem Dach auf der linken Seite die Realschule und auf der rechten Seite die Hauptschule inhaltlich weiter bestehen?

An der zur Mittelschule weiterentwickelten Hauptschule bestehen drei Zweige, in denen sich die Schülerinnen und Schüler auf ihre berufliche Tätigkeit vorbereiten können. Die jungen Menschen werden dabei intensiv auf die duale Ausbildung vorbereitet und in der Berufsorientierung und im Erwerb der Ausbildungsreife zusammen mit der Agentur für Arbeit und der Wirtschaft besonders gefördert. Darin liegt das unverwechselbare Profil dieser Schulart. Der Ländervergleich 2010 hat ergeben, dass die Schülerinnen und Schüler in Bayern z.B. ihren Mitschülern in Einheitschulländern um bis zu zwei Schuljahre voraus sind.

Der Erhalt des gegliederten Schulwesens mit wohnortnahen, eigenständigen Mittelschulen liegt im wohl verstandenen Interesse der Schülerinnen und Schüler. Die Auflösung einer Kernschulart wie der Haupt-/Mittelschule wäre deshalb ein schwerer pädagogischer Fehler zu Lasten der jungen Menschen.

Ihr Gerhard Weber

die Erhöhung der Zuweisungen über die Bezirksumlage letztlich den Städten, Landkreisen und Gemeinden. **DK**

Um den Bedarf zu decken, müssten sich die Gemeinden auf ihre eigenen Stärken besinnen und das Problem selbst angehen. Diese Stärke bestehe in allererster Linie darin, dass die Gemeinden im ländlichen Raum für ihre Einwohner nicht nur Schlafstädte oder Immobilienstandorte sein wollen, sondern im besten Sinne des Wortes „Heimat“. Eine Heimat, für die sie auch bereit sind, sich zu engagieren. Für die Nahversorgung heiße das Stichwort dazu „Dorfladen“. Gerade beim Aufbau von Dorfläden sei – neben verschiedensten Fördermöglichkeiten – das bürgerschaftliche Engagement entscheidend.

Gemeinsamer Dorfladen

Die Bürgerinnen und Bürger müssten den Dorfladen gemeinsam aufbauen und gemeinsam finanzieren. „Dann werden sie ihn auch als ihren Laden begreifen und annehmen, so dass sich der Betrieb wirtschaftlich tragen kann“, zeigte sich Hessel überzeugt. Diese Zusammenarbeit lasse sich vielfach am besten dadurch formell herstellen, indem man die Rechtsform der Genossenschaft wählt.

Helfen könne bei der Errichtung eines Dorfladens auch die Renaissance, die in der Gesellschaft in den letzten Jahren die Wertschätzung der regionalen Wirtschaftskreisläufe erlebt. Hessel: „Bei der Konzeption von Dorfläden sollte man sich natürlich an bewährten Vorbildern orientieren. Man sollte aber auch den Mut haben, quer zu denken.“ Ein Dorfladen müsse an die örtlichen Gegebenheiten angepasst sein. Er könne neben der Versorgung mit Lebensmitteln durchaus auch andere Nahversorgungsfunktionen mit übernehmen. Immer wieder sei zu

hören, dass sich der Dorfladen zum kommunikativen Mittelpunkt entwickelt.

Bestes Beispiel hierfür ist der Dorfladen Amerdingen eG im Donau-Ries, der heute nicht mehr aus dem Ort wegzudenken ist, wie Erster Bürgermeister Herrmann Schmidt darlegte. Das Konzept, einen Dorfladen durch die Gemeinde zu bauen und an eine Genossenschaft zu vermieten, habe sich in Amerdingen bestens bewährt und sei damit ein hervorragendes Beispiel für den Aufbau und Betrieb eines Dorfladens in strukturschwachen Regionen. Der Amerdinger Dorfladen sei ein Laden für alle Generationen, dafür sprächen der bewusst gewählte Standort neben der Schule und Kindergarten sowie der kostenlose Bustransfer für die Bürger der umliegenden Gemeinden.

Fahrdienst

Als besonderen Service biete man den älteren Bürgern der umliegenden Ortschaften an, alle zwei Wochen kostenlos zum Einkauf in den Dorfladen gefahren zu werden. Auf Wunsch werde den älteren Mitmenschen die Ware kostenlos zugestellt. Die Landfrauen basteln zu Weihnachten Gestecke, Kränze, Tischschmuck usw. sowie zu Allerheiligen Grabschmuck. Der Verkauf findet im Dorfladen statt.

Von klein und groß gut angenommen wird auch der Dorfladen Simonshofen eG im Landkreis Nürnberger Land, wie Vorstand Marga Maib erklärt. Seit der Eröffnung des Dorfladens Ende April 2010 wird er zum Einkauf aber auch als Treffpunkt genutzt. Ebenfalls gegründet als Genossenschaft, kauften 96 Personen damals insgesamt 119 Anteile zu je 180 Euro. **DK**

In Erwartung...

(Fortsetzung von Seite 1)

Brandl in Richtung des neuen bayerischen Finanzministers Dr. Markus Söder.

Eine finanzielle Unterstützung erwartet sich der Bayerische Gemeindegeldtag auch für die von der Bundeswehrreform betroffenen Städte und Gemeinden im Freistaat. Komplet geschlossen werden sollen die Standorte Fürstentfeldbruck, Kaufbeuren und Penzing. Von signifikanten Reduzierungen betroffen sind Altenstadt, Amberg, Bamberg, Bayerisch Eisenstein, Deggendorf; Donau-

wörth, Erding, Füssen, Hammelburg, Kempten, Manching, München, Regensburg, Roth, Sonthofen, Traunstein, Untermeitingen, Volkach, Wildflecken sowie Würzburg.

Bund und Freistaat müssten finanzielle Hilfen bereitstellen, um die strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen von Standortschließungen und Truppenreduzierungen angemessen zu kompensieren. Es sollte insoweit ein eigenständiges Konversionsprogramm geschaffen werden. Zur Abmilde-

rung der über die städtebaulichen Wirkungen hinausgehenden Folgeschwierigkeiten seien zusätzliche Finanzmittel im Bereich der Wirtschaftsförderung vorzusehen. Dabei sei aufgrund der langjährigen Neuordnungsprozesse eine mehrjährige und kontinuierliche finanzielle Unterstützung sicher zu stellen.

Klare Perspektive

Die betroffenen Gemeinden benötigten zudem eine klare zeitliche Perspektive und Transparenz für die Vorbereitung der Liegenschaftskonversion und der wirtschaftlichen, städtebaulichen,

infrastrukturellen und sozialen Anpassung an die Standortschließungen und -reduzierungen. Der Bund müsse daher zügig einen Zeitplan mit Angaben zu den Zeiträumen der Aufgabe der Standorte und der geplanten Freigabe der Liegenschaften veröffentlichen. Besonderer Wert sei darauf zu legen, dass die Kommunen über die Entwidmung deutlich vor der förmlichen Freigabe der Liegenschaften erfahren, damit sie über mögliche bauleitplanerische Maßnahmen entscheiden können.

Darüber hinaus müssen die Gemeinden nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbands sofort Informationen über die einzelnen Liegenschaften sowie deren bauliche und infrastrukturelle Ausstattung einschließlich eventuell vorhandener Altlasten erhalten. In Kooperation von Bund, Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden sei ein abgestimmtes Verfahren für die Liegenschaftskonversion zu entwickeln.

Die Kommunen erwarten vom Freistaat, dass er ähnlich wie bereits bei der letzten Rüstungskonversion zeitnah eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Städte und Gemeinden organisiert und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Netzwerk der Betroffenen aufbaut. Die bei der letzten Konversionswelle entwickelte Arbeitshilfe zu den rechtlichen, planerischen und finanziellen Aspekten der Konversion militärischer Liegenschaften sei in diesem Zusammenhang fortzuschreiben und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Konversion

Die vom Bund mit der Abwicklung der Konversion beauftragte Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) müsse die entsprechenden Flächen zunächst den Standortgemeinden anbieten. Dabei sollten die Überleitung der aufgegebenen Liegenschaften in kommunales Eigentum und eine Nachfolgenutzung entsprechend dem von den Gemeinden entwickelten Planungsleitbild Vorrang vor den Erlösinteressen des Bundes haben. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es sich insoweit nicht um ein herkömmliches Grundstücksgeschäft handeln kann, sondern dass berücksichtigt werden muss, dass die Kommunen durch die Aufgabe der Standorte schwer in ihrer städtebaulichen und wirtschaftlichen Struktur getroffen werden.

Scharfe Kritik übte Brandl schließlich an den Plänen des bayerischen Innenministeriums, Gemeinden von der staatlichen Förderung für digitale Endgeräte ihrer Feuerwehren auszuschließen. „Das Gleichbehandlungsgebot verlangt, alle Gemeinden und Städte gleichermaßen zu fördern. Wenn eine Stadt oder Gemeinde beschlossen hat, dem Staat kein eigenes gemeindliches Grundstück für einen Antennenmast anzubieten, so darf diese Kommune nicht von der für alle Gemeinden geltenden staatlichen Förderung ausgeschlossen werden. Wir werden mit dem bayerischen Innenminister darüber noch intensive Gespräche führen.“

Endgeräteförderung

Das bayerische Innenministerium hatte in einer Pressemitteilung erklärt, dass keine Kommune um die staatliche Endgeräteförderung fürchten müsse, „wenn sie konstruktiv bei der Suche nach Standortgrundstücken mitwirkt“. Deutlicher formuliert es der aktuelle Entwurf eines Sonderförderungsprogramms für digitale Endgeräte: „Haben Gemeinden für den Netzaufbau technisch erforderliche Standorte nicht bereitgestellt, ist eine Förderung von Endgeräten nach diesem Sonderförder-

programm ausgeschlossen.“

Laut Brandl ist dies nicht akzeptabel: „Vor zwei Jahren haben wir uns dem Innenminister gegenüber bereit erklärt, dass die Kommunen bei der Einführung des Digitalfunks die Betriebskosten anteilig mittragen. Zudem haben wir zugesagt, die Gemeinden aufzufordern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Standorte für Digitalfunkantennen zu suchen. Eine Verknüpfung zwischen der Bereitstellung eines kommunalen Grundstücks für den Staat und einer Förderung der digitalen Endgeräte für die Feuerwehren war weder beabsichtigt noch vereinbart. Es ist nicht fair, wenn jetzt einzelnen

Gemeinden im Freistaat der Geldhahn zugekehrt wird. Das werden wir klar zur Sprache bringen.“

Der Freistaat Bayern baut derzeit ein digitales Funknetz für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren auf. Im Herbst 2009 hatten die kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat Bayern vereinbart, dass Städte und Gemeinden - wenn möglich - geeignete Grundstücke für staatliche Antennenmasten zur Verfügung stellen. Der Freistaat hatte eine 80-prozentige Förderung der Beschaffung digitaler Funkgeräte für die Feuerwehren in Aussicht gestellt. **DK**

Finanzausgleich...

(Fortsetzung von Seite 1)

Abschaffung der Studiengebühren.“ Vor diesem Hintergrund stellt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU für den Finanzausgleich 2012 folgende Forderungen:

1. Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 FAG um 80 Millionen Euro

Die Bezirke rechnen für das Jahr 2012 mit einem Ausgabenzuwachs von gut fünf Prozent. Das bedeutet eine Zunahme des Zuschussbedarfs von rund 160 Millionen Euro. Da dem erheblichen Ausgabenzuwachs der Bezirke in den Sozialhaushalten in den letzten Jahren nur minimal steigende bzw. sogar stark rückläufige Umlagegrundlagen sowie stagnierende staatliche Zuweisungen gegenüberstanden, war ein erheblicher Anstieg der Bezirksumlagesätze in den Jahren 2010 und 2011 unabwendbar. Auch im Jahr 2012 droht ein weiterer Anstieg der Bezirksumlagesätze, da trotz des Einstiegs des Bundes in die Finanzierung der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsunfähige die steigenden Ausgaben aus den sich abzeichnenden Entlastungen nicht finanziert werden können. Das offenbleibende Defizit von rund 80 Millionen Euro sollte möglichst vollständig durch entsprechend höhere staatliche Zuweisungen abgedeckt werden.

2. Finanzielle Entlastung von Kommunen mit einer zurückgehenden Bevölkerungszahl

Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

► Ausweitung des Demografiefaktors bei den Schlüsselzuweisungen von bisher fünf auf zehn Jahre

► Einführung eines Demografiezuschlags bei den Investitionspauschalen

► Öffnung des Förderrahmens im Bereich Art. 10 FAG und Art. 13 c Abs. 1 FAG. Dabei ist die KPV auch offen für einen Höchstsatz bis zu 90 Prozent in besonderen Härtefällen.

► Eine ausreichende Ausstattung des Topfes für Bedarfzuweisungen insbesondere für demographische Härtefälle; in diesem Zusammenhang soll die Kürzung des Landkreisanteils von 4,2 Mio. Euro auf 2,4 Mio. Euro wieder zurückgenommen werden.

► Auch das Modellprojekt der Konsolidierungshilfe soll fortgeführt werden (ca. 6 Mio. Euro)

► Deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, weil davon insbesondere Kommunen mit geringen Gewerbesteuererträgen profitieren.

3. Aufstockung der Hochbaufördermittel gemäß Art. 10 FAG um 100 Millionen Euro

4. Erhöhung der GVFG-Förderung um 25 Millionen Euro

Nach wie vor können eine ganze Reihe von kommunalen Straßenbaumaßnahmen nicht genehmigt werden, da über die Zukunft der GVFG-Förderung nach 2013 durch den Bund noch nicht entschieden ist. Die Bayerische Staatsregierung muss den Bund diesbezüglich

möglichst umgehend zu einer Entscheidung drängen. Da in zurückliegender Zeit der vorzeitige Baubeginn für eine ganze Reihe von geplanten GVFG-Maßnahmen nicht mehr erteilt werden konnte, ist es notwendig, dass der Freistaat Bayern den entsprechenden Fördertopf nochmals um 25 Millionen Euro erhöht. Dadurch werden auch entsprechende kommunale Eigenanteile ausgelöst, was zu einer Stärkung der Tiefbauunternehmen führt, die durch die staatlichen Hilfsprogramme in der Konjunkturkrise nicht im selben Maße davon profitieren konnten wie die Hochbauunternehmen.

5. Aufstockung der Finanzzuweisungen für staatliche Aufgaben

Die Finanzzuweisungen für die Durchführung von Staatsaufgaben und Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wurden letztmals 1999 aufgestockt. Die KPV schließt sich der Forderung der kommunalen Spitzenverbände an, die Finanzzuweisungen um fünf Prozent zu erhöhen, da durch die Aufgabenmehrungen und die Kostensteigerungen insbesondere beim Personal die anfallenden Kosten bei der Durchführung der Aufgaben bei weitem nicht mehr abgedeckt sind.

6. Anpassung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung

Durch die zunehmenden Ganztagsangebote sowie die Schulreformen im Bereich der Mittelschulen, aber auch der Realschulen und Gymnasien ergibt sich ein weiterer Anstieg der Schülerbeförderungskosten. Diese erhöhen sich darüber hinaus aufgrund steigender Treibstoffpreise und Personalkosten. Die bisherige Erstattungsquote von 60 Prozent muss unbedingt beibehalten werden. Dafür ist eine entsprechende Anpassung der Fördersumme notwendig.

7. Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuererwerb von derzeit 12,2 % auf zunächst 13 % im Jahr 2012

8. Anhebung des kommunalen Anteils am Kraftfahrzeugsteuerersatzverband um mindestens fünf Prozentpunkte

Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverband betrug vor 2003 noch 65 % und wurde 2004 auf 42,8 % reduziert, ehe er 2008 und 2009 auf mittlerweile wieder 51 Prozentpunkte angehoben wurde. Damit die kommunale Infrastruktur erhalten werden kann und die notwendigen Spielräume für zukunftsorientierte Investitionen geschaffen werden können, ist es notwendig, den Anteil mittelfristig wieder auf die ursprünglichen 65 % zu erhöhen. In einem ersten Schritt werden für 2012 5 % (das entspricht ca. 78,6 Millionen Euro zusätzlich) gefordert. Mit diesen zusätzlichen Mitteln sollen die Straßenunterhaltszuschüsse, die 2003 erheblich gesenkt wurden, wieder erhöht, aber auch der kommunale Straßenbau sowie die unter Ziffer 4 geforderte Erhöhung der GVFG-Zuschüsse finanziert werden. **DK**

Städte verändern ihr...

(Fortsetzung von Seite 1)

nen Sicherstellungsauftrag für die örtliche Energieversorgung. Diese Sonderrolle muss sich Maly zufolge bei der organisatorischen Einbindung der Kommunen in der Bayerischen Energieagentur widerspiegeln. Er plädierte für eine Verknüpfung von bayernweiter Steuerung und autarken Lösungen vor Ort. Die Investitionen in Überlandnetze, Gaskraftwerke, Pumpspeicher, Photovoltaik, Geothermie und Windkraft bräuchten von der Basis her Unterstützung. Die neue staatliche Energieagentur müsse mit den vier regionalen, kommunal getragenen Energieagenturen in Bayern, die Vorbildliches leisten, zusammenarbeiten. „Dies schafft Synergieeffekte für die Energiewende vor Ort.“

Die Standorte von Windrädern, Photovoltaikanlagen und Wasserkraftanlagen seien zu bündeln. Es mache wenig Sinn, „wenn kreuz und quer im Land ein Windrad mal hier und mal dort aus dem Boden wächst“. Statt einer kleinteiligen Vereinzelung empfehle sich eine Bündelung von Energieanlagen. Für die Errichtung von Energieanlagen müssten die Genehmigungsverfahren vereinfacht und Hemmnisse abgebaut werden. Städte und Gemeinden benötigten als Träger der Planungshoheit rechtliche Instrumente, um Anlagen städtebaulich geordnet und landschaftsschonend errichten zu können.

Eine zentrale Rolle bei der Energiewende spielten kommunale Unternehmen: Stadtwerke verfügten über technisches Wissen und Erfahrung zur dezentralen Energieversorgung. Maly: „Stadtwerke sind die geborenen Partner für die Energiewende. Daher müssen die Rahmenbedingungen für Investitionen von Stadtwerken in Netze und Energieanlagen stimmen. Die Stadtwerke brauchen einen rechtlichen Rahmen, damit sie über ihre Grenzen hinweg und in interkommunaler Zusammenarbeit zusammenwirken können. Man darf nicht nur in kommunalen Grenzen denken, sondern muss die regionalen Potentiale im Blick behalten - dies geht über gemeindliche Grenzen oder Bezirksgrenzen hinweg.“

Maly zufolge darf die Energiewende nicht nur daran ansetzen, Atomenergie durch regenerative Energie zu ersetzen; die umweltfreundlichste Kilowattstunde sei diejenige, die gar nicht erzeugt werden muss. Beim Energiesparen öffne sich ein weites Feld in der energetischen Sanierung von Gebäuden. „Während beim Neubau mit der Energieeinsparverordnung ENEC heute und künftig enorme Standards gesetzt werden, leisten wir uns, dass 97 Prozent des Gebäudebestands auf schlechtem Niveau sind. Das trifft vor allem die Wohnblöcke aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren. Hier ist der Bedarf am größten - und sind die Kosten am höchsten. Ein Gesetz zur Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden ist ein wesentlicher Beitrag, um die En-

ergiewende zu schaffen.“

Stichwort Kinderbetreuung: „Wenn es mit der Finanzierung durch die Länder so schleppend weiter geht, laufen wir Gefahr, dass sich der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz bis Anfang August 2013 nicht erfüllen lässt. Bund, Länder und Kommunen müssen sich an einen Tisch setzen, um einen Ausweg zu finden, damit nicht Kommunen mit Klagen und findigen Schadenersatzforderungen überzogen werden“, betonte Maly.

Gestiegener Bedarf

Wie der Vorsitzende hervorhob, wird die als durchschnittliche Zielmarke angenommene Quote von 35 Prozent zur Versorgung von Kindern unter drei Jahren bis zum 1. August 2013 sowohl im Landesdurchschnitt als auch in besonders betroffenen Städten erheblich überschritten. Der Bedarf an Betreuungsplätzen sei in den letzten Jahren erheblich stärker gestiegen als noch vor wenigen Jahren gedacht wurde. Vor allem in den größeren Städten müsse mit Betreuungsquoten von über 40 Prozent wie in Augsburg bzw. von über 50 Prozent wie in München oder Nürnberg gerechnet werden. Vor dem Hintergrund der rasant steigenden Bedarfszahlen stelle sich die Frage, ob sich der Rechtsanspruch tatsächlich einlösen lässt. Maly: „Hier sollte doch der alte Rechtsgrundsatz gelten: Was einem nicht möglich ist, kann einem nicht abverlangt werden.“

Laut Maly hat der Freistaat nicht zuletzt durch die Vorleistung der bayerischen Städte und Gemeinden beim Ausbau der Kinderbetreuung aufgeholt. Betrug im Jahr 2006 der Versorgungsgrad landesweit 7 Prozent sind es im Jahr 2011 bereits 24 Prozent. Aktuell gibt es in Bayern rund 76.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ab dem Jahr 2013 rund 110.000 Plätze notwendig sein werden; das wäre eine Versorgungsquote von durchschnittlich 36 Prozent landesweit. Allerdings schwankt der Bedarf in den kreisfreien Städten Bayerns zwischen unter 30 bis zu 60 Prozent.

Maly: „Die Kommunen haben einen Großteil der Kosten getragen - und zwar bei Investitionskosten und Betriebskosten. Bei den Investitionskosten für den Bau neuer Krippen haben Bund und Freistaat die Kommunen gut unterstützt. Investitionskosten fallen einmalig an, Betriebskosten schlagen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Miete, Heizung und Reinigung. Beim Großteil der Betriebskosten hat uns der Freistaat bislang im Regem stehen lassen.“

Ein weiteres Problem stelle sich im Personal und beim Bau von Krippen. Vor allem in den Großstädten fehlten Fachkräfte: „Der Arbeitsmarkt ist in diesem Bereich wie leer gefegt.“ Wegen

der hohen Mietkosten und hohen Lebenshaltungskosten seien Erzieherinnen und Erzieher kaum bereit, in die Stadt zu ziehen. Doch damit nicht genug: Aufgrund der hohen Immobilienpreise und dem Mangel an Grundstücken oder geeigneten Gebäuden sei es in Großstädten besonders schwer, zusätzliche Krippenplätze zu bauen.

Zum Thema Spielhallen bemerkte der Verbandsvorsitzende: „Die Städte verändern ihr Gesicht in manchen Straßen und die Lebensqualität sinkt in der Nachbarschaft der Spielhallen.“ Anwohner klagten über die Verdünnung von Handel und Gewerbe, im Fachjargon „Trading-Down-Effekt“. Im Gefolge siedelten sich Internet-Cafés, Mobilfunkläden, Fastfood-Theken, Wettbüros und Billigläden an. Anwohner beklagten die reduzierte Wohnqualität und die Zunahme von Schmutz und Lärm.

Allerdings können Städte und Gemeinden Maly zufolge kaum etwas gegen die Ansiedlung von Spielhallen unternehmen: Weder das Glücksspielrecht, das Gewererecht noch das Bauplanungsrecht gäben den Kommunen wirksame Instrumente an die Hand. So ermöglicht es etwa das Baugesetzbuch nicht, Spielhallen vollständig auszuschließen oder zahlenmäßig zu beschränken, zum Beispiel durch Festlegung von Mindestabständen zwischen Spielhallen. Maly: „Der Städtetag fordert rechtliche Grundlagen, um die Ausweisung und Errichtung von Spielhallen zu bremsen. Wir brauchen wirksame rechtliche Instrumente, um die Ausbreitung von Spielhöhlen eindämmen zu können. Daher hat der Städtetag bereits im April 2010 eine Spielautomatensteuer als Instrument gegen Spielhallen gefordert.“

Laut Landesstelle für Glücksspielsucht in Bayern ist zwischen dem Jahr 2000 und 2010 die Anzahl der Glücksspielgeräte in Spielhallen verzeichnete gar eine Steigerung von 177 Prozent. Die Stadt Augsburg beispielsweise meldet eine Verdreifachung der konzessionsierten Spielhallen: Gab es im Jahr 2000 noch 348 Glücksspielgeräte, so standen im Jahr 2011 1072 Glücksspielgeräte in Augsburger Spielhallen. Die Stadt Nürnberg wiederum zählte im Jahr 1998 noch 55 Standorte und 488 Spielgeräte; im Jahr 2011 waren es bereits 144 Spielhallen mit knapp 1400 Glücksspielgeräten.

Maly: „Die jetzige Entwicklung mit einem Wildwuchs an Spielhallen muss gebremst werden. Daher fordert der Bayerische Städtetag, dass der Freistaat Bayern ein bayerisches Spielhallengesetz erlässt und den Glücksspielstaatsvertrag umsetzt. Den Kommunen wäre auch schon damit geholfen, dass zwischen Spielhallen Mindestabstände festgelegt werden können. Steuerungsmöglichkeiten nach dem Bauplanungsrecht müssen ausgebaut werden. Für Spielhallen muss es in Bayern eine längere Sperrzeit von mindestens sechs Stunden geben.“ **DK**

Stadtwerke Freudenstadt:

Mit neuer Gesellschafterstruktur für die Zukunft gut aufgestellt

Partnerschaft mit der Thüga-Gruppe bietet die Chance, das unternehmerische Engagement im Bereich der Erneuerbaren Energien auszubauen

Mit der Unterzeichnung des Konsortialvertrages hat die Neuordnung der Gesellschafterstruktur bei der Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG einen wichtigen Meilenstein erreicht. Mit Abschluss der noch ausstehenden Schritte wird die Stadt Freudenstadt mit 65, Thüga mit 20 und badenova mit 15 Prozent Gesellschafter der Stadtwerke Freudenstadt sein.

In der anschließenden Pressekonferenz zog der Freudenstädter Oberbürgermeister und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stadtwerke Julian Osswald ein positives Fazit und blickte optimistisch in die Zukunft: „Durch die Partnerschaft mit Thüga und badenova sind unsere Stadtwerke für die Herausforderungen des Umbaus im Energiemarkt hervorragend aufgestellt.“

Kundennähe

Julian Osswald betonte: „Unser gemeinsames Ziel ist, den Bürgern eine kundennahe, marktorientierte und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu bieten. Dies wird auch in Zukunft die Leitlinie unseres Handelns sein.“

enterte und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu bieten. Dies wird auch in Zukunft die Leitlinie unseres Handelns sein.“

Wichtiger Baustein

badenova sieht den Einstieg bei den Stadtwerken Freudenstadt als einen wichtigen Baustein in ihrer Strategie der kommunalen Vernetzung an. badenova-Vorstand Mathias Nikolay: „Die Stadtwerke Freudenstadt sind ein modern aufgestelltes, leistungsstarkes und kommunal verwurzeltes Unternehmen. Es macht uns stolz, dass wir bei der Auswahl

des künftigen Partners hier zum Zuge gekommen sind.“

Operative Partnerschaft

Mit ihrem Anteil von 15 Prozent signalisiert badenova das Interesse und die Bereitschaft, sich auch in eine noch stärkere operative Partnerschaft mit den Stadtwerken Freudenstadt zu begeben. Durch die in der Gasversorgung unmittelbar aneinander angrenzenden Netzgebiete eröffnen sich eine Reihe von Möglichkeiten beim Netzbetrieb, bei den Bereitschaftsdiensten sowie in der Zusammenarbeit mit den Konzessionsgemeinden in der Region Freudenstadt. Weitere potenzielle Felder gemeinschaftlicher Aktivitäten im operativen Bereich bieten sich bei der gegenseitigen Mitarbeiterfortbildung, bei gemeinsamen regionalen Projekten sowie bei technischer Unterstützung und Zusammenschlüssen von Netzen.

Bernd Rudolph, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft: „Wir sind dankbar für das in uns gesetzte Vertrauen, als Partner der Stadt Freudenstadt zusammen mit der badenova die gemeinsame Gesellschaft weiterzuentwickeln. Wir sind sicher, dass die Zusammenarbeit mit den 90 kommunalen Unternehmen der Thüga-Gruppe für die Stadtwerke Freudenstadt, aber auch für die anderen Unternehmen der Gruppe von Vorteil ist. Davon werden auch die Kunden der Stadtwerke Freudenstadt profitieren.“

Ideale Konstellation für die Zukunft

„Für die Geschäftsführung ist die neue Verankerung der Stadtwerke eine ideale Konstellation für die weitere Entwicklung“, so Oliver Daun, kaufmännischer Geschäftsführer der Stadtwerke Freudenstadt. Rainer Schuler, technischer Geschäftsführer Stadtwerke Freudenstadt: „Die Vernetzung innerhalb der Thüga-Gruppe schafft einen Know-how-Vorsprung zu unseren Wettbewerbern.“

600 Mio. Euro für moderne Infrastruktur

LfA unterstützt Kommunen in Bayern auch bei Energiewende

In den ersten neun Monaten 2011 hat die LfA Förderbank Bayern 140 Millionen Euro für neue Infrastrukturprojekte zugesagt. Die Kredite ermöglichen Investitionen von rund 600 Millionen Euro. Das Geld wird vor allem in kommunale Verkehrsprojekte, Versorgungseinrichtungen und die Energiewende investiert.

Anlässlich der Kommunale 2011 berichtete LfA-Vorstand Dr. Otto Beierl: „Unsere Darlehenszusagen für Infrastrukturprojekte im Kommunalbereich sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10 Prozent gestiegen. Erfreulich ist die wachsende Nachfrage von Stadtwerken und Versorgungsunternehmen bei der Umstellung auf regenerative Energieträger, das heißt: Die Energiewende findet vor Ort bereits statt – dort wo Energie bereitgestellt und nachgefragt wird.“

Projekte

Finanzierungsbeispiele aus dem Energiebereich sind Solarparks, Blockheizkraftwerke und Geothermieprojekte. In anderen

Infrastrukturbereichen geht es etwa um die Förderung von ÖPNV-, Straßenbau-, Wasserversorgungs- oder Erschließungsvorhaben.

Verlässlicher Partner

Dr. Beierl: „Eine moderne kommunale Infrastruktur sowie eine sichere und kostengünstige Energieversorgung sind für den Wirtschaftsstandort Bayern unverzichtbar. Die nötigen Investitionen sind aber angesichts knapper öffentlicher Haushalte ohne die Hilfe verlässlicher Finanzierungspartner kaum zu stemmen. Unsere Angebote helfen, vernünftiges Haushalten und wichtige Zukunftsthemen im Gleichschritt zu verwirklichen.“

Infos unter: <http://www.lfa.de>



Zufriedene Gesichter bei der Vertragsunterzeichnung.

Bild: Stadtwerke Freudenstadt

Thüga Erneuerbare Energien erwirbt Waldwindpark in Biebersdorf:

Ökostrom aus Windkraft für 15.600 Haushalte

Erstes bundesweites Engagement gelungen - ca. 50.000 Tonnen CO₂-Emissionen werden eingespart - Inbetriebnahme 2011

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG hat ihr erstes Windparkprojekt erworben. Die Anlage wird in Biebersdorf am Nordrand des Spreewaldes in Brandenburg errichtet. „Biebersdorf ist für uns ein Meilenstein und der erste Schritt in die Richtung eines bundesweiten Engagements in erneuerbare Energien“, so Michael Riechel, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

14 Windkraftanlagen der Firma Vestas Deutschland GmbH mit einer Gesamtleistung von 28 MW werden bis Ende des Jahres auf einem Projektgebiet in einem Kiefernwald errichtet. Der erste Spatenstich erfolgt noch in dieser Woche und wird von der Bevölkerung vor Ort, den Projektentwicklern und der Thüga Erneuerbare Energien mit Interesse erwartet. Der Windpark kann circa 15.600 Haushalte mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 4.000 kWh pro Jahr versorgen. Die geplante Stromproduktion liegt bei 62,4 Millionen kWh pro Jahr. Jährlich können durch den Windpark circa 50.000 Tonnen CO₂-Emissionen im Vergleich zur Stromproduktion mit Steinkohlekraftwerken eingespart werden.

Waldstandorte für Windparks sind erst seit circa zwei Jahren wirtschaftlich zu betreiben, seitdem der 125 Meter hohe Windturm Standard und damit markt-

fähig wurde. Bei der vorherigen maximalen Standardturmhöhe von 105 Metern fing der Wald zu viel Wind ab, um die Anlage rentabel zu bewirtschaften. In der Regel befinden sich Waldstandorte für Windkraftanlagen in Kiefernwäldern, die weder für den Naturschutz noch für die Forstwirtschaft von besonderer Bedeutung sind und zudem von den Bewohnern weit entfernt liegen.

Akzeptanz vor Ort

„Für unsere Projektentscheidung war über die Wirtschaftlichkeit hinaus vor allem wichtig, dass auch die Akzeptanz vor Ort für das Projekt vorhanden ist. Hilfreich war dabei, dass unser Projektentwickler in der Region gut vernetzt ist“, betont Dr. Kay Dahlke, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG. Projektentwickler des Windparkprojekts Biebersdorf sind die WindSale GmbH und das Ingenieurbüro Teut, die auch mit einem Büro in der Region vertre-

ten sind. Die Betriebsführung des Windparks wird nach der Inbetriebnahme Ende 2011 ein Unternehmen der WindSale-Gruppe übernehmen. Außerdem wird ein Windmühlenwart rund um die Uhr für einen reibungslosen Betrieb der Anlage sorgen und für die Anliegen der Bürger zur Verfügung stehen.

Investitionen

Die Thüga Erneuerbare Energien ist von 27 Unternehmen der Thüga-Gruppe gegründet worden und hat Anfang des Jahres ihr operatives Geschäft von Hamburg aus aufgenommen. Bis Ende 2020 möchte das Unternehmen eine Milliarde Euro in Erneuerbare Energien investieren. Der Investitionsschwerpunkt dabei liegt auf der Windkraft, die in Deutschland gegenwärtig das größte Potential hat. „Wind wird beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle spielen. In einigen Bundesländern wird bereits geprüft, wo noch zusätzliche Flächen für die Windkraft ausgewiesen werden können“, so Michael Riechel. Der Anteil der Windkraft an dem Bruttostromverbrauch lag 2011 im ersten Halbjahr bei 7,5 Prozent und ist damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 13 Prozent gestiegen.

HEUTEMORGEN

Flexibel sein oder flexibel bleiben ist für manche Energieversorger die große Frage. Für andere das große Plus.

Ein kommunaler Lebensraum sorgt nicht nur für das Heute. Sich zukunftsfähig aufzustellen ist eine von vielen Fragen, die z. B. Erfurt neu beantwortet: Durch die Zusammenarbeit im starken Stadtwerke-Netz der Thüga-Gruppe schöpfen Unternehmen wie die Stadtwerke Erfurt Gruppe Kraft, um die Energie- und Wasserversorgung nachhaltig zu sichern. Selbstständig, marktgerecht und zukunftsorientiert – das große Plus für bereits 450 Städte mit über 8 Mio. Menschen. Mehr über Ihre Möglichkeiten unter thuega.de

Das große Plus für alle

Die drei „e“ von erdgas schwaben

Energiesparen, Effizienz steigern und Erneuerbare Energien

„Setzen Sie mit erdgas schwaben auf die drei ‘e’. Lassen Sie sich zeigen, wie Sie Ihr Zuhause energetisch auf den neuesten Stand bringen, wie effizient innovative Erdgastechnik ist, wie viel Energie in Bio-Erdgas steckt und welche Fördermöglichkeiten sich aktuell bieten“, rät der Energieversorger.

Enormes Einsparpotenzial liegt in moderner Erdgastechnik. Moderne Erdgas-Brennwerttechnik rechnet sich schon nach wenigen Jahren. Gegenüber einer veralteten Heizanlage sparen Sie bis zu 40 % Energie – und senken den CO₂-Ausstoß um bis zu 51 %.

Anschaffung eines Mikro-BHKW wird unterstützt

Die Energieeffizienz lässt sich noch steigern, wenn man mit einem BHKW seinen Strom und seine Wärme zuhause produziert. Das Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt. Kleiner als eine Waschmaschine spart es rund 30 % Primärenergie, bei bis zu 60 % geringerem CO₂-Ausstoß. erdgas schwaben unterstützt die Anschaffung eines Mikro-BHKW mit einer finanziellen Förderung.

Optimale Ausnutzung der eingesetzten Energie

Blockheizkraftwerke (BHKW) garantieren eine optimale Ausnutzung der eingesetzten Energie. Jedes BHKW funktioniert nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-

Kopplung (KWK): Ein Motor produziert Strom und dessen Abwärme wird für Heizung und Warmwasser genutzt. Bei Bedarf liefert ein Brennwertgerät zusätzliche Wärme. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, wird er über den Stromzähler ins Netz eingespeist und vergütet.

Bio-Erdgas ist zu 100 Prozent umweltschonend

Jede Erdgas-Technik ist mit CO₂-neutralem Bio-Erdgas kombinierbar – ganz ohne Umrüsten. Bio-Erdgas stammt direkt aus unserer Heimat und ist zu 100 % umweltschonend. erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Mio. Euro in den Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus vier Anlagen in der Region an. Zum Beispiel aus Altenstadt: Hier werden biogene Abfälle aus Unternehmen der Umgebung entsorgt, indem man aus ihnen Bio-Erdgas gewinnt.

Jetzt neu – „schwaben strom bio“. Dieser absolute Bio-Strom steht schwabenweit zur Verfügung. Aus 100 % bayerischer Wasserkraft vom Inn, TÜV-Süd geprüft, klimaneutral. Und günstiger als viele Atomstrom-Angebote. □

Energiewende für Bayern in Dillingen:

Weiterer Privathaushalt heizt mit Bio-Wärme

erdgas schwaben netz schloss in den Herbstferien ein Privathaus in der Gabelsbergerstraße in Dillingen an die Bio-Wärmeversorgung von erdgas schwaben an. Das Biomasse-Heizkraftwerk von erdgas schwaben in Dillingen wird das Gebäude mit CO₂-neutraler Bio-Wärme mit einer Leistung von 25 kW versorgen. Durch das Biomasse-Heizkraftwerk wird die Luft in Dillingen besser und es werden rund 10.000 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart. Je mehr Dillinger sich an das neue Fernwärmenetz anschließen, desto besser fürs Klima und die Energiewende in Bayern.

„Bei schwaben netz hatte man sich bewusst für einen Termin in den Ferien entschieden, da in dieser Zeit keine Schulbusse verkehren und somit die Unannehmlichkeiten einer Baustelle für Anwohner und Schüler auf ein Minimum reduziert werden konnten“, erklärte Gerhard Mitterer, Projektleiter ‚Erneuerbare Energien und Wärme‘ schwaben netz.

erdgas schwaben netz ist eine 100-prozentige Tochter von erdgas schwaben und für Unterhalt und Bau des Erdgasleitungsnetzes verantwortlich.

Für den Anschluss wurden 25 Meter zwischen der Gabelsbergerstraße 4 und 5 voll gesperrt. Betroffene Anwohner wurden per Wurfsendung über die anstehenden Arbeiten informiert. □



1. Reihe: Petra Heinze, (4C ADVISORY), Georg Radlinger (erdgas schwaben), Dr. Karl M. Grünauer (SolarFuel). 2. Reihe: Stefan Rieke (SolarFuel), Gregor Waldstein (SolarFuel), Dr. Guido Bruch (GASAG), Gerhard Tannert (4C ADVISORY), Klaus-Peter Dietmayer (erdgas schwaben), Markus Last (Thüga), Michael Grabau (SolarFuel). □

Die Zukunft beginnt in Augsburg

Power to gas = Erdgas ist Speicher für Windkraft

Die Kraft des Windes und der Sonne auch nachts und bei Flaute zu nutzen, also den Erfolg der sprunghaften regenerativen Energien umzuwandeln in eine stetige, zuverlässige und dauerhafte Energieversorgung: Diese Aufgabe lässt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, seit drei Jahren nicht ruhen.

„Die Technik der Energieerzeugung aus Wind und Sonne ist heute soweit, dass tatsächlich genug Strom für die Industrialisierung Deutschlands produziert werden kann. Aber nicht immer! Die Speicherung dieser schwankenden Energiemengen muss gelöst werden, sonst haben wir jede Menge regenerativen Strom, den keiner braucht“, so Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. Der Lösung einen guten Schritt näher brachte der Informationsworkshop Power to gas im Hause erdgas schwaben.

In einer intensiven Arbeitsatmosphäre diskutierten Geschäftsführer Dietmayer und Georg Radlinger, Leiter Erneuerbare Energien und Innovation, mit ihren Gästen. Ziel ist es, in Graben bei Schwabmünchen, neben der Bio-Erdgasanlage von erdgas schwaben, eine Power to gas-Anlage zu bauen.

Solar Fuel als Partner

Partner hierfür ist die Firma Solar Fuel aus Stuttgart. Dipl.-Ing. Gregor Waldstein und Dipl.-Ing. Stefan Rieke haben seit 2009 einen Prototyp erfolgreich laufen, realisiert vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff Forschung Baden Württemberg (ZWS). Eine Beta-Anlage wird 2013 in Welte, Oldenburg, für Audi realisiert. Der Autobauerbeauftragte solar fuel Ende Oktober.

Für erdgas schwaben untersuchen sie nun die Machbarkeit einer 1 MW Anlage. „Ein derartiges Zukunftsobjekt ist nur mit

Partner möglich“, bestätigt Dietmayer. Gemeinsam mit der Berliner Gasag, der Gasunion und der Thüga AG soll dieses Projekt gestemmt werden.

„Derzeit gewinnt das Speichertema in der politischen Wahrnehmung zunehmend an Bedeutung. Dabei kommt dem Thema ‚Power to gas‘ aufgrund seines großen Potenzials eine besondere Bedeutung zu. Als Basis für die zwingend erforderliche Diskussion über geeignete Fördermechanismen geht die Gaswirtschaft jetzt in Vorleistung und erbringt über geeignete Leuchtturmprojekten den Nachweis der technischen Machbarkeit“, bestätigt Markus Last, Leiter Technik Thüga.

Optimaler Standort

Einen Antrag auf Fördergelder für die Speicheranlage hat erdgas schwaben bei der bayerischen Regierung gestellt. Die Lage neben dem Produktionsstandort für Bio-Erdgas in Graben ist optimal für eine Power to gas-Anlage. Das benötigte CO₂ für den Umbau des Bio-Stroms in Erdgas (Methanisierung) wird direkt von den fleißigen Mikroorganismen auf dem Nachbargrundstück geliefert. „Hier kann Energieeffizienz schon bei der Produktion beginnen“, so Georg Radlinger. „Die heutige Arbeitssitzung brachte gute Ergebnisse; die Partner arbeiten ihre Hausaufgaben ab, sodass ab Anfang nächsten Jahres an der konkreten Planung gearbeitet werden kann.“ □

Wirtschaftsminister Österreichs und Bayerns:

Für raschen Bau der Nabucco-Gaspipeline

Bayerngas voraussichtlich neuer Partner im Nabucco-Konsortium

Die Wirtschaftsminister Österreichs und Bayerns, Reinhold Mitterlehner und Martin Zeil, erklärten anlässlich des Besuchs des bayerischen Ministers in Wien: „Wir sprechen uns für eine möglichst rasche Investitionsentscheidung der beteiligten Energieunternehmen zugunsten der Nabucco-Gaspipeline aus. Dieses Projekt hat zentrale Bedeutung für die langfristig sichere Erdgasversorgung Mitteleuropas.“

Die geplante knapp 4000 Kilometer lange Gaspipeline soll künftig Erdgas aus der kaspischen Region, etwa aus Aserbeidschan und Turkmenistan, über die Türkei und Südosteuropa bis Österreich transportieren, wo es in das bestehende europäische Erdgasnetz eingespeist wird. „Wir begrüßen die Absicht der Münchner Bayerngas GmbH, sich am Nabucco-Konsortium, das von der österreichischen OMV geführt wird, mit einem nennenswerten Anteil zu beteiligen. Das erhöht die wirtschaftliche und politische Schlagkraft des Projekts und ist ein weiteres gutes Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und Bayern auf allen politischen und wirtschaftlichen Gebieten“, so Mitterlehner und Zeil.

Erhöhter Gasbedarf

Minister Zeil erläuterte: „Durch den Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie wird sich der Gasbedarf Bayerns spürbar erhöhen, weil die wegfallende Kraftwerkskapazität zu einem wesentlichen Teil durch neue, hocheffiziente Gaskraftwerke ersetzt werden muss. Damit steigt die Bedeutung von Nabucco für Bayern weiter.“ Minister Mitterlehner ergänzte: „Österreich nimmt als Gasdrehscheibe einen wichtigen Platz in

der europäischen Energieversorgung ein. Ich werde das Thema Nabucco daher auch bei meinem Besuch in Aserbeidschan und Turkmenistan in zwei Wochen ansprechen.“

Vitales Interesse

Beide Minister betonten, dass die Pipeline die langjährigen Gaslieferbeziehungen mit Russland in keiner Weise in Frage stellt. „Wir haben keine Zweifel an der langfristigen Fähigkeit und Bereitschaft unserer russischen Partner, unsere Länder auch in Zukunft verlässlich mit Erdgas zu beliefern. Russland wird der mit Abstand bedeutendste Gaslieferant für Österreich und Bayern bleiben.“ Es sei jedoch für jedermann nachvollziehbar, dass eine Diversifizierung der Bezugsquellen und Lieferwege im vitalen Interesse von importabhängigen Ländern liege.

Mitterlehner und Zeil vereinbarten, dass Österreich und Bayern das Nabucco-Projekt auf allen Ebenen – bei der EU, bei Drittstaaten und bei der Energiewirtschaft – politisch begleiten und unterstützen. „Im Interesse der Haushalte und Unternehmen in Österreich und Bayern wollen wir, dass Nabucco ein Erfolg wird“, bekräftigten die beiden Minister. □

Mehr Wettbewerb bei Strom und Gas

Bundeskartellamt beanstandet Konzessionsvergabe an kommunales Unternehmen

Städte und Gemeinden dürfen nicht mehr eigenmächtig entscheiden, wer Strom und Gas liefern darf. Das Bundeskartellamt sagt „nein“ zur Vergabe von Strom- oder Gaskonzessionen ohne wettbewerbliches Verfahren.

Wer auf öffentlichen Wegen Leitungen legen will, um Strom und Gas zu liefern, muss dafür zahlen - Konzessionsabgabe nennt sich diese Art Wegezoll, den Energieversorgungsunternehmen an die Kommunen abgeben. Die Kreisstadt Dinkelsbühl hatte ihren eigenen Stadtwerken sowie einem Energieversorgungsunternehmen Konzessionen, also Wegennutzungsrechte, erteilt – ohne anderen Unternehmen die Chan-

ce zu geben, sich zu bewerben. Nein sagte dazu am 18. Oktober 2011 das Bundeskartellamt, ohne Ausschreibung ginge das nicht (Az. B 10-6/11).

Wehrhafte Kommunen

„Der Beschluss wird sicher zum Streit führen“, so Dr. Ute Jasper, Expertin der Anwaltssozietät Heuking Kühn Lüer Wojtek, „denn die Kommunen werden sich dagegen wehren. Ihre Handlungsmöglichkeiten und ihre Selbstverwaltung werden eingeschränkt.“ Das Bundeskartellamt setzt sich uneingeschränkt für Wettbewerb ein. In § 46 Energiewirtschaftsgesetz wird ein wettbewerbliches Verfahren zur Konzessionsvergabe gefordert. Nach Ansicht des Bundeskartellamtes nutzte die Kreisstadt ihre marktbeherrschende Stellung missbräuchlich durch die wettbewerbsfreien Direktvergaben.

Gegen Inhouse-Vorgaben

„Das Bundeskartellamt wendet sich damit deutlich gegen Inhouse-Vergaben im Konzern Kommune“ beurteilt Jasper den Beschluss. Ob die Ansicht des Bundeskartellamtes mit der verfassungsrechtlich geschützten Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden vereinbar ist, werde die Zukunft zeigen. „Vielleicht sprechen die höchsten Gerichte hier das letzte Wort“, so Jasper. □

ERD GAS

erdgas schwaben ist Bio-Erdgas-Lieferant des Hotels Eggensberger, dem ersten EU-zertifizierten Bio-Hotel im Allgäu. Für umweltverträglichen Urlaub. Spitzenleistung aus der Region, auch dank:

- klimaschonendem Bio-Erdgas
- und modernster Erdgastechnik

Was die können, können Sie auch! Wir beraten Sie gerne
 Telefon 0821 9002-459
 www.erdgas-schwaben.de

An die Spitze mit **Bio-Erdgas**

Andreas Eggensberger,
Bio-Hotelier in Hopfen am See

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

VKU-Verbandstagung 2011 in Bonn:

Kommunalwirtschaft der Zukunft

„Kommunalwirtschaft der Zukunft: Innovativ - Bürgernah - Regional“: Unter diesem Motto stand das zentrale Ereignis für die kommunale Wirtschaft im Jahr 2011, das wieder rund 1.000 Führungskräften und Entscheidungsträgern kommunaler Versorgungs- und Entsorgungsentwicklungen sowie nationalen und internationalen Gästen aus Politik und Wirtschaft ein gemeinsames Forum bot. Die Themenpalette der VKU-Verbandstagung war dabei so breit wie der Ver- und Entsorgungsauftrag kommunaler Unternehmen. So ging es im Energiebereich darum, wie unter den neuen Vorzeichen in der Energiepolitik die Stadtwerke ihren Anteil zum Umbau des Energiesystems leisten können und welchen Rahmen die Politik dafür herstellt.

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck „sind wir in der Energiewirtschaft mit dem ambitionierten, aber machbaren Umbauprozess unseres Energiesystems konfrontiert. Vor uns liegt die Aufgabe, unsere Energielandschaft erneuerbarer, dezentraler und umweltschonender zu gestalten. Eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung, die den deutschen Industriestandort bewahrt, ist oberstes Ziel, an dem wir uns messen werden müssen.“ Im Mittelpunkt mehrerer Foren standen die wichtigen Themen intelligente Netzinfrastruktur, Qualität der Trinkwasserversorgung, zukünftige Ressourcenversorgung sowie Energieerzeugung bei Stadtwerken.

Keine Energiewende ohne Stadtwerke

Stephan Weil, VKU-Präsident und Oberbürgermeister von Hannover, machte deutlich: „Ohne Stadtwerke werden wir nicht flächendeckend eine dezentrale Erzeugung erleben. Oh-

ne Stadtwerke werden wir nicht die dringend notwendige dezentrale Netzmodernisierung leisten können. Ohne die Stadtwerke wird die Energiewende nicht machbar sein!“

Für gesamtgesellschaftlichen Konsens sorgen

Die Energiewirtschaft insgesamt und die Kommunalwirtschaft müssten Wert darauf legen, dass es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gibt. Wenn nicht, werde es Investitionen in der gewünschten Größenordnung nicht geben können. Das bedeute auch, dass Politik und Gesellschaft die Verantwortung für die Akzeptanz notwendiger Vorhaben nicht auf die Energiewirtschaft und auf die Stadtwerke verlagern können. Weil: „Wenn es weiterhin so bleibt, dass zunehmend bei jedem Projekt – auch der erneuerbaren Energien – zunächst viele örtliche Widerstände zu überwinden sind, dann darf man sich über Verzögerungen nicht wundern. Ich glaube, dass dieser Teil noch

nicht hinreichend bearbeitet ist.“

Zur unternehmerischen Verantwortung gehöre auch der klare Hinweis darauf, dass die Wirtschaftlichkeit all dieser Investitionen selbstverständlich sein muss, fuhr der Präsident fort. Sonst werde zum Beispiel kein Unternehmen in die Erzeugung investieren.

„Was wir derzeit erleben, ist eine erkennbare Marktverstopfung. Das gilt vor allem für Erzeugungsanlagen, die besonders effizient und flexibel sind, also exakt für diejenigen Erzeugungsanlagen, die wir für einen längeren Übergangszeitraum in der deutschen Energieversorgung benötigen. Deswegen wird man an dieser Stelle um eine Investitionsförderung überhaupt nicht herum kommen“, stellte Weil klar.

Lokale Verteilnetze modernisieren

Energieerzeugung sei unabhängig, der Strom müsse aber auch verteilt werden, so der OB. Deswegen sei auch die Modernisierung dieser lokalen Verteilnetze absolut zwingend, wenn der Einstieg in ein System der erneuerbaren Energieversorgung tatsächlich gewünscht werde. Die lokale Dimension der Netzmodernisierung werde immer noch völlig unterschätzt „und es wird unsere Aufgabe sein, in den nächsten Jahren nach und nach an dieser Stelle Erkenntnisarbeit zu leisten“. Weiter meinte der

VKU-Präsident: „Wir brauchen hohe Investitionen, Milliardeninvestitionen in die Netzertüchtigung, in die Smart Grids. Wenn die Energiewende gelingen soll, dann wird sich die Bundesnetzagentur nicht mehr nur in erster Linie als ein Instrument der Kostenkontrolle verstehen dürfen, sondern sie muss sich vor allem als ein Instrument der Investitionsförderung verstehen.“

Effizientes Management

Auch das effiziente Management dieses großen Projektes Energiewende sei ein wichtiges Thema. „Deswegen ist die Zeit reif für ein Energieministerium, nicht, weil wir unbedingt einen Mangel an Behörden hätten, sondern weil wir eine Bündelung der Aufgaben, ein effizientes Projektmanagement benötigen, wenn die Energiewende gelingen soll.“

Paradigmenwechsel

Wie Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Nationalen Plattform Elektromobilität, erläuterte, sei bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen worden, „dass wir im Elektrizitätsverbrauch ein Einsparungspotential von ca. 25 bis 30 Prozent heben können, wenn wir Lastspitzen vermeiden“. Dem konsequenten Ausbau der Netze zu einem intelligenten Netz komme dabei eine Schlüsselstellung zu. Doch werde für den Übergang zu mehr Erneuerbaren Energiequellen zusätzlich ein Paradigmenwechsel benötigt: der Übergang von der heutigen verbrauchsorientierten Produktion zum produktionsorientierten Verbrauch.

„Nicht zuletzt werden auch die Verbraucher ihr Verhalten anpassen müssen – eine soziale Inno-

vation, die mit der technologischen Innovation des Smart Grid gekoppelt werden muss“, prognostizierte Kagermann. Es gebe keinen Grund, ein 200-Einwohner-Dorf genauso zu versorgen wie ein Unternehmen mit 5.000 Mitarbeitern oder eine Metropolregion. Die größte Herausforderung bestehe darin, „jetzt die Erfahrungen aus den Modellregio-

nen in eine Referenzarchitektur umzusetzen und realistische Migrationspfade aufzuzeigen unter bestmöglicher Einbeziehung der bestehenden Infrastruktur“.

Die Balance zwischen Angebot und Nachfrage dürfe nicht gestört werden. „Es darf weder lokal noch regional oder überregional zu Engpässen oder Überlastungen des Netzsystems kommen.“ **DK**

Amerang 100 Jahre elektrifiziert

Stromlieferung begann am 12. November 1911

Die Gemeinde Amerang steht seit einem Jahrhundert unter Strom. Mit der Unterzeichnung des ersten Konzessionsvertrages stellten Bürgermeister Franz Himmler und die Gemeinderäte am 12. November 1911 die Weichen, um an das Netz der elektrischen Überlandzentrale „Leitzachwerke“ angebunden zu werden. Dieses regionale Versorgungsunternehmen wurde später von der Oberbayerischen Überlandzentrale (OBÜZ) übernommen, die wiederum im Jahr 1932 in der Amperwerke AG aufging, einem Rechtsvorgänger der heutigen E.ON Bayern AG.

Vertragslaufzeit 25 Jahre

Die Spannung für den Lichtstrom betrug damals noch 110 Volt, für Drehstrom 190 Volt. Der Konzessionsvertrag hatte eine Laufzeit von 25 Jahren, der sich jeweils automatisch um fünf Jahre verlängerte, wenn er nicht zwölf Monate „vor seinem jeweiligen Ablauf“ von einer Seite gekündigt wird. Darin räumte die Gemeinde für das vom Netzbetreiber versorgte Gemeindegebiet ein Wegerecht ein; das heißt, die Kommune gestattete dem Netzbetreiber, auf gemeindlichem Grund Versorgungsanlagen und Leitungen für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Wirtschaft zu errichten und zu betreiben.

Die damals eigenständige Gemeinde Kirchensur unterschrieb den Vertrag zur Anbindung an das Stromnetz am 26. Januar 1912. Evenhausen folgte am 14. November 1912 und der heutige Ortsteil Ellerding unterzeichnete schließlich am 12. September 1921. Die „Errichtung des Anschlusses und die Stromlieferung für die Einöden Linden, Altwies, Eggerdach u. Gröben“ wurde am 29. Dezember 1922 direkt mit der Oberbayerischen Überlandzentrale vereinbart. □

Klimaschutz geht jeden an

„Die nächste Generation“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir haben uns auf die Zukunft spezialisiert. Auch in Sachen Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Mit uns stellen Sie jetzt die Zeichen auf „grün“. Aus Verantwortung für die nächste Generation.

Ihre Volksbanken Raiffeisenbanken

Volksbanken
Raiffeisenbanken



E.ON und Sixt Leasing:

Nachhaltiges Paket geschnürt

Angebot für Elektromobilität präsentiert

Mit einem Komplettangebot will E.ON die Kunden zum Einstieg in die Elektromobilität bewegen. Das Paket E.ON eMobil umfasst neben Ladestationen und deren Installation, auch die Belieferung mit Ökostrom und ein Leasingangebot für ein Elektroauto. Dazu kooperiert das Unternehmen mit der Sixt Leasing AG.

„Mit E.ON eMobil bringen wir ein Komplettangebot für den Einstieg in die Elektromobilität auf den deutschen Markt. Die Zeit dafür ist reif. In vielen Bereichen des Alltags können Elektroautos bereits heute eingesetzt werden“, sagt Stefan Vogg, Vorsitzender der Geschäftsführung von E.ON Vertrieb Deutschland. „Für das Angebot haben wir nicht nur unsere eigenen Kompetenzen gebündelt, sondern mit Sixt Leasing auch einen renommierten Partner gewinnen können.“

Hochwertige Ladestation als Kernstück

Kernstück des Paketangebots ist die hochwertige Ladestation, die von Fachleuten installiert und vor Ort abgesichert wird. Nur so lassen sich die Batterien der Elektrofahrzeuge zuverlässig in der heimischen Garage aufladen. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass nicht alle Steckdosen und Leitungen den hohen Belastungen, die beim Laden eines Elektroautos entstehen, gewachsen sind.

Intelligent laden und emissionsfrei fahren

Das Unternehmen bietet bei E.ON eMobil neben einer Basisversion auch eine Variante mit einem intelligenten Zähler und einem Zweizonentarif an. Lädt man nachts seinen Wagen auf, profitiert man von niedrige-

ren Strompreisen und erhält zudem in einem Onlineportal Verbrauch und Kosten transparent aufbereitet. Der Strom selbst kommt in beiden Angeboten aus den Wasserkraftwerken von E.ON in Deutschland. „So garantieren wir unseren Kunden emissionsfreies Fahren“, betont Vogg.

Preisvergleich

Der Preis für das Basispaket aus Ladebox und Installation liegt bei 899 Euro, die smarte Version gibt es für 999 Euro. Hinzu kommen die Kosten für den Ökostrom. Elektroautos sind jedoch im Betrieb wesentlich günstiger als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. „Für 100 Kilometer mit einem reinen Elektroantrieb muss man 3 bis 4 Euro Stromkosten einplanen, das schafft kein Diesel oder Benziner“, stellt der deutsche E.ON Vertriebschef fest.

Leasingangebot des Partners Sixt Leasing

Kooperationspartner des Energieversorgers ist die Sixt Leasing AG. Sie bietet den Kunden den Peugeot iOn zum Elektromobilitätspaket an. „Damit haben wir eines der ersten elektrischen Serienmodelle eines großen Herstellers im Programm. Das Auto hat sich seit der Markteinführung im Frühjahr 2011 bereits bestens bewährt“, sagt Mark Thielenhaus, Vorstand der

Sixt Leasing. Der vollwertige Kleinwagen verfügt mit einer Leistung von 47 kW über die typische Dynamik eines Elektroantriebs und hat eine Reichweite von bis zu 150 km. Die Angebotspalette wird sich Sixt Leasing zufolge noch erweitern: Einige Hersteller haben für das kommende Jahr neue Serienmodelle angekündigt. „Das Leasingmodell bietet angesichts der rasanten technologischen Entwicklung bei Elektrofahrzeugen große Vorteile“, sagt Thielenhaus. „Denn beim Full-Service-Leasing profitieren unsere Kunden von fest kalkulierbaren Kosten sowie von zahlreichen weiteren Services rund um ihre Mobilität wie das Management sämtlicher Wartungs- und Verschleißarbeiten.“ Der Peugeot iOn ist bereits ab einer monatlichen Leasingrate von 499 Euro und einer Sonderzahlung von 4.499 Euro erhältlich.

Erfahrungen aus zahlreichen Pilotprojekten

In das Elektromobilitätspaket sind Erfahrungen aus zahlreichen Pilotprojekten von E.ON eingeflossen. Neben technischen Aspekten, die insbesondere für Weiterentwicklung der Ladelösungen wichtig sind, gewinnen die Experten der konzernweiten Initiative Elektromobilität dort wertvolle Erkenntnisse über die Nutzung der Fahrzeuge und können so die Produktentwicklung ländübergreifend vorantreiben.

Zum einen gehören Elektroautos und erneuerbare Energien aus Sicht der Fahrer untrennbar zusammen. Zum anderen werden die Fahrzeuge vor allem

dort geladen, wo sie ohnehin längere Zeit stehen: vor allem in der heimischen Garage, am Parkplatz in der Arbeit sowie an einigen öffentlichen Stellplätzen beispielsweise für Pendler an S-Bahn-Stationen oder in Parkhäusern. „Darauf haben wir unser Angebot zugeschnitten: Wir bieten E.ON eMobil mit Ökostrom an und setzen auf praxistaugliche Ladeboxen für unsere Kunden“, erklärt Stefan Vogg.

Mit Schnellladestationen auf die Langstrecke

Daneben hat sich in den Pilotprojekten auch bestätigt, dass der Großteil aller privaten Autofahrten kürzer als 70 Kilometer ist und damit bereits heute gut mit einem Elektroantrieb zurückgelegt werden kann. Um die Autos jedoch auch tauglich für die Langstrecke zu machen, setzt E.ON auf Schnellladestationen mit Gleichstromtechnik.

Die erste Station dieser Art hat das Unternehmen im August für einen Praxistest an der Ausfahrt Irschenberg der A8 in Bayern installiert. Mit Ladeleistungen von bis zu 50 Kilowatt können die Elektrofahrzeuge dort in 20 bis 30 Minuten wieder aufgeladen werden. □

E.ON Bayern Kommunalforen 2011:

Konzepte für die Energiewende

Der Umbau Deutschlands hin zu Erneuerbaren Energien stellt Regionen und Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Bei den Kommunalforen und auf der Kommunale 2011 sorgte dieses Thema für jede Menge Gesprächsstoff.

E.ON Bayern möchte die Kommunen auf dem Weg in die Energiezukunft begleiten. Die Herausforderungen der nächsten Jahre und die damit verbundenen Chancen für die Region waren dementsprechend die Leitthemen der diesjährigen E.ON Bayern-Kommunalforen. Rund 550 Besucher kamen im September und Oktober zu den Veranstaltungen in Bad Staffelstein, Veitshöchheim, Kulmbach, Dingolfing, Neustadt an der Waldnaab und Oberschleißheim.

Aus technischer Sicht lag der Schwerpunkt auf den Möglichkeiten der Energiespeicherung und deren Integration in „Intelligente Netze“. Hierzu kamen jeweils Fachleute zu Wort, die sich im Anschluss an Ihren Vortrag den Fragen der Bürgermeister stellten.

Zu Beginn der Kommunalforen hatten die Besucher Gelegenheit, E-Bikes zu testen und im „Smarterleben“-Mobil zu erfahren, was sich eigentlich hinter dem Begriff „Intelligentes Netz“ verbirgt. Beides fand großen Anklang und sorgte schon zu Beginn für Gesprächsstoff.

Auch auf der Messe „Kommunale“ am 19. und 20. Oktober in Nürnberg konnten sich die Besucher über das gesamte Dienstleistungsangebot von E.ON Bayern informieren. Von der Straßenbeleuchtung über die Energetische Gebäudesanierung, die Wasserver- und -entsorgung bis hin zur Dezentralen Erzeugung – zu allen Themen waren Ansprechpartner vor Ort, um Fragen der Besucher zu beantworten. □

Energie aus Abfall auf der IFAT ENTSORGA 2012:

Kilowattstunden, im Müll gefunden

Mangelnder Deponieraum, Klima- und Umweltschutzaspekte sowie Energiehunger machen Abfälle zu anerkannten Energieträgern

In den urbanen Zentren der Welt werden Deponieflächen knapp. Gleichzeitig erkennen immer mehr Regierungen die gravierenden Auswirkungen der Abfallentsorgung auf Umwelt und Klima. Der Handlungsdruck für wirtschaftliche sowie sozial- und klimaverträgliche Lösungen steigt. Eine Option mit großem Zukunftspotenzial ist die thermische Verwertung.

Derzeit werden jährlich geschätzte 5,6 Milliarden Euro in Bau, Ausbau, Modernisierung und Instandhaltung von Müllverbrennungsanlagen und Ersatzbrennstoff-Kraftwerken investiert. Bis zum Jahr 2015 ist damit zu rechnen, dass dieser Wert auf 7,8 Milliarden Euro ansteigt. Damit verbunden werden die weltweiten Anlagenkapazitäten von derzeit 210 Millionen Jahrestonnen auf 270 Millionen Tonnen wachsen. Diese Zahlen nennt eine Studie, die das auf Umwelt- und Technologiethemen spezialisierte Beratungsunternehmen ecoprog zusammen mit dem Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik im Mai dieses Jahres veröffentlicht hat.

Boom-Markt China

Als weltweiten Boom-Markt identifizierten die Analysten die Volksrepublik China. So seien im letzten Jahr rund die Hälfte aller weltweit neu installierten Kapazitäten im Reich der Mitte errichtet worden. Derzeit befinden sich in China 61 weitere Müllverbrennungsanlagen im Bau, die künftig 18,6 Millionen Tonnen Siedlungsabfall pro Jahr verbrennen sollen.

Nach den durch die Wirtschaftskrise verursachten, zum Teil dramatischen, Überkapazitäten gibt es auch auf dem europäischen Markt laut ecoprog-Studie seit Kurzem wieder Bewegung. Als Motoren der Entwicklung sehen die Autoren dabei vor allem Länder, die erst jetzt ernsthaft die EU-Vorgaben umsetzen. Dazu gehört neben skandinavischen Staaten und einigen osteuropäischen Ländern zum Beispiel auch Großbritannien. Laut der britischen Unternehmensberatung Tolvik Consulting sind im Vereinigten Königreich aktuell Anlagen zur Energiegewinnung aus Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen mit einer Jahreskapazität von 19,4 Millionen Tonnen in der Pipeline. Erst Ende August meldete der In-

dustriegashersteller Air Products, dass er für einen nordenglischen Abfallentsorger eine Energy-from-Waste-Anlage mit einer Kapazität von rund 300.000 Tonnen privater und gewerblicher Abfälle bauen wird. Mit Plasma-Technologie soll unter extrem hohen Temperaturen aus dem Müll ein energiereiches Gas entstehen, das eine Turbine in Strom für bis zu 50.000 Haushalte umwandeln wird.

Doppelter Klimavorteil

Auch aus deponierten Abfällen mit Organikanteil entsteht – durch mikrobiellen und chemischen Abbau – ein brennbares Gasgemisch aus Methan und Kohlendioxid. Dieses energetisch zu nutzen bringt einen doppelten Klimavorteil: Zum einen werden fossile Brennstoffe ersetzt und zum anderen wird die Schädigung der Ozonschicht durch Methan verringert. Pro Tonne Hausmüll kann im Lauf der Jahre mit 150 bis 250 Kubikmeter Deponiegas gerechnet werden. Und an „Ausgangsmaterial“ wird es auf absehbare Zeit auch nicht mangeln. Schließlich

landeten von den durchschnittlich 513 Kilogramm an kommunalen Abfällen, die ein EU-Bürger im Jahr 2009 erzeugt hat, 38 Prozent auf Deponien. Eine energetische Deponiegas-Verwertung setzt viele unterschiedliche Verfahrensschritte und Technologien voraus – vom Gassammelsystem über die Gasaufbereitung bis hin zur Strom- und Wärmeerzeugung in Blockheizkraftwerken.

Blue Competence

Nach Einschätzung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) nehmen deutsche Anbieter hier derzeit eine weltweit führende Rolle ein. Noch, denn der VDMA sieht diese Vorreiterposition durch eine unzureichende Vergütung des aus Deponiegas erzeugten Stroms durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefährdet. Der Verband wird die Problematik in der Veranstaltung „Blue Competence: Mehr Ressourceneffizienz durch Stand der Technik“ am 9. Mai 2012 auf der IFAT ENTSORGA aufgreifen. Blue Competence ist eine VDMA-Initiative, die sich gezielt dem Thema Nachhaltigkeit im Maschinen- und Anlagenbau widmet.

Weitere Informationen unter www.ifat.de □

Innovative Open Source-Lösung aus Karlsruhe

Bis zu 40 Prozent CO2 will das Bistum der Erzdiözese Freiburg bis 2015 einsparen. Ein effektiver Baustein der großen Energie-Offensive sind die Energie-Checks in den Gemeinden vor Ort. 500 Gemeinden hatten bereits 2006 einen solchen Check angefordert. Inzwischen können die verbleibenden 630 Gemeinden des Bistums diesen einfach online über die Erzdiözese bestellen.

Die schnelle und transparente Abwicklung sichert die von der Karlsruher Firma Synyx individuell programmierte Energie-Check Software. Benedikt Schalk, Leiter der Fachstelle Energie und Umwelt des Ordinariats, war es wichtig einen IT-Partner zu finden, der mit frei verfügbaren Open Source

Technologien arbeitet, sodass keine Lizenzkosten anfallen. Außerdem legte er Wert auf einen Partner, der diese Software gemeinsam mit seinem eigenen IT-Team entwickelt und dies fortlaufend dokumentiert. So hat er die Freiheit, die Software mit ihrem offenen Quellcode jederzeit auch hausintern und ohne fremde Hilfe weiterzuentwickeln.

Die Spezialisten von Synyx erfüllten all diese Kriterien und programmierten eine benutzerfreundliche, vielseitige Webanwendung die im Laufe des Programmierprozesses optimal an die Bedürfnisse der Erzdiözese angepasst wurden. Eine Statistikfunktion soll im nächsten Schritt integriert werden. □

LEW

Lechwerke



SICHER. VERSORGT. LEW.

„Wir sind Tag und Nacht im Einsatz, damit bei Ihnen der Strom sicher ankommt. Wir beheben Störungen, koordinieren Ausbau und Wartung der Netze, kontrollieren regelmäßig die Umspannwerke und kümmern uns um das Straßenbeleuchtungsnetz.“

Werner Weiß, Elektromeister beim LEW Netzservice

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Leuchtturm-Projekt in Garching

Einweihung der Geothermie-Heizzentrale mit Staatsministern Zeil und Söder

Mitte Oktober hat die EWG („Energie-Wende Garching“) die Energiezentrale in Garching offiziell eingeweiht. Wirtschaftsminister Martin Zeil und der damalige Umweltminister Markus Söder betonten bei diesem Anlass, dass Bayern die Nutzung von Erdwärme weiter ausbauen wolle. Südbayern habe das Potenzial, sich in den nächsten zwei Jahrzehnten zum Zentrum der geothermischen Nutzung in West- und Mitteleuropa zu entwickeln.

Die Bohrungen in Garching wurden bereits in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführt. Seit April 2011 beliefert die EWG Kunden mit regenerativer Fernwärme. Die Heizzentrale bildet nun das Herzstück des Projektes, mit allen zum Betrieb des Fernwärmenetzes wichtigen technischen Einrichtungen.

Wie der EWG-Geschäftsführer Dr. Christian Hofmann bei der Einweihungsfeier betonte, stehen die Gesellschafter AR Recycling, E.ON Bayern und die Stadt Garching für das Projekt und engagieren sich gemeinsam für eine nachhaltige und regenerative Wärmeversorgung aus Geothermie und Biomasse. „Drei unterschiedliche Player, drei ideale Partner, die zusammen eine opti-

male Symbiose, ein stabiles Fundament zur Umsetzung des Projektes bilden“, so Hofmann.

Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor zufolge „zeigt sich die Stadt Garching wieder einmal als Vorreiter in Sachen Technologie und Ökologie – eine hochmoderne Anlage geht an den Start, die die Energieversorgung unserer Stadt auf eine neue Basis stellt und unsere Standortqualitäten verbessert.“

Plus für die Ökobilanz

Die Geothermie-Heizzentrale sei ein Plus für Garchings Ökobilanz und ein Ausweis hiesiger Lebensqualität. Das Projekt der EWG sei Ansporn und Motivation für den Stadtrat gewesen, ein

ganzheitliches Klimaschutzprojekt zu erarbeiten, das seit dem Beschluss im Juli 2010 sein Handeln mitbestimme. Gabor: „Das Projekt der EWG sieht für Hochbrück die Versorgung mit Biomasse vor. Die EWG ist gut aufgestellt und wird als Team die Realisierung der Versorgung von Hochbrück mit Biomasse erfolgreich meistern.“

Laut Christian Nagel, Mitglied der Geschäftsleitung der E.ON Bayern AG passt die Einweihung dieser Geothermie-Heizzentrale in die aktuelle energiepolitische Großwetterlage. Der Freistaat Bayern habe bisher als einziges Bundesland ein eigenes, sehr ehrgeiziges Energiekonzept beschlossen. „Dieses Modell einer nachhaltigen Energieversorgung kann und wird E.ON Bayern aktiv und konstruktiv mit gestalten und vorantreiben.“

Lange Partnerschaft

„Mit Garching verbindet uns eine bereits über 100 Jahre währende Partnerschaft in Sachen Strom“, erklärte Nagel und ergänzte: „Es freut uns sehr, dass wir bei diesem Leuchtturm-Projekt eine neue, noch intensivere Art der Kooperation gefunden haben. Von diesem Gebäude, für das wir Ende 2009 die Bauarbeiten in Angriff genommen haben, wird die künftige Fernwärmeversorgung für Garching vollkommen automatisiert gesteuert und kontrolliert.“

Wahrzeichen „dieses bei aller Funktionalität sehr ansprechenden Gebäudes“ ist Nagel zufolge der 24 Meter hohe Edelstahl-Schornstein. Im Inneren sind alle wesentlichen Anlagenkomponenten untergebracht: Dazu gehören unter anderem die drei Titan-Wärmetauscher mit insgesamt ca. 8 MW Leistung aus Geothermiewasser und zunächst zwei, später dann drei Heizkessel zur Spitzenlastabdeckung und Redundanz. „Langfristig verfügen wir damit über eine Gesamtleistung von 34 MW und zwei Wärmepumpen mit insgesamt 12 MW thermischer Leistung.“

Über vier Netzpumpen erfolgt die Umwälzung des Fernwärmewassers für das Verteilnetz, dessen Länge im Endausbau bei 13

Kilometern liegen wird. Wärme liefert das Wasser aus der Tiefenbohrung mit 2.200 Metern, das mit konstant 74 °C gefördert und über die zwei Kilometer entfernte Schluckbohrung wieder zurückgegeben wird. Außerdem wurden hier eine unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlage und ein Notstrom-Dieselaggregat installiert.

Der erfolgreiche Testbetrieb aus Geothermie läuft seit März 2011. Bisher hat die EWG ca. 30 Mio. Euro von insgesamt 46 Mio. Euro für die Phase 1 investiert. Davon entfallen allein auf den Bau der Geothermie-Heizzentrale rund 7 Mio. Euro. Über die Geothermie steht jetzt jährlich ein Potenzial von 53 Mio. kWh Wärme zur Verfügung. Weitere Ausbaustufen sind in Planung.

Kostenstabile Alternative

Die Tiefengeothermie wird nach den Worten von Wirtschaftsminister Zeil zunehmend zu einem unverzichtbaren Eckpfeiler beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der neuen Geothermiezentrale in Garching handle es sich um das zehnte Projekt, das im Freistaat in die Betriebsphase kommt. „Als langfristige und kostenstabile Alternative der Energiegewinnung kommen wir dem Ziel eines raschen Umbaus der Energieversorgung wieder ein Stück näher“, betonte Zeil. Wie Staatsminister Söder erläuterte, schütze Geothermie zudem das Klima. „Wer Erdwärme einsetzt, reduziert den Verbrauch fossiler Brennstoffe und damit den Ausstoß von Kohlendioxid.“

Gemeinschaftsprojekt

Wie Zeil hervorhob, handle es sich hier um ein vorbildliches Gemeinschaftsprojekt, bei dem Wirtschaft und Kommunen Hand in Hand arbeiteten. Die Kopplung der Tiefengeothermie mit einem Biomasse-Heizkraftwerk sei ferner hochinnovativ und wegweisend. Die Kombination ermögliche eine wesentlich klimafreundlichere und wirtschaftliche Wärmebereitstellung. „Nur mit Innovationen kann uns der Umbau der Energieversorgung gelingen und der konsequente Ausbau der Tiefengeothermie weiter vorangetrieben werden“, bekräftigte Zeil.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert das Projekt mit einem Zuschuss in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro. Allein 680.000 Euro werden über die Wärmenetzförderung im Bereich Geothermie der LfA Förderbank Bayern bereit gestellt. **DK**



Wirtschaftsminister Martin Zeil mit Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor.

BayernLB begleitet Energiewende

Finanzierung eines zweiten privaten Geothermie-Kraftwerks in Bayern

Die BayernLB finanziert gemeinsam mit der Entwicklungsgesellschaft Süddeutsche Geothermie-Projekte GmbH & Co. KG (SGG) eine weitere private Geothermie-Anlage im Freistaat Bayern. Das Kraftwerk in der Gemeinde Kirchstockach bei München wird im November 2012 ans Netz gehen und kann 18.000 Haushalte mit klimafreundlich erzeugtem Strom und Wärme versorgen. Das Volumen der langfristig angelegten Projektfinanzierung beträgt 46,5 Mio. Euro.

Das Kraftwerk südöstlich von München ist bereits das fünfte Geothermie-Projekt in Oberbayern, das von der BayernLB begleitet wird. Bei den bisherigen Vorhaben in Bayern traten die BayernLB und andere Banken meist als Finanzpartner einer Kommune auf. Bei den privat finanzierten Anlagen wie in Kirchstockach ist der über die Projektlaufzeit prognostizierte Cash Flow die alleinige Rückzahlungsquelle. Die BayernLB erwartet in Zukunft einen wachsenden Anteil privat finanzierter Geothermie-Projekte.

Erste Anlage in Dürnhaar

Für die Süddeutsche Geothermie-Projekte GmbH & Co. KG (SGG) ist dies das zweite Geothermie-Kraftwerk, die erste Anlage steht im oberbayerischen Dürnhaar und wurde ebenfalls von der BayernLB finanziert. Gesellschafter der SGG sind jeweils zur Hälfte Hochtief PPP Solutions, eine Tochtergesellschaft von Hochtief Concessions, und die Reneco Renewable Energy Concepts AG, die mehrheitlich zur Baywa AG gehört.

Geothermie gehört zu den regenerativen Energien und besitzt nach Ansicht von Fachleuten enorme Potentiale. Die Energieversor-

gung ist Ressourcen schonend und unabhängig von Wetter, Tageszeit oder Rohstoffen. Aufgrund der geologischen Verhältnisse eignet sich das süddeutsche Molassebecken besonders gut für Tiefengeothermie, bei der aus warmen Grundwasservorkommen unter der Erde umweltfreundlich Strom und Wärme erzeugt werden kann.

„Im Mix aus erneuerbaren Energieträgern hat die Geothermie zudem den Vorteil, dass sie grundlastfähig ist und so einen wichtigen - wenn auch zunächst aus Perspektive der erforderlichen Gesamtkapazität noch kleinen - dezentralen Baustein für die Energiewende darstellt“, sagt Alexander von Dobschütz, Bereichsleiter Structured Finance der BayernLB.

Jan-Christian Dreesen, Vorstand der BayernLB, kommentiert: „In Bayern werden vor dem Hintergrund der Energiewende Potenziale zur Nutzung nachhaltiger und klimafreundlicher Energiequellen konsequent erkundet und ausgebaut. Die BayernLB hat langjährige Erfahrung in der Finanzierung erneuerbarer Energien und gehört mit ihrer umfangreichen Expertise zu den führenden Banken in diesem Bereich. In den relevanten Zukunftsbranchen ist die BayernLB sehr gut aufgestellt.“



Wiederinbetriebnahme der Heizungsanlage nach erfolgreicher Umrüstung durch Bürgermeister Gerhard Preß (2. v. l.).

Volksschule der Stadt Rödental:

Vorbildlich in Sachen Energieeffizienz

Energetische Optimierung der Heizungsanlage mit innovativer Technologie aus München

Einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz bezeichnete Gerhard Preß, Bürgermeister der Stadt Rödental im Landkreis Coburg, die heutige Inbetriebnahme des Energiesparsystems Accuramics 1100 in der Volksschule der Gemeinde. Mitte September erst hatte der Senat der Stadt beschlossen, in die Energiebilanz der Volksschule zu investieren - nun war es soweit: In die beiden Heizkessel der Schule wurde das Energiesparsystem Accuramics 1100 integriert.

Bei Accuramics 1100 handelt es sich um eine gemeinsame Entwicklung des weltweit größten Hightech-Keramik-Herstellers Saint Gobain und der Accuramics GmbH aus München. Die Fertigung des Keramiksystems, das in den Heizkessel eingebracht wird, erfolgt bei Saint Gobain in Rödental.

10 Prozent Einsparung

Mit Accuramics 1100 wird der Energieverbrauch der Schule nun um etwa 10 Prozent gesenkt. Gleichzeitig reduzieren sich die CO₂-Emissionen um etwa 8.000 kg pro Jahr. Um diesen Wert klimaneutral auszuweisen, müsste Rödental etwa 750 Fichten pflanzen.

„Das Erreichen von Klimazielen ist für viele Kommunen eines der dringendsten politischen Anliegen. Gleichzeitig erschweren leere Kassen die Erfüllung der anstehenden Vorgaben. Mit unserem Produkt erhalten öffentliche Träger eine effiziente Technologie, die sich in der Regel bereits in deutlich weniger als zwei Jahren amortisiert. Im Vergleich zu

beispielsweise aufwändigen Dämm-Maßnahmen oder einem kompletten Austausch von Heizungssystemen stellt unsere Technologie eine deutlich kostengünstigere Alternative dar“, sagt der für öffentliche Auftraggeber zuständige Accuramics-Geschäftsführer Rainer Rühle, der allein in diesem Jahr bereits über 50 Installationen in öffentlichen Gebäuden für sein Unternehmen verbuchen kann.

Kostengünstige Alternative

Accuramics 1100, der Hightech-Keramikspeicher zur Heizkosten- und Schadstoffreduzierung, wird in den Heizkessel eingebracht und durch die Flammenergie während der Brennerlaufzeit aufgeheizt. Der Vorteil: Die gespeicherte Flamm- und Wärmeenergie wird nach dem Abschalten des Brenners kontinuierlich an den Heizkessel abgegeben. Dadurch wird das erneute Zuschalten des Brenners verzögert, was dessen Stillstandszeiten erheblich verlängert. **DK**

Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Wir unterstützen Sie mit dem Energiekredit Kommunal Bayern und dem Investkredit Kommunal Bayern bei Investitionen in kommunale Immobilien

Informieren Sie sich unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo



Luftbildaufnahme von Langenzenn. □

Riesige Solarstromanlage bei Langenzenn:

2,3 Megawatt gut versteckt

Stromversorgung für 700 Haushalte gesichert
Erdeponie als PV-Grund

Nicht nur Mülldeponien: Auch Flächen, auf denen Aushub abgelagert wurde, eignen sich als Untergrund für Photovoltaikanlagen. Ein Beispiel aus Langenzenn im Landkreis Fürth: Ein Gewinn für Stadt und Anlagenbetreiber.

Der Grund, auf dem 15 Mitarbeiter der Nürnberger Betreiberfirma Solarpower 12.000 Solarmodule auf 2.400 Stahlfundamente und 508 Modultische schraubten, gehört der Stadt Langenzenn. Die Photovoltaikanlage (PVA) auf dem einst beim Bau der B8-Ortsumgehung deponierten Straßenaushub ist mit 2,3 Megawatt Spitzenleistung beispielsweise gut doppelt so groß wie die bekannte am „Solarberg“ Fürth-Atzenhof. Doch während das Fürther Sonnenkraftwerk am Rhein-Main-Donaukanal von allen Seiten gut zu sehen ist, hält sich die neue Ökostromerzeugung hier gut hinter Hecken versteckt.

Geplant war eine „Bürgersolaranlage“

Gerade mal sechs Wochen hat der Bau gedauert. Doch die Geschichte der PVA ist viel länger, erzählt Langenzenns Bürgermeister Jürgen Habel (CSU). Der wollte das Sonnenkraftwerk eigentlich als „Bürgersolaranlage“ errichten. Doch weil sich kein Einheimischer gemeldet hat, kam die Firma Solarpower aus Nürnberg über eine Ausschreibung zum Zuge. Und nun kann die Stadt fast 21 Jahre lang mit ständigen Pachteinnahmen rechnen.

Regionalaspekt bleibt gewahrt

Die Solarfirma hat selbst die Umsiedlung des einst hier angelegten Bolzplatzes bezahlt. Zu-

dem ist Geschäftsführer Wilfried Oppel ein Cadolzheimer, und die Finanzierung hat die Sparkasse Nürnberg übernommen, so dass der Regionalaspekt gewahrt bleibt.

Planung erleichtern

Umweltminister Markus Söder lobte Solarstrom- wie Windkraftwerke als „Energie von hier“, die in Bayern aus der Umwelt Energie holen. Für beide Ökostromversorgungsarten solle künftig die Planung erleichtert werden, „aber immer gemeinsam mit den Kommunen.“

Modellprojekt

Auf der aufgefüllten Sondermülldeponie Raindorf, gleich neben Langenzenn, solle demnächst als Modellprojekt eine weitere PVA entstehen, erzählt Söder. Er hofft auf die Entwicklung großer Stromspeicher: Dann werde Solar- wie Windstrom „grundlastfähig“, und „diese Technologie lässt sich weltweit verkaufen. Solche Kraftwerke sind eine Option für unsere Kinder“, ist Söder sicher. Auch Jürgen Habel wünscht sich leichtere Planung für künftige PVAs: „Das hier war aufwändig“, gerade wegen des sich ständig verändernden Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG. Doch die Mühe hat sich gelohnt: Ab sofort können 700 Haushalte pro Jahr mit 2,3 Mio Kilowattstunden Ökostrom bedient werden..

Heinz Wraneschitz

Eco-Box-Solar im Praxistest

Ladebox der Lechwerke lädt Elektroauto von Hörmann Solar direkt mit Strom aus Fotovoltaikanlage

Die LEW Netzservice GmbH, ein Tochterunternehmen der Lechwerke AG (LEW), hat mit der LEW-Eco-Box-Solar eine Ladebox für Elektrofahrzeuge entwickelt, die erstmals die Direkteinspeisung von Strom aus einer Fotovoltaikanlage ermöglicht. Der erste Praxiseinsatz im Realbetrieb findet seit Ende September bei der Firma Hörmann Solartechnik, Zusmarshausen statt.

Gespeist wird die Ladesäule von einer Fotovoltaikanlage auf dem Carport der Firma. Wird ein definierter Schwellenwert von einem Fünftel der Maximalleistung erreicht, wird das firmeneigene Elektroauto vom Typ Mitsubishi i-MiEV emissionsfrei mit der eigens erzeugten Energie aufgeladen.

„Unser Familienunternehmen befasst sich seit vielen Jahren mit regenerativen Energien und bietet rund um dieses Thema verschiedene Leistungen an. Da versteht es sich von selbst, dass wir neuen Möglichkeiten gegenüber sehr aufgeschlossen sind“, sagt Markus Hörmann von Hörmann Solartechnik. „Unsere Fotovoltaikanlage erzeugt bis zu 14 kW Strom. Das ist mehr als ausreichend um unser Elektroauto, das wir täglich nutzen, zu laden. Ziel ist, den Firmenfuhrpark in Zukunft komplett auf elektrische Mobilität umzustellen.“

Prototyp

„Noch handelt es sich bei der LEW-Eco-Box-Solar um einen Prototyp. Umso wichtiger ist es, dass wir die Phase der Laborversuche durch Einsätze im Realbetrieb erweitern und Erfahrungen im Realbetrieb sammeln“, sagt Eckart Wruck, Leiter E-Mobility bei LEW. „Dem Pilotprojekt mit Hörmann Solar sollen noch in diesem Jahr weitere folgen, mit Privatkunden, Gewerbetreibenden und Kommunen. Wer Interesse hat, sollte das Gespräch mit uns suchen. Denn eine der häufigsten Fragen im Rahmen, die zum Thema Elektromobilität zum Beispiel auf Roadshows gestellt wurde, war: Kann ich ein Elektroauto auch direkt mit Strom aus der eigenen Solaranlage laden? Mit der LEW-Eco-Box Solar haben wir dafür nun eine neue, pragmatische Lösung entwickelt“, so Wruck weiter.

Die LEW Eco-Box Solar hält als Anschlussmöglichkeiten sowohl eine 230-V-Steckdose als auch die Steckvorrichtung IEC Typ 2 für Schnellladevorgänge bereit. Durch einen herkömmlichen Netzanschluss ist über die Box auch die sofortige Ladung eines Elektrofahrzeuges über das Stromnetz möglich. Daneben gehört die Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen

Ladearten, eine automatische Tarifumschaltung zwischen Hoch- und Niedertarifzeiten sowie geringe Wartungsintensität zu den Spezifika der Ladebox.

Das Versorgungsgebiet der Lechwerke umfasst eine Region, die zu den sonnenreichsten in Deutschland gehört. Folgerichtig sind von den mehr als 41.000 Anlagen, die erneuerbare Energien in das LEW-Netz einspeisen rund 40.000 Fotovoltaikanlagen. Bei den übrigen handelt es sich um Biomasse-, Wasserkraft- sowie wenige Windkraftanlagen. Die LEW-Eco-Box-Solar ist so konstruiert, dass sie grundsätzlich auch die Einspeisung aus diesen anderen Energiequellen erlaubt. Der Eigenverbrauch von selbst mit erneuerbaren Energien erzeugtem Strom wird über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) besonders gefördert.

Ökostromprodukt

Auch für den Fall, dass für die LEW-Eco-Box-Solar nicht ausreichend Strom aus eigener Erzeugung zur Verfügung steht, kann das Elektroauto mit klimafreundlichem Strom geladen werden: Dazu bieten die Lechwerke ein Ökostromprodukt an, das zu 100 Prozent aus TÜV-zertifizierter Stromerzeugung aus Wasserkraft stammt. LEW engagiert sich auf unterschiedliche Weise für das Thema Elektromobilität in der Region. Aktuell betreiben die Lechwerke in der Region 13 öffentlich zugängliche Stromladesäulen. Über den Verbund „Ich tanke Strom“ haben die Fahrer von Elektroautos Zugang zu insgesamt mehr als 40 Ladesäulen in Bayerisch-Schwaben, dem Allgäu sowie in Teilen Bayerns, Baden-Württembergs und Österreichs.

All-Inclusive-Paket

Neben dem Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur bieten die Lechwerke als Infrastrukturpartner auch Geschäftskunden Einstiegsmöglichkeiten in das Thema Elektromobilität. Beispielsweise durch ein All-Inclusive-Paket, welches Aufstellung, Wartung, Betrieb und Stromlieferung für eine Ladesäule umfasst. Interessenten können Ladesäulen auch kaufen. Zum LEW-Fuhrpark gehören aktuell drei Fiat 500 MicroVett, drei Mitsu-



Gespeist wird die Ladesäule von einer Fotovoltaikanlage auf dem Carport der Firma. □

bishi i-MiEV, der erste Mercedes Benz Vito E-CELL in Bayerisch-Schwaben sowie Elektroller. Die Fahrzeuge werden im realen Betrieb getestet und zu diesem Zwecke auch an Kommunen und Landkreise verliehen.

Roadshow

In den LEW-Kundenforen und in vielen Orten in der Region, aktuell sind es mehr als 20 Stationen im Versorgungsgebiet der LEW, können Interessierte außerdem Elektrofahrzeuge ausleihen. Zudem präsentiert LEW das Thema im Rahmen einer Roadshow. Besucher können sich vor Ort informieren und vor allem die Fahrzeuge ausprobieren und Elektromobilität dadurch selbst erleben.

Hörmann Solartechnik hat bereits seit 16 Jahren Erfahrungen im Bereich „regenerative Energien“. Seit 10 Jahren ist das Unternehmen mit 12 Mitarbeitern in Vertrieb, Montage und im Büro in Zusmarshausen ansässig. Unser Schwerpunkt sind Sonderlösun-

gen für Fotovoltaikanlagen, z.B. Indach-Lösungen mit transparenten Modulen, Fassadenanlage, Nachführanlagen, thermische Anlagen, Hybridanlagen mit Fotovoltaik und Thermie, Kleinwindanlagen und die Regenwassernutzung. Zudem bieten wir Wartungsverträge sowie thermografische Untersuchungen von Fotovoltaik- und großen Elektroanlagen und die Optimierung bereits bestehender älterer Fotovoltaikanlagen an.

Energiepfad

Derzeit entsteht vor dem Firmengebäude ein Energiepfad, der mittels Tafeln und Tabellen das Thema „regenerative Energien“ z.B. für Schulklassen anschaulich erklären soll. Verschiedene 3kWp-Fotovoltaik-Anlagen werden rund um und auf dem Firmengebäude getestet, bzw. deren Leistungen ausgewertet. Dies könnte auch von Hochschulstudenten für wissenschaftliche Untersuchungen genutzt werden. □

Neues Informationsportal zur Energieeinsparverordnung

Umfassende Informationen zum Energieeinsparungsgesetz (EnEG) und zur Energieeinsparverordnung (EnEV) enthält ein neuer Internetauftritt des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Unter www.bbsr-energieeinsparung.de können Interessierte Rechtsvorschriften, die offiziellen Auslegungen der EnEV und weitere Informationen zum ergänzenden Recht der Bundesländer abrufen.

Wegen der wachsenden europäischen Dimension des Energieeinsparrechts enthält das Portal auch hierzu einen umfangreichen Bereich. Angeboten wird darüber hinaus ein Archiv zu sämtlichen früheren Rechtsständen im Bereich der Energieeinsparung. Ergebnisberichte von Forschungsprojekten des Bundes zur Energieeinsparung in Gebäuden ergänzen das Angebot.

Der Internetauftritt richtet sich vor allem an Energieberater, Ingenieure, Architekten, Handwerker, Makler, Hausverwalter und weitere Berufsgruppen, die sich mit der Energieeinsparung im Gebäudebereich befassen. Angesprochen sind aber auch Mieter und Hausbesitzer, die an vertieften Informationen interessiert sind. Um den europäischen Nachbarn den Einblick in deutsches Energieeinsparrecht zu erleichtern, werden die Informationen bis auf die Rechtstexte auch in englischer Sprache angeboten.

Das BBSR will den Internetauftritt kontinuierlich weiterentwickeln. Ein erster Anlass wird zum Jahreswechsel der Start des Novellierungsverfahrens zur EnEV sein. Es ist geplant, aktuell alle verfügbaren Materialien im neuen Portal bereitzustellen. □

ECOLOHE
ENERGIE AUS BIOMASSE

flokets®
technisch getrocknete Hackschnitzel

- Restwassergehalt < 15 %
- höchster Heizwert
- geringe Emissionen
- Lieferung ab 5 to.
- auch für Selbstabholer ab Trocknung Grafing/Taglaching, Altenöd/Schnaitsee, Laimering/Dasing und Walpertskirchen
- Info und Bestellung: Telefon: 08061/37041-0

www.ecolohe.de

Jetzt Brennstoffvorrat auffüllen!!!

solarpower

GRUNDSTÜCKE UND DACHFLÄCHEN

Für PV-Großprojekte zu kaufen oder zu mieten gesucht.

Wir beteiligen uns am Projekt oder übernehmen auch die Gesamtfinanzierung.

Unsere Kompetenz ist die Entwicklung, Planung, Realisierung und der Betrieb von PV-Großanlagen.

Das Grundstück sollte Konversionsfläche, planungsrechtliches Sondergebiet sein oder entlang von Bahnstrecken oder Autobahnen liegen.

Als Spezialist für PV-Freiflächen erstellen wir Ihr Projekt schlüsselfertig nach Ihren Wünschen.

solarpower project-invest GmbH & Co. KG, Gutenstetter Straße 8a, 90449 Nürnberg
Tel.: 0911 / 255 66 98-0, Fax: 0911 / 255 66 98-10, E-Mail: zentrale@solarpower.de

Ökostrom aus der Erdgasleitung

Atomausstieg und Energiewende sind beschlossen. In naher Zukunft sollen überwiegend erneuerbare Energien die Stromversorgung in Deutschland sichern. Doch auf dem Weg in das regenerative Zeitalter gibt es noch viele offene Fragen.

Besonders bei der Speicherung von Wind- und Sonnenenergie besteht Klärungsbedarf. Denn die regenerativen Energielieferanten sind stark vom Wetter abhängig. Bei Windflaute und Regen wird kein Strom produziert. Bei guten Wetterverhältnissen dagegen erzeugen Windräder und Photovoltaikmodule oft einen Stromüberschuss, der bisher nicht genutzt wird.

Die Lösung des Problems liegt unter der Erde. Dort befindet sich bundesweit ein weit verzweigtes, gut ausgebautes Erdgasleitungsnetz. Mit über 400.000 Kilometern Länge könnte es die an der Nordsee erzeugte Windenergie problemlos bis in den Süden Deutschlands befördern.

Doch wie kommt der Strom aus den Windrädern in die Leitung, durch die normalerweise

das fossile Erdgas fließt? Die Antwort heißt: Methanisierung.

Durch den regenerativ erzeugten Strom aus Wind- oder Solaranlagen wird im ersten Schritt der chemische Vorgang der Elektrolyse in Gang gesetzt. Dabei wird Wasser in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff gespalten. Im zweiten Schritt lässt man den Wasserstoff mit Kohlenstoffdioxid reagieren. Das Endprodukt ist Methan und zwar in seiner klimaneutralen Form. Da es künstlich mit bereits vorhandenem Kohlenstoffdioxid hergestellt wird, setzt es bei seiner Verbrennung kein neues CO₂ frei.

Hohe Speicherkapazität

Als Hauptbestandteil von Erdgas kann das erzeugte Methangas einfach in das Erdgasnetz eingespeist und in den unterirdischen Depots gespeichert werden. Im Gegensatz zum Stromnetz bietet das Erdgasnetz mit seinen oft nur teilweise gefüllten Kavernen und Druckrohrleitungen eine enorme Speicherkapazität. Bis zu 200 Terrawattstunden können die deutschen Erdgas-speicherstätten aufnehmen. Und nicht nur das. Im Vergleich zu anderen Speichermethoden wie Pumpspeicherkraftwerken oder Druckluftspeichern besitzen Methanspeicher eine bis zu 1.000 Mal höhere Speicherdichte.

„Wenn wir in Bayern den Umbau zu einer hauptsächlich auf erneuerbare Energien gestützten Stromversorgung vorantreiben, aber gleichzeitig eine hohe Versorgungssicherheit behalten wollen, brauchen wir neue moderne Gaskraftwerke“, unterstützt auch der

Geothermieprojekt Bernried:

Erste Bohrgenehmigung erteilt

Das Bergamt Oberbayern hat BE Geothermal die erste Bohrgenehmigung für das Geothermieprojekt in Bernried erteilt. Diese beinhaltet die Erlaubnis, am Standort Höhenried West den dafür erforderlichen Bohrplatz herzurichten. Mit dieser Genehmigung kann BE Geothermal das Vorhaben wie geplant umsetzen, weil jetzt alle Auflagen und strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt sind.

Die in den nächsten Wochen erwartete Genehmigung für den Bau des Kraftwerks erteilt das Landratsamt Weilheim. BE Geothermal wird zusammen mit der Gemeinde Bernried nun die ersten zwei zentralen Schritte einleiten, die für den Baubeginn notwendig sind: Im ersten Schritt werden die bestehenden Forstwege von der Tutzingener Straße zum Standort Höhenried West befestigt, was auch die Stabilisierung der Brücken über den Rötzbach einschließt. Im zweiten Schritt wird die erforderliche Infrastruktur geschaffen, d. h. es werden Rohre und Leitungen für Wasser, Abwasser, Strom und Telefon entlang der Zuwege unterirdisch verlegt. Mit diesen Arbeiten soll im Januar begonnen werden, sofern die Witterung es zulässt.

bayrische Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) die Methanspeichertechnologie. Um für die Energieversorgung wieder nutzbar zu sein, wird das Methangas in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken wieder zu Strom gewandelt.

Ökostrom könnte in Zukunft also durch das Erdgasleitungsnetz fließen. Seine wetterabhängigen Energieschwankungen würden damit ausgeglichen. Damit der Strom etwa aus dem hohen Norden aber auch dort ankommt, wo er schließlich gebraucht wird, muss die Verteilung regional organisiert werden und das Erdgasnetz immer auf dem neuesten Stand sein. Hier sind Stadtwerke und zertifizierte Rohrleitungsbauunternehmen gefragt, wie der Nürnberger Rohrleitungsbauer Mennicke.

Zahlreiche Aufträge

Der Boom regenerativer Energien brachte den Mittelfranken bereits zahlreiche Aufträge in diesem Bereich. Aktuell beauftragte der Energieversorger infra fürth, der bei Horbach ein Bio-Energie-Zentrum baut, die mittelfränkischen Spezialisten damit, diverse Rohrleitungen einer neuen Biogasanlage zu verlegen. Auch die Installation und Sanierung von Erdgasleitungen könnte in Zukunft verstärkt auf das Unternehmen zukommen, sollte sich die neue Speichertechnologie von Ökostrom landläufig durchsetzen.

„Die effiziente Erzeugung erneuerbarer Energien ist nur ein Teil der Energiewende“, so Dieter Beck, Geschäftsführer von Mennicke. „Innovative Entwicklungen beim Transport und der Speicherung von Ökostrom wie auch eine sachgemäße Instandhaltung des Gasleitungsnetzes sind mindestens genauso wichtig, um sich vom fossilen Energiezeitalter möglichst bald zu verabschieden.“



Energieträger Nummer 1 in guten Händen: Neben Erdgasleitungen verlegen „die Blauen“ von Mennicke auch Leitungen für Biogas wie hier für das künftige Bio-Energie-Zentrum von infra fürth.

Energieeffiziente Werkhalle

SEW[®] erhielt DGNB-Zertifizierung in Silber

Das Unternehmen SEW[®] erhielt im Rahmen der diesjährigen EXPO REAL von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) die Zertifizierung in Silber für den Erweiterungsbau der Werkhalle. Das Gebäude wurde konsequent nach den hohen DGNB-Richtlinien für energieeffizientes und nachhaltiges Bauen errichtet.

Von der Idee des nachhaltigen Bauens sind wir überzeugt, so Prokurist Michael Schilling, man sollte dies aber nicht nur empfehlen, sondern auch mit gutem Beispiel vorangehen. Für uns steht die ökonomische Qualität ebenso im Fokus wie der thermische Komfort und eine optimale Arbeitsplatzumgebung. So wird die neue Werkhalle mit einer reinen Außenluftanlage - d. h. ohne Umluft - belüftet. Durch bodennahe Quellaftauslässe gelangt die frische Außenluft in die Halle und wird im Deckenbereich abgesaugt. Damit wird schon mit einem 0,5-fachen Luftwechsel eine maximale Raumluftqualität erzielt.

Nur 35 kW Heizleistung

Für die neue Werkhalle mit insgesamt 1.700 m² Nutzfläche, werden nur 35 kW Heizleistung benötigt. Die erforderliche Kälte-

leistung wird vollständig über die indirekt adiabatische Verdunstungskühlung, unterstützt durch eine intelligente Nachtkälte-nutzung, abgedeckt.

Hohe Redundanz

Ermöglicht wird das durch die eingesetzte hocheffiziente GS-WTR[®]-Technologie zur Wärme-/Kälterückgewinnung in der Lüftungsanlage. Damit sinkt der Lüftungswärmebedarf um ca. 85 % und der Kältebedarf sogar zu 100 %. Durch die hohe Redundanz des GS-WTR[®]-Systems können außerdem 80 % der sonst vorzuhaltenden Heizleistungen eingespart werden. Eine mechanische Kälteerzeugung kann ganz entfallen.

Zur Stromerzeugung werden Photovoltaikflächen und ein BHKW eingesetzt, die zusammen 8,5 kW Strom generieren. Infos: www.sew-kempen.de



Zertifikatsverleihung im Rahmen der EXPO-REAL, München, 2011. V. l.: Landrat Kreis Viersen Peter Ottman, Vertriebleiter SEW Michael Schilling, DGNB-Auditor Ulrich Krafft von der INNIUS RR GmbH, Architekt Martin R. Pastor und der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Viersen Rolf Adolphs. Foto: Kaspar Müller-Bringmann/WFG Kreis Viersen

Schnell. Kompetent. Zuverlässig.

Um welches Rohrleitungsprojekt es auch geht – Mennicke bietet die passenden Lösungen.

Mennicke hat sich darauf spezialisiert, in den Bereichen Versorgung und Entsorgung unter Einsatz modernster Technologien wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösungen zu schaffen.

Durch unsere personellen und technischen Ressourcen sind wir in der Lage, Projekte jeder Dimension zu realisieren.

Tel.: 09 11/36 07-278, Fax 09 11/36 07-406



MENNICKE
Rohr- u. Anlagenbau

Rollnerstraße 180
90332 Nürnberg

Ihr Partner für hocheffiziente Energieeinsparung seit 1983

Hochrentable Energieeinsparung für alle luft- und klimatechnischen Anlagen - und dies in V5-Nutzungsqualität -



Für alle Städte und Gemeinden, mit größeren Büro- und Verwaltungsgebäuden, Schulen, Sportstätten und Schwimmhallen etc. in welchen luft- und klimatechnische Anlagen notwendig sind, werden enorme Energieeinsparungsmöglichkeiten durch den Einsatz hocheffizienter Rückgewinnungstechnik zum Nutzen für Bauherren und Betreiber möglich.

Die V5-Nutzungsqualität der SEW[®]-Technik ist dabei besonders wertvoll! Die Merkmale sind wie folgt:

- ▶ **V1: hocheffektiv** - mit Einsatz der hocheffizienten Rückgewinnungstechnik wird benötigte frische Außenluft bei Bedarf bis zu 80 % aus der verbrauchten Abluft erwärmt oder in Verbindung mit einer adiabaten Verdunstungskühlung gekühlt.
- ▶ **V2: hocheffizient** - mit Jahresleistungsziffern von > 1:20, d.h. mit 1 kWh Stromaufwand im Jahresmittel werden mehr als 20 kWh an Wärme und Kälte zurückgewonnen.
- ▶ **V3: hochredundant und damit betriebs- und funktionssicher** - geeignet für höchste Austauschqualität. Damit ist das System geeignet die üblicherweise vorzuhaltenden Wärme- und Kälteerzeugerleistungen, Rückkühlwerke etc. drastisch zu reduzieren.
- ▶ **V4: multifunktional** - das Rückgewinnungssystem ist multifunktional nutzbar und ersetzt gleichzeitig die komplette thermische Funktion einer Luft- und Klimaanlage. Die weitere Lufterwärmung, Luftkühlung, Rückkühlung oder Sonderfunktionen, wie Freie Kühlung, Nachtkältegewinnung, BHKW-Einbindung erfolgt ebenfalls über das Wärmerückgewinnungssystem.
- ▶ **V5: Zuluft - Raumluftqualität** - das Kreislaufverbund - Wärmerückgewinnungssystem besitzt vollkommen getrennte Außenluft / Fortluftströme, womit eine Übertragung von Schadstoffen aus der verbrauchten Abluft auf die frische Zuluft absolut unterbunden wird. Das System ist damit keim- und schadstoffübertragungsfrei und auch im Störfall ohne Rauch und Brandübertragung.

Fazit: Wie V1 bis V5 aufzeigt, hat das SEW[®]-Rückgewinnungssystem für den Bauherren und den Gebäudenutzer erhebliche Vorteile. Dazu kommt, dass die Systeme bei rechtzeitiger Einbindung in Ihr Gesamtsystem hochrentabel sind, da die Wärme- / Kälteerzeuger bzw. Rückkühlwerke etc. drastisch verkleinert werden können; und in Folge natürlich eine dauerhaft hohe Energieeinsparung gegeben ist.

Vorbildprojekte aus Bayern

 eingesparte Heizleistung: 2.450 kW eingesparte Kälteleistung: 890 kW	 eingesparte Heizleistung: 273 kW eingesparte Kälteleistung: 105 kW
--	--

Mit dieser Einsparungstechnik wurden seit 1983 hochgerechnet **ca. 79 Mio. m³ Erdgas eingespart**. Mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen werden jährlich über **796 Mio. kWh Wärme und Kälte eingespart**, womit etwa **179.000 t CO₂a** substituiert werden.

SEW[®] Eine Technik, die durch Ihre Nachhaltigkeit dem Kunden und unserer Umwelt auf Jahrzehnte Nutzen bringt

47906 Kempfen • Tel: 0 21 52 / 91 56 - 0 • www.sew-kempen.de

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Windkraft in der Kommune

Das alles bestimmende Thema Energiewende stand im Zentrum einer Fachtagung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München in Markt Schwaben. Dabei wurde dem Thema Windkraft in der Kommune besonderer Stellenwert beigemessen.

Über das Bayerische Energiekonzept - „Energie innovativ“ sowie geplante Maßnahmen des Freistaates zu seiner Umsetzung informierte Burchard Schütze, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Schütze wies darauf hin, dass ein umfassender Ausbau der Stromnetze zur Integration der erneuerbaren Energien unumgänglich sei. Der Ausbaubedarf bis 2020 in Bayern liege im Höchstspannungsnetz bei rund 240 Kilometern, im Mittelspannungsnetz zwischen 14.000 und 43.000 km sowie im Niederspannungsnetz zwischen 53.000 und 82.500 Kilometern.

Speichertechnologien verbessern

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Netzausbau sei auf allen Spannungsebenen erforderlich, so Schütze weiter. Er plädierte für die Verbesserung der öffentlichen Akzeptanz, der Einführung einer Bundesfachplanung, der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie für einen europaweit koordinierten Netzausbau. Zudem müssten Anreize zur bedarfsorientierten Stromerzeugung erneuerbarer Energieanlagen geschaffen, Speicherkapazitäten ausgebaut und Speichertechnologien verbessert werden. Es gelte, die Effizienz bei Erzeugung und Verbrauch (effizientere Technologien, KWK und Energieeinsparung) zu erhöhen und für eine effizientere Erzeugung und Ver-

wendung der Wärme (Schwerpunkt Gebäudesanierung) zu sorgen.

Erdgasinfrastruktur

Eine weitere Forderung Schützes beinhaltet neben der verstärkten Erforschung von Energietechnologien den Ausbau der Erdgasinfrastruktur. Moderne hoch-effiziente Gaskraftwerke verfügten über hohe Wirkungsgrade, geringe CO₂-Emissionen, seien KWK geeignet und stellten eine ideale Ergänzung zu den erneuerbaren Energien dar.

Durch den Ausstieg aus der Kernenergie sei in Bayern ein Bedarf von 3000 bis 4000 Megawatt Kraftwerksleistung erforderlich, was vier bis fünf großen Gaskraftwerken mit 800 Megawatt Leistung entsprechen würde. Das E.ON-Kraftwerk Irsching 4 mit 555 MW sei seit September 2011 in Betrieb; Haiming mit 850 MW werde voraussichtlich nicht vor 2015 in Betrieb gehen. An weiteren möglichen Standorten wie Pleinting, Leipheim und Dettelbach seien noch keine Investitionsentscheidungen getroffen.

Immissionsschutz

Wie Rainer Lehmann vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der sich mit Immissionsschutz und Windenergie befasste, erläuterte, sei bei Einhaltung eines Mindestabstands des Windrades von 1.000 Metern zur Wohnbebauung in allgemeinen Wohngebieten die Einholung von Lärmgutachten nicht erforderlich. Allge-

mein seien laut LfU folgende Mindestabstände einzuhalten: 800 Meter zur Wohnbebauung in einem allgemeinen Wohngebiet (hier sind Datenblätter wie z. B. eine Herstellerbescheinigung, in denen das Geräuschverhalten der Anlage in allen regulären Betriebszuständen mindestens bis zum Erreichen der Nennleistung belegt ist oder eine nachvollziehbare Immissionsprognose ausreichend), zudem 500 Meter zu einem Mischgebiet und 300 Meter zu einer Wohnnutzung im Gewerbegebiet.

Projekte

Erfolgreiche Windanlagen-Projekte in Neustadt a. d. Aisch und in der Gemeinde Denklingen (Landkreis Landsberg) stellten anschließend Günter Beermann, Beermann Windkraft GmbH und Erste Bürgermeisterin Viktoria Horber vor. Ein weiteres Beispiel präsentierte Wolfgang Braun vom Münchener Energiedienstleister Green City Energy: Der 4-MW-Windpark Unterried in der Oberpfalz, errichtet in nur vier Monaten Bauzeit vom lokalen Projektentwickler Jura Energie gemeinsam mit Green City Energy, produziert jährlich 9 Millionen Kilowattstunden grünen Strom und versorgt damit circa 3.600 Haushalte in der Region.

Im Rahmen einer ökologischen Geldanlage in Form eines Bürgerbeteiligungsfonds stehen Anwohnern und interessierten Anlegern Anteile des Projekts zur Zeichnung zur Verfügung. Erst für 2012 ist dagegen die Errichtung und die Inbetriebnahme des Windparks Berching geplant, wie Dr. Peter Niebauer von der Windpower GmbH abschließend ausführte. **DK**

Wenn's kalt wird helfen uns die Österreicher

Rewag-Chef Norbert Breidenbach beleuchtete im Regensburger PresseClub die Energiewende

Regensburg. (osr) „Wenn ich abschalte, muss ich auch wissen, was ich zuschalte.“ Norbert Breidenbach, Chef der Rewag und Vorsitzender des Verbands der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, stellte sich im Regensburger PresseClub allen Fragen zur Energiewende, wobei in erster Linie Strom gemeint war. Geprägt war die Diskussion von zwei wichtigen Terminen dieses Jahres: Der Katastrophe von Fukushima am 11. März und dem deutschen Beschluss zum Atomausstieg am 6. Juni. Doch Breidenbach nennt ein anderes Datum für die Energiewende in Deutschland, denn sie habe schon vor Jahren mit der Liberalisierung des Strommarkts begonnen.

Zum heutigen Stand: Vier große Erzeuger produzieren 75 Prozent des Stroms, Kernkraftwerke produzieren 7 700 Stunden im Jahr (bei 8 760 Jahresstunden) und Photovoltaikanlagen 910 Stunden. Vor dem Abschalten der Kernkraftwerke, erinnerte der Energiemanager, habe die Bundesregierung erst im Oktober 2010 eine Laufzeitverlängerung beschlossen. Alternativen zur Kernenergie seien beispielsweise der Bau neuer Gaskraftwerke, der Ausbau der Höchstspannungsnetze von Nord nach Süd (zur Übertragung von Windstrom vom Meer und von der Küste) oder Speicherkapazitäten, die heutzutage hauptsächlich in Pumpspeicherkraftwerken zur Verfügung stehen.

Schon in diesem Sommer sei Deutschland auf Stromimporte angewiesen gewesen, weil Wind- und Sonnenkraft keine kontinuierliche Einspeisung gewährleisten hätten. Auch bei dezentraler Erzeugung seien 3 600 Kilometern neuer Hochspannungsstrassen erforderlich. Besonders auch für Bayern, denn bei einem Erzeugungsanteil von 61 Prozent Kernenergie setze die Abschaltung hier besondere Anstrengungen voraus.

Deutliche Zahlen lieferte Breidenbach auch zum Ausbau der regenerativen Energien in Bayern. Wenn bis 2021 ihr Anteil, wie von der Regierung beschlossen, 50 Prozent betragen soll, müssten die Photovoltaik versiebenfacht und 1.500 zusätzliche Windkraftanlagen in Bayern errichtet werden. Um die restliche Lücke zu decken, seien weitere fünf bis sechs Gaskraftwerke erforderlich. Angesichts dieser erforderlichen Investitionen, so Breidenbach, hätten unabhängige Beratungsfirmen errechnet: Der Strompreis wird sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln.

Zusätzliche Gaskraftwerke

Die Vorrangspeisung für erneuerbare Energien mit einem Potential von 14 Milliarden Euro im Jahr sei dem Wettbewerb entliehen, machte der Rewag-Chef deutlich. Dadurch würden konventionelle Kraftwerke immer unwirtschaftlicher. Andererseits wurden im letzten Jahr zusätzliche 7.000 Megawatt (entspricht sieben Kernkraftwerken) in Bayern installiert, was für riesige Lastschwankungen im Netz Sorge,

sagte Breidenbach. Nur über zusätzliche Gaskraftwerke könne die zusätzliche erforderliche Regelenergie bereitgestellt werden.

„Wir kaufen Strom dort, wo wir Preise finden, die auch der Kunde akzeptiert“, stellte Breidenbach fest. Wenn es in Bayern im kommenden Winter (wenn er echt kalt wird) richtig Probleme geben könnte, helfe nur eine 1 000-Megawatt-Kraftwerkskapazität aus, die von Österreich vertraglich zugesichert sei. Breidenbach wollte nicht missverstanden werden: „Der Wettbewerb war der richtige Weg, der Kunde hat davon profitiert. Und wir befürworten die dezentrale Erzeugung.“ Allerdings hatte nicht die Versorgungswirtschaft die Möglichkeit zum Handeln, sondern die Politik habe den Markt völlig verändert.

Mit dem Windenergiepark Fasenerie bei Hof (zehn Megawatt), in den die Rewag 80 Millionen Euro investiert hat, habe das Unternehmen die Chance genutzt, neben dem Vertrieb und der Verteilung auch in die Erzeugung von Strom stärker einzusteigen. Rechnen würde sich dies aber nur durch die EEG-Förderung, gab Breidenbach öffentlichlich zu.

Andererseits seien die europäischen Nachbarn über den nationalen deutschen Alleingang beim Ausstieg aus der Kernenergie gar nicht glücklich. Auch wenn sich die Branche bemühe, das politische Energiekonzept umzusetzen, „brauchen wir in den nächsten Jahren das Ausland, um Kraftwerkskapazitäten bei uns sicherzustellen.“



„Pedelec-Übergabe“ der Energie Südbayern mit Vertretern der Kommunen aus der Region Wolfratshausen.

Energie Südbayern:

Informationskreis Energie - e-bikes für Gemeinden

Die Bürgermeister der erdgasversorgten Kommunen aus der Region Wolfratshausen und der Region Passau trafen sich auf Einladung der Energie Südbayern (ESB) zum jährlichen Informationskreis Energie und der Vergabe des ESB-Klimafonds. Der Informationskreis Energie ist eine jährliche Veranstaltungsreihe der Energie Südbayern, die bereits seit 20 Jahren stattfindet und sich als Informationsplattform zwischen Kommunen, Städten und der ESB etabliert hat.

Auch dieses Jahr standen wieder aktuelle Themen wie etwa die Umsetzung des bayerischen Energiekonzepts und Potentiale der kommunalen Energieversorgung im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussion. Die Teilnehmer haben hier auch über die Vergabe des ESB-Klimafonds abgestimmt. Der Klimafond wurde von Energie Südbayern zur Förderung von regionalen Umwelt- und Klimaschutzprojekten ins Leben gerufen. Die Kommunen nutzen in diesem Jahr die Gelegenheit, um in das Thema Eco-Mobilität einzusteigen und entschieden sich für die Anschaffung von sogenannten Pedelecs.

In der Region Wolfratshausen wurden 17 der sparsamen Elektro-Zweiräder von Martin Filser, regionale Unternehmenskommunikation der ESB, an die Vertreter der Gemeinden übergeben. Künftig sind die Pedelecs in den Ge-

meinden für kommunale Aufgaben im Einsatz.

Beim 18. Infokreis der ESB Pocking in Bad Griesbach trafen sich 20 Vertreter der erdgasversorgten Kommunen, um gemeinsam mit Vertretern der ESB das Energiekonzept und dessen Chancen und Möglichkeiten zu diskutieren.

Regionale Lösungen

Unter dem Vorsitz von Landrat Franz Meyer widmeten sich die anwesenden Gäste einem abwechslungsreichen und informativen Programm rund um das Thema „Energie“. Als Redner konnte die ESB Otto Blaschke vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. gewinnen. Er berichtete anschaulich und informativ über die aktuelle Energiepolitik, über das Bayerische Energiekon-

zept „Energie innovativ“ und brachte Herausforderungen und regionale Lösungen zur Sprache. Blaschke stellte sich im Anschluss den zahlreichen Fragen und auch der Kritik der Anwesenden.

Die Vertreter der ESB stellten anschließend die innovativen Pläne und zahlreichen Aktivitäten ihres Unternehmens in der kommunalen Energieversorgung vor. Im Speziellen wurden nachhaltige Energie-Projekte, die in Partnerschaft mit Kommunen umgesetzt werden, vorgestellt. Wegweisend für die Energieversorgung der Zukunft beschäftigt sich die ESB mit der Windnutzung in Bayern und präsentierte konkret Vor- und Nachteile dieser Energieerzeugungsvariante. Projekte, die mit interessierten Gemeinden und Landkreisen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden können, werden von ESB ausdrücklich favorisiert.

Die Ausschüttung des Klimafonds der ESB nutzen die anwesenden Kommunalvertreter dieses Jahr, um in die eco-Mobilität einzusteigen. 24 neue e-bikes werden im nächsten Frühjahr von der ESB an die Gemeinden übergeben. **□**

Solarpark Kuhtrift in Postbauer-Heng:

Finanzierung ist abgeschlossen

Für dieses Projekt ist keine Bürgerbeteiligung möglich

Die Bauarbeiten am Solarpark Kuhtrift schreiten voran und die ersten Nachführsysteme werden installiert. Die Arbeiten liegen im Zeitplan, so dass mit dem fristgerechten Abschluss der Erstellung des Solarparks zu rechnen ist.

Die TecnoSun Solar Systems AG hat die Finanzierungsrunden für den Solarpark Kuhtrift erfolgreich vollzogen und die Photovoltaikanlage an zwei Privatinvestoren verkauft. „Aufgrund der Kürze der Zeit, in der dieses Projekt realisiert werden musste, war es leider nicht möglich eine Bürgerbeteiligung zu realisieren“, so Peter Fischer, Vorstand der des Neumarkter Unternehmens.

Die Betreibergesellschaften sind aber in Postbauer-Heng ansässig, so dass die Gewerbesteuerernehmen an die Marktgemeinde fließen, so Fischer weiter. Nach den Worten Thomas Vogels, Un-

ternehmenssprecher der Oberpfälzer Firma, sei der Zeitraum von der Projektentwicklung bis zur Projektfinanzierung in nicht einmal fünf Monaten äußerst knapp bemessen gewesen. Dadurch sei die Gründung einer Bürgergesellschaft für die PV-Anlage einfach nicht machbar gewesen. „Die Projektrealisierung in dieser äußerst kurzen Zeit ist nicht zuletzt der hervorragenden Zusammenarbeit mit der Marktgemeinde Postbauer-Heng und dem Elan des 1. Bürgermeisters Horst Kratzer zu verdanken“, so Vogel weiter.

Suche nach geeigneten Flächen

Die TecnoSun Solar Systems AG ist an weiteren Photovoltaik-Projekten in der Region äußerst interessiert. In diesem Zusammenhang werden Möglichkeiten für Bürgerbeteiligungen auf jeden Fall zur Prüfung kommen, wie Peter Ludwig, Leiter der Finanzabteilung des Unternehmens, ausführte. Dementsprechend ist die Firma aus Neumarkt weiter intensiv auf

der Suche nach geeigneten Flächen für Photovoltaikanlagen. Dies sind neben Flurstücken entlang von Autobahnen und Bahnlinien in einer Entfernung von bis zu 110 Metern vom äußeren Fahrbahnrand auch Gewerbegebietsflächen mit einer Ausweisung als Gewerbegebiet vor dem 1. Januar 2010 sowie sog. Konversionsflächen. Hierunter sind vorbelastete Flächen wie ehemalige Deponien oder Militärgelände zu verstehen.

Wertschöpfung vor Ort

Peter Fischer legt „äußerst großen Wert darauf, dass die Wertschöpfung von regionalen Photovoltaikkraftwerken bestmöglich vor Ort bleibt. Die Gründung der Betreibergesellschaft am Ort der PV-Anlagen ist ein Mindestziel, welches wir auch in Postbauer-Heng realisiert haben“. Im Zuge der Energiewende kommt der Dezentralisierung der Energiegewinnung eine immer größere Bedeutung zu. „Dies ist aber nicht ohne die Akzeptanz in der Bevölkerung realisierbar, daher bevorzugen wir das Motto „Energie aus der Region für die Region“, unter bestmöglicher Mitwirkung der Bürger“. So der Vorstand der TecnoSun Solar Systems AG. **□**

Tagung des Lenkungsausschusses der Bayerischen Energieagentur:

Kommunen sind wichtige Partner

Der Lenkungsausschuss der Bayerischen Energieagentur hat sich mit den höchsten Vertretern der kommunalen Spitzenverbände Dr. Ulrich Maly (Bayerischer Städtetag), Dr. Jakob Kreidl (Bayerischer Landkreistag) und Dr. Uwe Brandl (Bayerischer Gemeindegtag) zu einem Spitzengespräch getroffen. Ziel war es, die Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern zu intensivieren und die Rolle der Kommunen beim Umbau der Energieversorgung zu betonen.

„Die Kommunen sind ein wichtiger Partner der Staatsregierung bei der Umsetzung des Bayerischen Energiekonzepts. Sie bestimmen in allen Landesteilen die Energieversorgung als Träger der Planungshoheit maßgeblich mit. Deshalb ist es uns wichtig, die Kommunen eng in unsere Konzepte einzubinden“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Ehrgeizige Ziele

Mit dem Energiekonzept „Energie innovativ“ hat sich der Freistaat ehrgeizige Ziele gesetzt. „Wir müssen hier alle an einem Strang ziehen. Vor allem bei der Errichtung neuer dezentraler Erzeugungsanlagen und beim Netzausbau brauchen wir die Kommunen“, betonte Zeil. Sie können zudem zur Akzeptanz der Bürger beim Umbau der Energieversorgung einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb spielen die Kommunen in dem von der Energieagentur angesprochenen Dialogprozess eine Schlüsselrolle und sind in den maßgeblichen Gremien der Energieagentur vertreten.

Am 29. November wird eine Kommunalkonferenz in Nürnberg den Auftakt für eine Reihe von Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken bilden. „Mit diesem gemeinsamen Vorgehen möchten wir ein Zeichen setzen. Energiekonzepte lassen sich nicht von oben nach unten verordnen,

sondern müssen gemeinsam umgesetzt werden“, erklärte Zeil.

Der Bayerische Gemeindegtag begrüßt die Einbindung in die Arbeit der Energieagentur. „Es besteht ein immenser Beratungsbedarf auf kommunaler Ebene, wie ein nachhaltiges Energiekonzept in Bayern umgesetzt werden kann. Wir brauchen Aussagen zur Energieeinsparung, rasche Genehmigungsverfahren bei regenerativen Energien sowie Informationen zur entsprechenden Netzstruktur. Dabei gilt es, bayernweit die Versorgungssicherheit mit akzeptablen Strompreisen zu gewährleisten“, so Präsident Brandl.

Koordinierung und Verknüpfung

Aus Sicht des Bayerischen Städtetags ist für die Energiewende eine bayernweite Koordinierung und Verknüpfung von dezentralen Lösungen in Kommunen erforderlich. „Der Freistaat muss zum Beispiel die Kommunen bei der Frage unterstützen, wann sich kommunale Investitionen in regenerative Energieanlagen als wirtschaftlich sinnvoll erweisen. Kommunen sind bereits jetzt gut auf dem Weg zur Nutzung regenerativer Energien, etwa mit ihren Stadtwerken oder mit regionalen Energieagenturen“, erklärte der Vorsitzende Ulrich Maly.

„Den Landkreisen kommt bei der großen Zukunftsaufgabe der

Energiewende eine entscheidende Koordinierungsaufgabe zu“, betonte Präsident Jakob Kreidl. Ein Vorteil für die Landkreise liegt darin, dass dort bereits lange vor der Atomkatastrophe von Fukushima mit dem Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie begonnen wurde. Fach-

leute selbst aus China sind schon vor Jahren übers Land gereist, um zu sehen, wie dezentral Energie in Biomasseanlagen oder durch Windkraft und Photovoltaik gewonnen werden kann. „Die Energiewende ist nur in einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt zu bewältigen. Die bayerischen Landkreise werden sich auf allen Ebenen daher in die Diskussion einbringen. Nur wenn alle Kräfte zusammenwirken, kann ein Umstieg gelingen“, so Kreidl. □

Biomasse-Heizkraftwerk erzeugt ersten Dampf

Knapp 15 Monate nach Baubeginn erzeugt das neue Biomasse-Heizkraftwerk der N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg-Sandreuth den ersten Dampf. Über den aktuellen Stand des Inbetriebsetzungsprozesses der 36 Mio. Euro-Investition informierten Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE sowie Dr. Frank Noack, Projektleiter des Generalunternehmers Kraftanlagen München GmbH.

Während andere Biomasse-Heizkraftwerke die erzeugte Wärme häufig nur teilweise nutzen können und den Rest über Luftkühler an die Umgebung abgeben, fährt die N-ERGIE ihre Anlage im geschlossenen Kraft-Wärme-Kopplungsprozess und nutzt so die gesamte regenerativ erzeugte Wärme. Dadurch wird ein Gesamtwirkungsgrad von etwa 85 Prozent erreicht.

Durch die Standortwahl eingebettet in das bestehende Heizkraftwerk Sandreuth ergeben sich zusätzliche Synergien. Das neue Biomasse-Heizkraftwerk nutzt die bereits vorhandene Infrastruktur mit. Außerdem werden künftig alle Anlagen am Standort Sandreuth gemeinsam durch die N-ERGIE betrieben, überwacht und instandgehalten.

„Das Biomasse-Heizkraftwerk Sandreuth steht nicht nur beim Brennstoff für Ressourcenschonung, sondern auch bei der Standortwahl“, betonte Josef Hasler. „Mit dieser Anlage wird die Nürnberger Fernwärme noch attraktiver und ökologischer. Für uns ist das Biomasse-Heizkraftwerk Sandreuth ein weiterer Meilenstein auf unserem Weg hin zum grünen Dienstleister“, ergänzte er.

Aktueller Stand der Anlage

Das erste Holzfeuer am 12. Oktober 2011 markierte den Beginn der sogenannten heißen Inbetriebnahme. Allerdings kann der Dampf erst durch die Turbine verarbeitet werden, wenn er die erforderliche Qualität aufweist.

Um diese zu erreichen, wird noch bis zum Ende dieser Woche die Kesselanlage ausgeblasen und dadurch von Rückständen aus der Fertigung und der Montage gereinigt. Im Anschluss daran wird der Kessel solange betrieben, bis der erzeugte Dampf die erforderliche Qualität erreicht.

Bis Ende des Jahres testen die Mitarbeiter die Anlage und optimieren die Regelkreise. Ende Januar soll dann erstmals Dampf auf die Turbine gebracht und damit Strom und Wärme erzeugt werden.

Funktionsweise und technische Daten der Anlage

Das Biomasse-Heizkraftwerk soll pro Jahr rund 51.000 Tonnen naturbelassenes Frischholz aus Landschaftspflege oder Waldhackgut einsetzen, das primär aus der Region stammt. Ende September wurden bereits die ersten Hackschnitzel angeliefert.

Nach der Wareneingangskontrolle und -beprobung wird das Holz in einer von sechs Boxen im Brennstofflager eingelagert und zum Biomassekessel transportiert. Durch die Verbrennung der Holzackschnitzel wird das im Kessel zirkulierende Wasser verdampft. Der Dampf erreicht dabei eine Temperatur von rund 480 °C und einen Druck von

70 bar. Pro Stunde werden 25 Tonnen Dampf erzeugt.

Der Dampf wird in einer Heizzentrale entspannt. Die Turbine treibt einen Generator an, der elektrische Energie erzeugt. Der erzeugte Strom wird umgespannt und in das Netz der N-ERGIE eingespeist, während die Nutzwärme aus dem Abdampf in das Nürnberger Fernwärmenetz gelangt.

28.000 Tonnen CO2 weniger

Mit einer Fernwärmeleistung von 14.000 Kilowatt (KW) wird das Biomasse-Heizkraftwerk jährlich rund 82 Mio. Kilowattstunden (kWh) Öko-Fernwärme erzeugen, die dem Jahresverbrauch von annähernd 7.000 Dreipersonenhaushalten in Mehrfamilienhäusern entspricht. Künftig werden sieben Prozent der Nürnberger Fernwärme aus erneuerbaren Energien gewonnen. Durch die Integration des Biomasse-Heizkraftwerks in die Fernwärmeversorgung mit lokaler Stromerzeugung über Kraft-Wärme-Kopplung werden jährlich zusätzlich 28.000 Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Die elektrische Leistung des Biomasse-Heizkraftwerks beträgt ca. 6 MW. Damit wird die Anlage jährlich rund 35 Mio. Kilowattstunden Ökostrom erzeugen, eine Menge, die dem Jahresverbrauch von 10.000 Dreipersonenhaushalten entspricht.

Für die Reinigung der Abgase der Anlage setzt die N-ERGIE anstatt des üblichen Elektrofilters einen effektiveren Gewebefilter ein. Damit liegen die Abgaswerte für Staub bei lediglich 5 bis 10 mg pro Kubikmeter Abgas - weit unter dem gesetzlichen Grenzwert von 20 mg/Kubikmeter. Die Abgase werden über eine freie Abgasröhre des bereits bestehenden 151 Meter hohen Kamins abgeleitet.

Höchste Effizienz der Nürnberger Fernwärme

Aktuell deckt die Fernwärme rund ein Viertel des Nürnberger Wärmebedarfs. In den kommenden Jahren wird die N-ERGIE das Fernwärmenetz weiter ausbauen.

Die Nürnberger Fernwärme kommt zu 90 Prozent aus dem Heizkraftwerk in Nürnberg-Sandreuth. In dem 2005 von Kohle- auf Erdgasbefuerung umgerüsteten Kraftwerk mit moderner Gas- und Dampfturbineanlage wird durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt. Zusätzlich nutzt die N-ERGIE im KWK-Prozess die Nutzwärme aus der nahe gelegenen Müllverbrennungsanlage.

Die Energieagentur Mittelfranken bescheinigt der Fernwärme in Nürnberg den bestmöglichen Primärenergiefaktor von 0,0. Mit diesem Wert bestätigte sie die optimale Umwandlung des eingesetzten Brennstoffs für die Wärmeerzeugung. □

„Wir wollen Zeichen setzen“

Die Gemeinde Pielenhofen bei Regensburg rüstet ihre Straßenbeleuchtung nach und nach auf LED um

Seit Kurzem erscheint das Neubaugebiet Rohrdorf der 1.500-Einwohner-Gemeinde Pielenhofen im Landkreis Regensburg in „neuem“ Licht: Neun Straßenleuchten mit LED-Technologie erhellen bereits die Straßenzüge – die ersten Häuser befinden sich im Bau und sind im Sommer einzugsfertig. Das ist allerdings nur der Anfang: Die Gemeinde ist überzeugt von der LED-Lösung und plant, nach und nach seine gesamte Straßenbeleuchtung umzurüsten. Die Beweggründe erläutert Reinhold Ferstl, 1. Bürgermeister von Pielenhofen, im Interview.

GZ: Warum setzen Sie bei der Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet auf LED?

Ferstl: Auf der Messe „Light+Building 2010“ habe ich mich für das Konzept LED begeistern lassen. Mein Gemeinderatskollege und ich waren auf der Suche nach dem neuesten Stand der Technik in der Straßenbeleuchtung. Unser oberstes Ziel dabei: Energie sparen. Und das geht mit der effizienten LED-Technologie wunderbar. Als wir dann noch erfahren haben, dass LED eine angenehme warme Lichtfarbe haben und auch die Lichtverschmutzung viel geringer ausfällt als bei herkömmlicher Straßenbeleuchtung, war die Entscheidung für uns klar.

GZ: Wie kommt die LED-Lösung bei den Pielenhofern an?

Ferstl: In einer ersten Testphase haben wir vor einiger Zeit zwei LED-Straßenleuchten im Gemeindebereich installiert, um unseren Bewohnerinnen und Bewohnern den Unterschied zwischen der modernen Technologie und unseren bisherigen Natriumdampflampen in der Realität zeigen zu können. Und das Feedback war sehr gut: Die LED-Leuchten blenden nicht und sie richten ihr Licht genau dorthin, wo es benötigt wird – das waren die Vorteile, die die Bürgerinnen und Bürger bei der abschließenden Befragung am häufigsten genannt haben. Bei unseren Natriumdampflampen besteht das Problem, dass wir manche teilweise abdunkeln oder abdecken müssen, weil sie zum Beispiel ins Schlafzimmer hineinstrahlen. Ein Problem, das nun bald der Vergangenheit angehört.

GZ: Wie sieht es mit den Kosten aus?

Ferstl: Die Haushaltskasse von Kommunen muss sorgsam geführt werden und die Umrüstung auf LED-Straßenleuchten macht sich natürlich bemerkbar. Aber wenn man dagegen rechnet, dass diese eine Lebensdauer von rund 50.000 Stunden haben, amortisieren sich die Ausgaben doch recht schnell. Da wir abends die Beleuchtung herunter dimmen, können wir durch intelligentes Lichtmanage-

ment zusätzlich Energie sparen. Außerdem: Eine herkömmliche Leuchte kostet vielleicht zwei Drittel des Kaufpreises einer LED-Lösung. Wenn Sie ein neues Baugebiet erschließen, stellen Sie dann veraltete Sachen hin?

Ich vergleiche das gern mit dem Hausbau: Man baut heutzutage auch keine Häuser mehr, die viel Energie verbrauchen, sondern Niedrigenergiehäuser - am besten noch mit Photovoltaik- und Solaranlagen ausgestattet. Wir als Gemeinde wollen mit unserer Entscheidung zeigen: Wir investieren in LED, also in niedrigen Energieverbrauch. Wir wollen Vorreiter sein.

GZ: Warum haben Sie sich für LED von OSRAM Opto Semiconductors entschieden?

Ferstl: OSRAM Opto Semiconductors sitzt in Regensburg. Für uns eine klare Entscheidung, da wir Firmen in der Umgebung unterstützen möchten. Zudem gibt es viele Arbeitnehmer in unserer Gemeinde, die bei OSRAM arbeiten. Die LED-Technologie, die in den Straßenlampen eingesetzt wird, stammt aus Regensburg, was zusätzlich auf die Nachhaltigkeit einzahlt. Auch damit wollen wir ein Zeichen setzen.

GZ: Nachhaltigkeit wird in Pielenhofen großgeschrieben?

Ferstl: Nachhaltigkeit ist mir eine Herzensangelegenheit. Wir verfolgen diesen Kurs schon seit längerem konsequent, was wir beispielsweise auch mit unserem Waldkindergarten gezeigt haben. Anfangs wurden wir für die Idee belächelt – inzwischen wurde er von der UNESCO ausgezeichnet. Nachhaltigkeit ist für uns kein Modebegriff, den wir immer aus der Tasche ziehen, wenn er gerade in der Öffentlichkeit an Brisanz gewinnt. Der nächste Schritt ist auch schon gemacht: Den Neubau des Pielenhofener Bürgerhauses mit LED von OSRAM Opto Semiconductors auszustatten. Wir wollen zeigen, was man alles machen kann! Die Nachbargemeinden haben übrigens auch schon angefragt, wie das mit den LED-Straßenleuchten funktioniert. □

BMU-Förderung 2012:

Die Chance für Städte und Gemeinden

Bereits zum zweiten Mal vergibt das BMU Fördergelder zur Erneuerung der kommunalen Straßenbeleuchtung. Das Programm „LED-Straßenbeleuchtung“ sorgt dafür, eine veraltete und ineffiziente Beleuchtungsanlage auf den neuesten technischen Stand zu bringen, damit langfristig Energie gespart und die Umwelt entlastet wird. Die Mittel werden in Form eines Zuschusses gezahlt, wodurch sich die Amortisationszeit einer neuen Anlage drastisch reduziert.

Mit den LED-Lichtlösungen von Philips sparen die Städte und Gemeinden künftig nicht nur Energie und damit kommunales Budget, sondern verbessern auch die Qualität des Lichtes.

Die BMU-Förderrichtlinie mit allen Details wird voraussichtlich Ende November 2011 veröffentlicht. Der Antragszeitraum erstreckt sich von Januar bis März 2012.

Weitere Infos unter www.philips.de/light □

Verbraucherzentrale Bayern sieht Risiken bei Solarinvestments

Weg vom Atomstrom und hin zu Solar-, Wind- und Wasserkraft - durch den Ausbau erneuerbarer Energie soll die Energiewende in Bayern möglich werden. Ein Baustein, um die Energielücke zu schließen, sind Bürgersolarparks, die auf freien Feldern oder Hausdächern errichtet werden.

Die Bürger vor Ort sollen die Projekte finanzieren. Sie können sich finanziell an der Erzeugung von grünem Strom beteiligen und dabei noch Geld verdienen. „Der Gedanke dahinter ist einfach“, erklärt Sascha Straub, Referent für Finanzdienstleistungen bei der Verbraucherzentrale Bayern: „Ein Energieprojekt in der Nachbarschaft wird eher akzeptiert, wenn man dort investiert hat.“

Das eigene Geld scheint sicher, weil die Anlagen jederzeit aufgesucht werden können. Die gesetzliche Einspeisevergütung garantiert die Abnahme des erzeugten Stroms. Es locken Renditen von 6 bis 8 Prozent. „Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit“, betont Straub: „Es handelt sich immerhin um unternehmerische Beteiligungen, die auch finanzielle Risiken bergen.“

Wer etwas zur Energiewende beitragen und in einen Bürgersolarpark investieren möchte, sollte sich der besonderen Anlageform bewusst sein. Viele Projekte laufen über einen Zeitraum von 20 Jahren. Das Investment kann in der Zeit weder gekündigt noch teilweise ausbezahlt werden. Ein Totalverlust der Einlage lässt sich nicht ausschließen, wenn das Unternehmen insolvent wird.

Die Rendite ist nicht garantiert und wird nur fällig, wenn auch Strom erzeugt wird. Klimaveränderungen oder Leistungsverluste der Solaranlagen führen zu geringeren Stromerträgen.

„Für die Altersvorsorge sind diese Anlageformen nicht geeignet“, sagt Straub: „Überlegenswert ist es aber, Beträge zu investieren, deren Verlust verkraftbar ist.“ □

Wasserkraft und Umweltschutz:

Gewinn für alle Beteiligten

Kooperation zwischen Bayerischen Elektrizitätswerken und Naturschutz zugunsten der Auenlandschaft an der Donau

Buchstäblich im gleichen Boot sitzen Energieversorger, Kommunen, Anlieger sowie Natur- und Umweltschützer in einem beispielhaften Kooperationsprojekt an der Donau. Dass sich letztlich alle auf der Gewinnerseite sehen, ist der engagierten und verständnisvollen Zusammenarbeit sämtlicher Betroffener zu danken. Wie Wasserkraft und Umweltschutz Hand in Hand gehen können, wurde jüngst mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel am Beispiel der Kooperation zwischen BEW und Naturschützern erläutert.

Mit 35 Laufwasserkraftwerken an Donau, Günz, Iller, Lech und Wertach, so BEW-Geschäftsführer Peter Strobel, erzeugt die Lechwerke-Tochter etwa 1.100 GWh im Jahr bei einer Ausbauleistung von 200 MW. In Bayern liegt der Anteil des elektrischen

rischen Elektrizitätswerken, Dr. Gerhard Haimerl, dem stellvertretenden Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos e. V., Giorgio Demartin und dem Projektmanager von Donautal Aktiv e. V., Martin Königsdorfer, während



Schwanparade im Auwaldgewässer. Bild: Rainer Hofmann

Stroms, der aus Wasserkraft erzeugt wird, bei insgesamt 15 %; die 17%-Marke scheint Strobel erreichbar, wenn man die Kapazitäten um weitere 15 % erhöht. Um die Ziele der Energiewende möglichst frühzeitig zu erreichen, möchte der Freistaat den Anteil an Strom aus Wasserkraft weiter ausbauen. Im Einzelfall ergeben sich dabei jedoch häufig Probleme.

Vorteile der regenerativen Energiequelle Wasserkraft

Die Vorteile der regenerativen Energiequelle Wasserkraft liegen klar auf der Hand: Ressourcen schonend, CO₂-frei, keine Schadstoffemissionen, hoher Wirkungsgrad, lange Lebensdauer, gut prognostizierbar und zuverlässig lauten die Schlagworte. Das Image der Wasserkraft ist entsprechend positiv.

Wie sich zusätzlicher Nutzen generieren lässt, stellte Strobel gemeinsam mit dem Leiter der Wasserbau-Technik bei den Baye-

einer Bootsfahrt in der Nähe der Donaustaufstufe Faimingen dar.

Konkurrenzfähigkeit ganz ohne EEG

Bei umsichtiger Planung dient die Nutzung der Wasserkraft dem Hochwasserschutz, der Flussanierung, der Sohlstützung und der Grundwasseranhebung. Gleichzeitig ist es möglich, ökologische Ziele in den Stauräumen zu forcieren. Natur- und Artenschutz werden in die Konzepte ebenso eingebunden wie die Entwicklung der Infrastruktur für Naherholung und Tourismus; auch der Flussunterhalt kann als Vertragsbestandteil integriert werden. Ein Faktor, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann, ist die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Wasserkraft – ganz ohne EEG.

Die „Sünden“ der Vergangenheit rächen sich auf Dauer. In der Zeit zwischen 1806 und 1867 wurde mit der „Donaukorrektur“ zwischen Ulm und Donau-

wörth das Flussbett begründet und befestigt. Ziel war die Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung und Begrenzung der Überschwemmungsflächen. Die Folgen waren jedoch gravierend: Um 25 % wurde die Fließstrecke durch die einschneidenden Maßnahmen verkürzt, die Grundwasserstände sanken um bis zu drei Meter und die permanente Eintiefung der Flusssohle ist nicht aufzuhalten. Jetzt gilt es, keine neuen Fehler zu begehen und die alten möglichst abzumildern. Die Wasserkraft soll nicht das Problem, sondern Teil der Lösung sein.

Förderung durch das Bundesamt für Naturschutz

Den Beteiligten kommt dabei gelegen, dass das Projekt der Erhaltung, Optimierung und Vergrößerung der naturnahen Auwälder vom Bundesamt für Naturschutz gefördert wird. In einem Bundeswettbewerb wurde das Konzept unter 200 Bewerbungen ausgewählt. Träger sind die Vereinigung Donautal-Aktiv e.V. und ARGE Schwäbisches Donaumoos e.V. Das Gebiet umfasst etwa 1.300 qkm in Teilen der Landkreise Dillingen, Donau-Ries, Günzburg, Neu-Ulm, Donau-Alb-Kreis und Heidenheim. Das Gesamtvolumen des Naturschutzgroßprojektes liegt bei zehn Millionen Euro. 75 % davon wird der Bund tragen, 15 % der Freistaat und der Eigenanteil aus der Region liegt bei 10 %, den wohl größtenteils die betroffenen Landkreise aufbringen werden.

Mammutaufgabe

Auf Landrat Leo Schrell, den ehrenamtlichen Vorsitzenden von Donautal-Aktiv, kommt eine Mammutaufgabe zu, sollen doch in die regionale Partnerschaft alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen der Region eingebunden werden. Ein Lenkungsausschuss begleitet das Projekt. Neben den Landkreisen und den anliegenden Städten und Gemeinden sind die Bayerischen Elektrizitätswerke und die Bayerischen Staatsforsten wichtige Partner für die Umsetzung der

Donaukraftwerk Jochenstein AG informiert:

Optimierungen beim Projekt Energiespeicher Riedl

Maßgaben der Landesplanerischen Beurteilung sind berücksichtigt
Planfeststellungsverfahren wird Anfang 2012 eingeleitet

Jochenstein – Die Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJAG) hat nunmehr die Ergebnisse der Projektoptimierungen bei einem Pressegespräch in Jochenstein vorgestellt. Aufgrund der Maßgaben der positiven Landesplanerischen Beurteilung von Anfang August 2011 hat das Projektteam für den Energiespeicher Riedl intensiv diese Vorgaben auf ihre Machbarkeit überprüft: Das Projekt wird im Sinne der Maßgaben optimiert, der vorgesehene Zeitplan wird eingehalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Untergriesbach informierten sich umfassend über die Umplanungen im Rahmen von zwei Bürgerinfo-Abenden anhand von aktuellen Plänen, Grafiken und Visualisierungen.

Schwerpunkte der Landesplanerischen Beurteilung vom 1. August 2011, als Ergebnis des Raumordnungsverfahrens (ROV), bilden die Belange der örtlichen Bevölkerung, der Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft sowie des Tourismus. Ziel des Bewertungs- und Planungsprozesses im Zuge dieses Beschlusses ist es, einen im Sinne der Ökonomie, Ökologie und technischen Umsetzbarkeit optimalen Energiespeicher zu bauen. „Wir haben die Maßgaben der landesplanerischen Beurteilung von den verantwortlichen Planern und

Naturschutzmaßnahmen. Die Fachbehörden von Wasserwirtschaft, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft unterstützen und beraten bei Planung und Umsetzung.

Ziele sind ganz klar die Siche- rung, bzw. vor allem die Er- höhung der Überschwemmungs- häufigkeit in der Aue und die Verbesserung der natürlichen Dy- namik insbesondere in den Au- wäldern und Uferbereichen, an den ehemaligen Kiesgruben und an der Donau, nach Möglichkeit in großen, zusammenhängenden Komplexen. Durch die Dynamik ist eine ausreichende Dichte an entsprechenden Lebensräumen (z. B. Tümpeln, Schlammlings- fluren, Weidengebüschen und Röhrichten) gesichert. Es gilt, die autotypischen Pflanzen- und Tierarten zu erhalten.

Neue Pionierstandorte

Die Verbesserung der Auwald- bewässerung soll erreicht werden durch den Bau von Ein- und Ausleitungsbauwerken bzw. Überlaufbereichen, die eine regelmäßige Überflutung ausge- deichter Auenstandorte ermögli- chen. Auch will man Bereiche – z. B. Flutrinnen und Flutmul- den – fördern, in denen durch die Überschwemmungsdynamik re- gelmäßiger „Pionierstandorte“ neu geschaffen werden. Zudem soll eine dynamische Stauziel- erhöhung ökologische Verbesse- rungen im Stauraum ermögli- chen. An etwa 80 Ausleitungssta- gen im Jahr würde beispielsweise an der Staustufe Höchstädt künftig der Ausbaubau über- schritten. Fischteiche sollen an- gebunden und Auwaldflächen re- aktiviert werden.

„Wir wollen die Donauauen wieder lebendig und naturnah gestalten“, versicherte Königsdorfer. Dort, wo heute noch stand- ortfremde Fichten und Hybrid- pappeln stehen soll ein Baumbe- stand entwickelt werden, wie er in der natürlichen Auenland- schaft vorkommt. Baumarten der Hartholzauwälder, z. B. Eichen, sollen gefördert und Totholz- bäume erhalten werden. Weidelan- dschaften und Kiesweiher will man entwickeln und die „Bren- nen“ – Kalkmagerrasen der Au- waldlichtungen – sowie die tro- ckenen Donaudämme mit ihren seltenen Tieren und Pflanzen er- halten, pflegen und wieder mit Schafen beweidet. Den Besu- chern der Donauauen möchte man spannende Naturerlebnisse und Beobachtungsmöglichkeiten

Bayern Facility Management GmbH:

Sicherheitsdienstleistungen neu im Leistungsspektrum

Im Zuge der Neuausrichtung der Dienstleistungstochter im BayernLB-Konzern wird die Bayern Corporate Services (BayernCS) seit dem 01. Juni 2011 als 100%-Tochtergesellschaft der Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) fortgeführt.

Die BayernCS erbringt Dienstleistungen in den Bereichen operative Sicherheit, konzeptionelle Sicherheit sowie Office Management. Als langjähriger Sicherheits-Dienstleister im BayernLB-Konzern und in der Sparkassenfinanzgruppe verfügt die BayernCS über einen umfangreichen Erfahrungsschatz in der Finanz- und Versicherungsbranche. Das Leistungsspektrum im Rahmen der organisatorischen und baulich/technischen Sicherheit stellt darüber hinaus eine optimale Ergänzung zu den Produkten der BayernFM dar. Mit der Übernahme können BayernFM und BayernCS künftig gemeinsam die vorhandenen Synergien im Facility Management noch besser für unsere Kunden nutzbar machen.

Thomas Aumer, Bereichsleiter Vertrieb und Prokurist bei der BayernFM, wurde zum Geschäftsführer der BayernCS ernannt und ist somit für die weitere strategische und kundenorientierte Fortentwicklung der Gesellschaft verantwortlich. Seine Position als Vertriebsleiter bei der BayernFM behält Herr Aumer bei.

Neben der weiteren Hebung von Synergiepotentialen wird die BayernCS sich auf die Optimierung des Produktportfolios sowie die Stärkung der Marktpräsenz fokussieren. Maßgebliche Faktoren sind dabei die konsequente Ausrichtung auf die Kundenanforderungen, ein wettbewerbsfähiges Preis-Leistungs-Verhältnis sowie engagierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. □

bieten, wobei sensible Bereiche durch eine veränderte Wegführung geschont werden sollen.

Kommunikation mit der Bevölkerung unabdingbar

Demartin und Königsdorfer befinden sich gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Informations-Dauereinsatz. Für beide ist es ganz wichtig, dass Mitbürger, Betroffene und Sachverständige aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen von Anfang an eingebunden sind und qualifiziert mitwirken können. Die Vertreter von Donautal-Aktiv und Schwäbischem Donaumoos sind überzeugt, dass das große Projekt nur gelingen wird, wenn alle Potentiale genutzt werden. Dazu gehören unbedingt auch die Kompetenz und das Engagement, die in der Bevölkerung in reichem Maße vorhanden sind.

Strobel und Dr. Haimerl zeigten sich überzeugt, dass die Umsetzung der EU-Wasser- rahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes mit neuen Konzepten und neuen Wegen der Zusammenarbeit zu einer Win-Win-Situation zwischen Ökologie und Wirtschaft führt. □

perten als umsetzbar gewertet: Aus der Verlegung der Stelle, an der Wasser aus der Donau entnommen und wieder zurück geführt wird, resultiert auch der Wegfall der Kaverne, in der die Maschinensätze ursprünglich untergebracht hätten werden sollen. Diese Kraftstation wird nun in Schachtkraftwerkbaueise auf dem bestehenden Kraftwerks- gelände errichtet. Das Ein- und Auslaufbauwerk des Energie- speichers Riedl wird auf dem Trenndamm ebenfalls auf dem Betriebsgelände des Kraftwerks Jochenstein errichtet. Die unterirdische Führung des Triebwas- serwegs wird beibehalten.

Fischwanderhilfe

Eine weitere zu überprüfende Vorgabe war die Verlegung des Einstiegs in die Fischwanderhilfe auf österreichisches Gebiet, um die Auffindbarkeit und den Lebensraum des Sterlets bei der Ortschaft Jochenstein optimal zu schützen. In enger Absprache mit den verantwortlichen Gewässerökologen und unter Berücksichtigung der Maßgabe, möglichst wenig landwirtschaftliche Flächen bei den Maßnahmen zu verbrauchen, ist nun eine Variante für die Fischwanderhilfe festgelegt worden, die allen Anforderungen entspricht.

Reduzierung der Schwankungen des Wasserspiegels

Die sorgfältige Überprüfung der Maßgabe, die zu erwartenden Wasserspiegelschwankungen beim Betrieb des Energiespeichers Riedl auf die beiden Stauräume Aschach und Jochenstein aufzuteilen, ergab, dass durch den gezielten Einsatz des bestehenden Kraftwerks Jochenstein die Schwankungen in den beiden Wasserkörpern auf wenige Zentimeter reduziert werden können. Damit können die Auswirkungen auf Flora und Fauna zusätzlich minimiert werden.

Trotz der notwendigen Umplanungen und Optimierungen geht die Donaukraftwerk Jochenstein AG davon aus, den gesetzten Zeit- und Budgetrahmen einhalten zu können. Die Unterlagen zur Einreichung zum Planfeststellungsverfahren (PFV) beim Landratsamt Passau als zuständige Genehmigungsbehörde sind in Vorbereitung. „Wir schließen die Planungen Ende des Jahres ab und werden die Unterlagen wie geplant Anfang 2012 zum Planfeststellungsverfahren einreichen“, informiert Projektleiter Mayr. □

40 Jahre Strom aus der Kraft von Donau und Main

Laufwasserkraftwerke Ingolstadt und Kleinostheim sind zuverlässige regenerative Energiepartner

Das Laufwasserkraftwerk Kleinostheim der Rhein-Main-Donau AG (RMD) kann in diesem Jahr ebenso auf 40 Jahre erfolgreichen Dauerbetrieb zurückblicken wie das Donaukraftwerk Ingolstadt. In Kleinostheim am Fuß des Spessarts erzeugt man pro Jahr durchschnittlich fast 60 Millionen Kilowattstunden Strom; in Ingolstadt sind es 133 Millionen KWh pro Jahr, allerdings mit einer Betriebsfrequenz von 16,7 Hertz zum Betrieb der Lokomotiven der Deutschen Bahn.

Kleinostheim gehört zu einer Kette von 34 Mainkraftwerken zwischen der Main-Mündung in den Rhein und dem Abzweig des Main-Donau-Kanals bei Bamberg, von denen 29 der Rhein-Main Donau AG gehören, und die von E.ON betrieben werden. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat der regenerative Dauerläufer im Landkreis Aschaffenburg mit seinen zwei Kaplan-Turbinen und einer Nennleistung von insgesamt knapp 10 Megawatt (9.700 Kilowatt) rund 2,4 Milliarden Kilowattstunden Strom geliefert. Damit hat das Kraftwerk Kleinostheim das Klima insgesamt um fast 1,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) oder über 41.500 Tonnen pro Jahr entlastet. In Ingolstadt wurden in der gleichen Zeit 5,3 Milliarden KWh erzeugt; ein ICE hätte damit rund 6.115 Mal die Erde umrunden können. Die Jahresstromerzeugung des Kraftwerks Kleinostheim entspricht dem Strombedarf von fast 17.100 Durchschnittshaushalten (3.500 kWh/a mit 2,7 Personen); die Einwohner von Kleinostheim könnten mit einer Jahresproduktion rund fünf-einhalb Jahre ihren Haushaltsstrombedarf decken. □

Geringfügige Modifizierung

Wichtigste Vorgaben der Landesplanerischen Beurteilung waren die Verlegung des Ein- und Auslaufbauwerks aus dem Un-

terwasser des Kraftwerks Jochenstein in den oberhalb des Kraftwerks gelegenen Stauraum direkt auf das Betriebsgelände des Donaukraftwerks Jochenstein sowie die Verlegung des Einstiegs in die Fischwanderhilfe flussabwärts auf österreichisches Gebiet und die Untersuchung einer Aufteilung der Wasserspiegelschwankungen auf die beiden Stauräume Aschach und Jochenstein.

Daraus ergibt sich auch eine geringfügig modifizierte Ausführung des Einlaufbauwerkes am Speichersee zwischen den Untergriesbacher Ortsteilen Gotsdorf und Riedl sowie bei der Streckenführung der unterirdischen Triebwasserwege.

Schachtkraftwerk und Triebwasserweg neu

Die Verlegung des unterirdischen Triebwasserweges wurde nach intensiver Prüfung von Ex-

Seminar in Thierhaupten:

Gemeinsam zum Erfolg

Unter dem Motto „Gemeinsam zum Erfolg“ veranstaltet die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) ein Seminar, um schwäbische Gemeinden zur Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden“, zu motivieren. Festgehalten werden kann, dass der Wettbewerb, der seit 50 Jahren besteht, in unseren Dörfern sehr viel Positives bewirkt hat. Deshalb sei es wichtig, dass die Gemeinden auch in Zukunft am Wettbewerb teilnehmen, erläuterte Helmut Guggert, Vorsitzender des Schwäbischen Bezirksverbandes für Gartenbau und Landpflege. Meldungen zum Wettbewerb, der im Frühjahr 2012 startet, nimmt das zuständige Landratsamt entgegen.

Neben grundsätzlichen Informationen zu Inhalt und Ablauf des Wettbewerbes und zur Aufgabe der Bewertungskommission wurde vor allem auf Erfahrungsaustausch mit mehr als 50 Teilnehmern, bestehend aus Fachleuten, interessierten Bürgern und Kommunalpolitikern Wert

gelegt. So konnten Vorbehalte und Ängste vor Begehrlichkeiten abgebaut werden.

Gemeinden, die am Wettbewerb teilnehmen, haben einen großen Nutzen. Die Dorfbewohner werden aktiv und setzen sich engagiert mit ihrem eigenen Lebensraum auseinander. Stärken

werden bewusst wahrgenommen, dadurch wird das Heimatbewusstsein entwickelt. Neben den sichtbaren Verbesserungen im Dorfbild lernt man durch die Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ sein Dorf neu kennen, resümierte SDL Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Wir konnten unsere Teilnehmer motivieren und Rüstzeug mitgeben. Gerne unterstützt die SDL dabei die Gemeinden durch maßgeschneiderte Seminarangebote.

Lebensqualität im Dorf erhalten

Durch das gemeinsame Ziel, den Ort attraktiver zu machen,

Seminarprogramm der AKDB:

Weiterbildung in einer modernen Kommunalverwaltung

Die AKDB, größter kommunaler IT-Dienstleister Deutschlands, hat ihr aktuelles Seminarangebot für das erste Halbjahr 2012 veröffentlicht. Ab sofort steht das neue Schulungsangebot für das kommende Halbjahr auf der Homepage www.akdb.de im Bereich Fortbildung für Online-Buchungen zur Verfügung. Die Seminarkataloge wurden jüngst an alle AKDB-Kunden verschickt.

Verkürzte Bearbeitungszeiten sowie der Wegfall von Behördengängen durch einen zeit- und ortsunabhängigen Zugang zu Dienstleistungen über das Internet sind heute entscheidende Kriterien für die Zufriedenheit von Bürgern und Wirtschaft mit ihrer Kommune.

Bürgerservice-Portal

Die Bürger-Dienste verschiedener Fachbereiche werden künftig in einem Bürgerservice-Portal gebündelt. Die kontinuier-

liche Weiterbildung der Mitarbeiter ist dabei Voraussetzung, um diese Innovationen langfristig abzusichern. Das tagesaktuelle Seminarprogramm mit seinen über 200 praxisorientierten Seminaren für nahezu alle Bereiche der Kommunalverwaltung spiegelt diesen umfassenden Ansatz wider.

Die Lerninhalte aller Seminare wurden aktualisiert, zahlreiche neue Seminare und Themen kamen hinzu. Schwerpunkte sind die Bereiche Finanzwesen, Bau- und Grundstückswesen sowie

Schule der Dorf- und Landentwicklung - Plankstetten:

Leitbild Nachhaltige Bürgerkommune

Wie können Kommunen vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und kommunalpolitischer Herausforderungen handlungsfähig bleiben?

Eine Antwort auf diese Frage bietet die Idee der Nachhaltigen Bürgerkommune der Schule der Dorf- und Landentwicklung - Abtei Plankstetten. Sie verbindet Leistungsfähigkeit und solidarisches Miteinander. Das verantwortungsbewusste Zusammenwirken der Akteure in Politik, Verwaltung sowie aller Bürgerinnen und Bürger setzt neue Kräfte frei und findet kreative Lösungen für die Bearbeitung aktueller Herausforderungen: Umgang mit dem demographischen Wandel, Sicherung der kommunalen Finanzkraft, Klima- und Ressourcenschutz, Standortwettbewerb, Familienfreundlichkeit, Bildung und vieles mehr.

Wesentlicher Erfolgsfaktor ist die umfassende Beteiligung der Bürgerschaft. Hierzu ist eine beteiligungsfreundliche Politik und eine beteiligungsoffene Verwaltung gefragt, die mit Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen freiwilliges Engagement und Verantwortungsübernahme durch Bürgerinnen und Bürger aktiviert und unterstützt.

Lösungsansätze

Jede Kommune wird aufgrund ihrer Lage und Tradition eigene Wege zu einer nachhaltigen Bürgerkommune gehen. Sie wird eigene Lösungsansätze finden für:

wicklung, die regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird,

- ▶ nachhaltige Strukturen, die eine dauerhafte Mitsprache und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalen Weichenstellungen gewährleisten,
- ▶ einen möglichst großen kommunalen Gestaltungsspielraum, der auch durch den Staat subsidiär gesichert werden muss,
- ▶ eine leistungsfähige Infrastruktur,
- ▶ „Haltefaktoren“ wie innovative Bildungsangebote oder Nahversorgung, um den demographischen Wandel vor Ort zu gestalten,
- ▶ die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch geeignete Rahmenbedingungen und Anlaufstellen,
- ▶ starke regionale Wirtschaftskreisläufe, ein effizientes und effektives kommunales Energiemanagement,
- ▶ eine gesicherte, transparente und nachhaltige Haushaltsführung,
- ▶ vernetzte Lösungen, die auch über den eigenen Tellerrand hinausreichen.

Das so gezeichnete Bild einer nachhaltigen Bürgerkommune kann dabei kein abgeschlossenes Modell sein, sondern eine Orientierungshilfe, um die lokale Demokratie weiterzuentwickeln und gemeinsam nach langfristigen Lösungsansätzen für die gesellschaftlichen Herausforderungen zu suchen. □

Versorgungsunternehmen. Alle Seminare können auch als individuelle Inhouse-Schulungen gebucht werden, auf Wunsch auch mit mobiler Schulungshardware. Anregungen und Kundenkritik sind der Ansporn, als Partner der Kommunen noch besser zu werden. □

Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management:

„Man kann nicht zweimal in denselben Fluss steigen“

Was den griechischen Philosophen schon klar war, erleben Mandatsträger jeden Tag auf's Neue: Täglich veränderte Situationen, neue Begegnungen, aktuelle Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Da ist zuweilen „guter Rat teuer“. Und darauf, dass mit der Zeit der Rat kommt, kann man sich nicht immer verlassen. Deswegen bietet die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management schon seit Jahren Seminare für Mandatsträger in den Kommunen an – heuer mit neuen Themen, mit einem Coaching-Angebot und in neuer Aufmachung. Man ist der festen Überzeugung, die kommunalen Würdenträger damit in ihrer Aufgabenbewältigung grundlegend, kompetent und effektiv begleiten zu können

Die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management GmbH bietet Kommunen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen eine ganze Palette von Beratungsleistungen für unterschiedlichste Themenfelder. Gemeinsam mit den Kunden entwickelt man Organisationen nachhaltig weiter, gestaltet gelungene Arbeits- und Kommunikationsprozesse oder optimiert betriebswirtschaftliche Prozesse in Projekten oder Geschäftsbetrieben. Als unabhängiger Partner kann die Akademie ihre Kunden transparent über verschiedene Möglichkeiten und den bestmöglichen Weg informieren. Die Berater arbeiten seit vielen Jahren vertrauensvoll mit Kommunen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen zusammen und begleiten diese erfolgreich bei Innovationen und im Wandel.

Standortmanagement

Im Seminar „Aktiv! – Standortmanagement und Standortmarketing für Städte, Gemeinden und Regionen“ zum Beispiel wird thematisiert, dass Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Prosperität von Städten und Gemeinden das Ergebnis positiver Rahmenbedingungen und aktiven wirtschaftspolitischen Agierens sind. So wird auch regional der Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden immer aktiver und professioneller: Regionen, Städte und Gemeinden werden sich in Zukunft verstärkt um ihre bestehenden Betriebe,

wird das Gemeinwesen enorm verbessert, berichtete begeistert Frau Förtsch vom Gartenbauverein Niederlauterbach. Auch die wertvollen Hinweise durch die Kommission seien nicht zu unterschätzen. „Das gemeinsame Vorbereiten, Präsentieren, Mitfeiern und Feiern war für das ganze Dorf ein unvergessliches Erlebnis“. Um die dörfliche Identität zu fördern sollen Kinder und Jugendliche mit einbezogen werden, denn diese können u.a. von der älteren Generation lernen, so eine Teilnehmerin.

„Leithammel“ gesucht

Spannend war auch der Erfahrungsbericht von Bürgermeister Karl Fleischhut aus Wolferschwenden. Der Ortsteil Niederdorf erhielt die Silbermedaille im Schwäbischen Bezirksamtsentscheid 2011. Man müsse „Leithammel“ finden und alle Vereine einbeziehen, so Fleischhut. Um stringentes Arbeiten und Aufgabenverteilung kommt man nicht herum. Dennoch, ein gesunder Wettbewerb steigert den Ehrgeiz und bündelt vorhandene Kräfte. Bürger und Kommunalpolitiker entwickeln gemeinsam Strategien für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung.

Aktiv werden

Sein Fazit „Je mehr Gemeinden aktiv werden, umso mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen unsere Dörfer, davon profitiert der gesamte ländliche Raum.“ □

Hanns-Seidel-Stiftung:

„Wie wollen wir in Zukunft leben?“

Der Fortbestand eines demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesens versteht sich keineswegs von selbst, sondern bedarf immer wieder der Vergewisserung und Verankerung seiner Grund- und Wertordnung im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Diesem Ziel dient nicht zuletzt politische Bildungsarbeit, die zu den Kernaufgaben der Hanns-Seidel-Stiftung gehört.

Sie sieht ihren Auftrag darin, auf dem Fundament christlicher Werte Wissen zu vermitteln, politisches und gesellschaftliches Engagement zu fördern und Orientierung zu geben. Das Jahresprogramm 2012 bietet dazu ein breitgefächertes Angebot an Seminaren.

Enorme Dynamik

In einer Zeit gravierender und rasanter Veränderungen ist profunde politische Bildungsarbeit unverzichtbar. Die wachsenden Orientierungsschwierigkeiten, die durch die enorme Dynamik in den deutschen, europäischen und globalen Entwicklungen entstehen, erhöhen den Bedarf an Information, an Transparenz, an begründeter Argumentation und rationaler Urteilsfindung. Offenheit für eine Analyse der Gegenwart, die Besinnung auf die „Wurzeln“, die Auseinandersetzung mit historischen Entwicklungen und die Aufgeschlossenheit für das Neue sind

maßgebliche Voraussetzungen und Hilfen für das Verständnis der komplexen Verhältnisse.

Neben aktuellen Fragestellungen greift die Hanns-Seidel-Stiftung in den Seminaren Themen auf, die langfristig und grundsätzlich angelegt sind. Beispiele sind die Themen Kommunalpolitik und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Politik.

Themenvielfalt

Bewusst wurde für das vorliegende Seminarprogramm 2012 das Leitthema „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ gewählt. Es gibt kaum einen Themenbereich, der nicht von dieser Fragestellung berührt ist. Dies gilt für die Umwelt-, Klima- und Energiepolitik ebenso wie für Fragen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik oder für die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, um nur einige Themen zu nennen, die in den Seminaren behandelt werden. □

nikationsmanagement und sauberes Kommunikationshandwerk. Beides lässt sich lernen. Das Seminar will dazu wichtige Grundlagen vermitteln.

Bürgerbeteiligung

Gerade durch Stuttgart 21 ist auch das Thema Bürgerbeteiligung wieder verstärkt im Fokus. Im Seminar „Stakeholder Management“ werden Stakeholder als „Beteiligte und Betroffene“ eines Problems oder eines Projekts bezeichnet. Oft bleiben sie betroffen, werden aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht beteiligt. Im weiteren Prozess scheinen sie immer mehr in einer „anderen Welt“ zu leben und können den Erfolg der eigenen Arbeit direkt oder indirekt gefährden. Stakeholder-Management bietet Möglichkeiten, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse zu integrieren und durch Beteiligung auch den eigenen Erfolg zu steigern.

Weitere Informationen und das ausführliche Seminarprogramm gibt es im Internet unter: <http://www.verwaltungsmanagement.de> □

um Neuansiedlungen und -gründungen zu kümmern haben.

Schlüsselkompetenzen

Ein anderes Seminar beschäftigt sich mit der „Zukunftsfähigen Stadtverwaltung“. Der Wettbewerb zwischen Kommunen im internationalen Maßstab nimmt zu. Strukturen und Abläufe in Stadtverwaltungen müssen an neue Herausforderungen und

Aufgaben angepasst werden. Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit nach außen und innen werden Schlüsselkompetenzen.

Veränderungsprozesse müssen mit Mitarbeiter/-innen und Bürger/-innen partizipativ gestaltet werden, um Akzeptanz zu erreichen.

Der richtige Umgang mit Pressevertretern

Wichtig für kommunale Würdenträger ist auch der richtige Umgang mit der Presse in Krisensituationen. Ob in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft: Krisen sind beherrschbar – zumindest, was die Kommunikation betrifft. Das ist beruhigend, sofern man sich rechtzeitig vorbereitet und im Ernstfall zwei Voraussetzungen erfüllt: Konsequentes Kommu-

Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management ... gut aufgestellt für die Zukunft!

Seit 16 Jahren unterstützen wir unabhängig und kompetent Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, stärken Ihre Führungskompetenz und machen Ihre Verwaltungsorganisation erfolgreicher.

Melden Sie sich jetzt an für unsere Impulsveranstaltungen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister:

- 06. März „Rhetorik intensiv“, Regensburg
- 23. März „Umgang mit der Presse in Krisensituationen“, Ingolstadt
- 17. April „Energiestrategie – Impulse, Erfahrungen und Modelle“, München
- 26. April „Weiblich – stark – gewählt! Kommunikationstraining für Bürgermeisterinnen und Mandatsträgerinnen“, Regensburg
- 03.-04. Mai „luK - Chefsache oder Gemeinschaftsaufgabe?“, Regensburg
- 15. Mai „Der Körper zeigt die Wahrheit“, Ingolstadt

Haben Sie Fragen zu den Veranstaltungen oder Interesse an unseren Tagungen, Qualifizierungs- oder Beratungsangeboten? Gerne informieren wir Sie persönlich:

Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management GmbH
Dr. Joachim Simen
Ridlerstraße 75
80339 München
Telefon: (089) 21 26 74 – 45
E-Mail: simen@verwaltungs-management.de
Internet: www.verwaltungs-management.de



Deutscher Tourismustag 2011 in München:

Städte sind klarer Gewinner

Bayern nach wie vor beliebtestes deutsches Reiseziel

Der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) hat beim Deutschen Tourismustag in München für das Jahr 2011 eine vorläufige positive Bilanz gezogen. Mehr Gäste aus dem Ausland und eine stabil hohe Binnennachfrage bescherten laut Statistischem Bundesamt allein im Zeitraum Januar bis August ein Übernachtungsplus von 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Damit setzt Deutschland seinen Erfolgskurs als Urlaubs- und Geschäftsreisestadt fort und bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau bei den Übernachtungen. „Die Gründe für den Erfolg des Deutschlandtourismus sehen wir vor allem in der hervorragenden Infrastruktur, dem guten Preis-Leistungs-Verhältnis und neuen Angeboten, die sehr zielgruppenspezifisch sind“, stellte Reinhard Meyer, Präsident des Deutschen Tourismusverbandes, fest.

Deutschland vor Spanien

In den ersten acht Monaten des Jahres 2011 zählte das Statistische Bundesamt 268,8 Millionen Übernachtungen in gewerblichen Betrieben mit neun und mehr Betten. Dem Trend der letzten Jahre folgend, stieg vor allem der Übernachtungsanteil der Gäste aus dem Ausland mit plus 6,2 Prozent bundesweit stark an. 43,5 Millionen Übernachtungen entfielen somit auf ausländische Gäste. 225,2 Millionen – und damit der weitaus größere Anteil der Übernachtungen – ging jedoch auf das Konto der Deutschen selbst. Das entspricht einem Zuwachs von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum von Januar bis August. „Deutschland ist und bleibt das liebste Urlaubsziel der Deutschen – noch vor Spanien und Italien“, erklärte Meyer.

Städtetouristen

Klarer Gewinner der vorläufigen Jahresbilanz sind Deutschlands Städte. Sie profitierten besonders vom sommerlichen Witterungstief. Der Wachstumstrend im Städtetourismus setzt sich aber auch unabhängig von meteorologischen Einflussfaktoren fort. Insbesondere das Geschäftsreisesegment, das sich seit 2009 weiter erholt hat, wirkt sich positiv aus. Aber auch bei Privatreisen liegen Städte in der Gunst ganz vorn: Laut Reiseanalyse 2011 kommt für 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland eine Städtereise in den nächsten drei Jahren in Frage. Das entspricht fast einer Verdoppelung des Interessenpotenzials im letzten Jahrzehnt.

Vor allem Berlin, Hamburg und Bremen schnitten überdurchschnittlich gut ab. Den besten Sommer seit 1912 hat indes München zu bieten. Jeweils über eine Millionen Übernachtungen in Folge wurden in der Landeshauptstadt gebucht, wie die Vizepräsidentin des DTV und Tourismusdirektorin der Stadt München Dr. Gabriele

Weishäupl bekannt gab. Dank der guten Infrastruktur ließen sich nahezu alle Attraktionen der Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen. Und mit mittlerweile mehr als 1.000 Kilometer an Radwege lasse sich die Stadt auch emissionsfrei erkunden.

Insgesamt führt Bayern die Statistik der beliebtesten deutschen Reiseziele an. Die amtliche Statistik legt nach drei Quartalen in 2011 mit über 23 Millionen Ankünften und weit über 63 Millionen Übernachtungen um 5,5 Prozent zu, was einem Plus von 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Internationalität

Auffallend ist, dass der Bayertourismus zunehmend internationaler wird. Besonders Gäste aus Übersee, vor allem aus den USA und Japan, machen immer häufiger Urlaub unter weißblauem Himmel. Gut 23 Prozent der Gästeankünfte und über 17 Prozent der Übernachtungen entfallen auf Reisende aus dem Ausland. Die USA sind mit über 490.000 Ankünften und über einer Million Übernachtungen nach den Niederlanden der zweitwichtigste Quellmarkt.

Regionen profitieren

Von diesem Boom profitieren alle Regionen in Bayern. Der Tourismus in den Regierungsbezirken Frankens liegt dabei bei den Übernachtungen deutlich über dem gesamtbayrischen Durchschnitt. So vermeldet Oberfranken ein Plus von 3,6 Prozent bei den Übernachtungen. Fünf Prozent mehr sind es in Mittelfranken und 6,5 Prozent in Unterfranken. Die Oberpfalz und Niederbayern erzielten bei den Ankünften mit 5,9 Prozent und 5,3 Prozent sowie bei den Übernachtungen mit 3,6 Prozent und 1,6 Prozent ebenfalls sehr gute Zuwachsraten. In absoluten Zahlen und beim Marktanteil an Ankünften und Übernachtungen führen Schwab-

ben und Oberbayern auch 2011 die Liste der bayerischen Tourismusregionen an.

Wie DTV-Präsident Meyer konstatierte, „wird der Tourismus am Standort Deutschland in seiner wirtschaftlichen Wirkung nach wie vor unterschätzt“. Der „ökonomische Riese“ Deutschlandtourismus erzielt nach Erhebungen der dwif GmbH einen Bruttoumsatz von jährlich rund 233 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die als umsatzstark bekannte Automobilindustrie erwirtschaftete im vergangenen Jahr rund 317 Milliarden Euro und prägt damit die Wahrnehmung als Industriestandort.

Robuste Größe

„Der Deutschlandtourismus ist als nicht-exportabhängige Branche eine robuste und enorm wichtige Größe für die deutsche Wirtschaft“, erläuterte Vizepräsidentin Weishäupl. „Mit seinen ortsgebundenen Arbeitsplätzen in klein- und mittelständischen Betrieben trägt er darüber hinaus massiv zur Arbeitsplatzsicherung bei, und das flächendeckend auch abseits der urbanen und industriellen Zentren im ländlichen Raum“, ergänzte Meyer. „Unsere Forderung an die Politik lautet daher: Mehr Anerkennung für den Wirtschaftsfaktor Tourismus bei politischen Grundsatzentscheidungen, wie z. B. bei der Förderung der touristischen Infrastruktur oder dem Abbau von Hemmnissen, wie ‚Bettensteuer‘ oder Luftverkehrsabgabe.“

Der Dienstleistungssektor Tourismus steht für rund 2,8 Millionen Arbeitsplätze. Allein

Bayerischer Wald:

Europas größte E-Bike-Region soll weiter wachsen

Bischofsmais (obx) – Test bestanden: Die erste E-Bike-Saison im Bayerischen Wald hat aus der hügeligen Landschaft am „Grünen Dach Europas“ ein Eldorado für Radfahrer gemacht. Für viele Urlauber ist die Region dank des Angebots der neuen Fahrräder mit Elektromotor-Unterstützung jetzt trotz der vielen Steigungen zu einem echten Radler-Paradies geworden.

„Wir hatten ein Jahr lang über 300 Fahrräder mit Elektromotorunterstützung im Einsatz“, sagt

im Gastgewerbe gibt es laut Deutschem Hotel- und Gaststättenverband über 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Aber auch im Einzelhandel oder bei Verkehrsträgern wirkt die Querschnittsbranche Tourismus als Jobfaktor.

Gute Ausgangslage

Die seit 2010 gültige Mehrwertsteuersenkung für Übernachtungen sorgte für Investitionen und Einstellungen. Für 2012 prognostiziert die Herbst-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zur Konjunkturentwicklung im Dienstleistungssektor einen der größten Beschäftigungszuwächse. Die Ausgangslage für die Dienstleistungsbranche Tourismus ist grundsätzlich gut.

Fachkräftemangel

Eine Gefahr für die weitere positive Entwicklung in der Dienstleistungsbranche Tourismus stellt der Fachkräftemangel dar. Gerade in ländlich strukturierten Räumen, die industriell schwach entwickelt sind und in größerer Distanz zu Industrie- und Dienstleistungszentren liegen, kommt dem Tourismus als Einnahmequelle und Beschäftigungsfaktor eine große Bedeutung zu. Gut ausgebildete Fachkräfte zieht es vermehrt in urbane Gegenden. Das birgt insbesondere für den Tourismus die Gefahr der Qualitätsverschlechterung bei steigenden Gästeansprüchen.

„Beim Thema Qualität müssen Deutschlands Touristiker Prioritäten setzen“, appellierte Meyer an die Branche. „Nur so können wir das Reiseland mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis in Europa werden.“ In 2012, so der Präsident weiter, wolle der DTV daher verstärkt Antworten auf die Frage der Fachkräftebindung finden. **DK**

Bayerischer Heilbädertag in Bad Windsheim:

Protest gegen Zwei-Klassen-Medizin

Deutliche Worte fand Klaus Holetschek, 1. Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes e.V., beim 65. Bayerischen Heilbädertag in Bad Windsheim. Der Bad Wörishofener Bürgermeister wies darauf hin, dass die aktuelle Genehmigungspraxis der Krankenkassen für ambulante Kuren in deutschen und bayerischen Kurorten und Heilbädern nicht hinzunehmen ist.

Von den Krankenkassen werden Holetschek zufolge aktiv Kuren im Ausland beworben. Seiner Ansicht nach kann es nicht sein, dass auf diese Weise deutsche Krankenkassenbeiträge ins Ausland abfließen, wo doch vor allem auch in Bayern



Klaus Holetschek.

erstklassige medizinische Qualität geboten werde. Wenn zudem von einst 900.000 bezuschussten ambulanten Kuren (Stand: 1996) heute nur noch rund 65.000 von den Kassen genehmigt würden, so bedeute dies eine Ausgrenzung sozial Schwacher von dieser im Sozialgesetzbuch verankerten Leistung. „Hier wird Zwei-Klassen-Medizin offensichtlich“, so Holetschek.

Strukturwandel

Die Dramatik des von Holetschek angesprochenen Strukturwandels unterstrich Sigrid Ayasse von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe. Sie wies darauf hin, dass bei diesen dramatischen Zahlen die Kur unter anderem wegen der gleichzeitig sinkenden Zahlen von Badeärzten auch einmal grundsätzlich in Frage steht und Gefahr droht, dass dieses wichtige Mittel zur Prävention und Gesundheitsförderung keine Rolle mehr spielt bzw. nur mehr von wohlhabenderen Selbstzahlern geleistet werden kann. Diese soziale Ungleichheit gelte es zu vermeiden.

Große wirtschaftliche Bedeutung

Neben medizinisch-sozialen Aspekten sei auch die große wirtschaftliche Bedeutung der Kurorte- und Heilbäder herauszustellen. „Wir können selbstbewusst sein, denn wir wissen was wir leisten“, betonte der BHV-Präsident. So sind die Heilbäder und Kurorte nicht nur für den Gesundheitsstandort Bayern, sondern auch im Tourismus von Bedeutung. Rund 30 % aller Übernachtungen in Bayern finden in den Heilbädern und Kurorten statt.

Zahlreiche Branchen profitieren

Wie Dr. Bernhard Harrer vom dwif e.V. in der Präsentation seiner Studie hervorhob, bedeute dies 65 Millionen touristische Aufenthaltstage und 3,7 Milliarden Euro Bruttoumsatz sowie rund 100.000 Arbeitsplätze. Zudem profitierten von diesem touristischen Umsatz zahlreiche

weitere Branchen, also neben Hotels und Gastronomie auch deren Zulieferer und viele Dienstleister. Der Tourismus in den Heilbädern führe zudem zu einem direkten Einkommenseffekt von 1,9 Milliarden Euro – dieser bleibe in der jeweiligen Region und stärke damit in besonderer Weise den ländlichen Raum, wo alle Heilbäder und Kurorte verankert seien. Über daraus resultierende 400 Millionen Euro an Steuereinnahmen könne sich der bayerische Finanzminister freuen.

Im Trend: Privat finanzierte ambulante Kur

Der neue Gesundheitsminister Marcel Huber bot an, ein Gespräch zwischen Vertretern der bayerischen Kurorte und der Krankenkassen zu moderieren, machte aber auch deutlich, dass Kuren im Ausland nicht das einzige Problem der bayerischen Heilbäder sind. Die Kurorte und Heilbäder stünden auch vor großen strukturellen Herausforderungen. Heute sei die privat finanzierte ambulante Kur im Trend. Immer mehr Menschen zeigten sich bereit, gezielt Geld für die eigene Gesundheit auszugeben. Dafür müssten die Kurorte und Heilbäder an ihrer



Marcel Huber.

Attraktivität arbeiten und ihre Besonderheiten und die ortsgewundenen Heilmittel herausstellen. Huber sagte Unterstützung bei der Bewältigung dieses Strukturwandels zu, denn „an Steigerung der medizinischen Qualität in Bayerns Kurorten und Heilbädern besteht staatliches Interesse“.

Seit 50 Jahren Heilbad

Bürgermeister Ralf Lederthel hatte eingangs den Teilnehmern die Geschichte Windsheims vermittelt. Am 20. Juni 1961 erhielt Bad Windsheim das Prädikat Heilbad verliehen. Diese höchste staatliche Auszeichnung hat bisher kein weiterer Ort in Mittelfranken erhalten. Neben der medizinischen Kompetenz auf den Gebieten der Prävention und Rehabilitation zeichnen der großzügige Kurpark mit dem Gradierwerk, die historische Altstadt mit ihrem Barocken Rathaus, das Fränkische Freilandmuseum mit über 100 Häusern sowie die Franken-Therme mit dem einmaligen Salzsee Bad Windsheim aus. Diese während der letzten 50 Jahre geschaffene Qualität gelte es zu bewahren und fortzuentwickeln. **DK**

Spitzenposition weiter ausbauen

Staatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Verleihung des Deutschen Tourismuspreises

„Nicht nur Bayern, ganz Deutschland zieht mit seinen zahlreichen historischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten jährlich Millionen Besucher an. Deutschland liegt mit seinen 36 Welterbestädten auf Platz fünf der Welterbenliste. Dazu kommen rund 4.000 Museen und 500 Opern-, Theater- und Konzerthäuser. Es verwundert daher nicht, dass die Deutschen Urlaub am liebsten in eigenen Land machen“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des deutschen Tourismuspreises in München fest.

Touristen aus aller Welt würden nach den Worten von Pschierer Deutschland als Reiseziel nutzen. Pschierer: „Diese Beliebtheit gilt es zu festigen und auszubauen!“ Der Kernbereich des Tourismus trage rund 57 Milliarden Euro zur Bruttowirtschaft in Deutschland bei. 2,8 Millionen Arbeitsplätze und 114.000 Ausbildungsplätze würden in Deutschland am Tourismus hängen. „Mit bedarfsgerechten Angeboten können Sie die Spitzenposition Deutschlands als Urlaubsland weiter festigen und ausbauen“, appellierte Pschierer.

Es sei eine stetige Aufgabe, neue Ideen zu entwickeln, Marktlücken zu erschließen oder auch unkonventionelle Methoden auszutesten. Dies erfordere Mut, Zuversicht und Durchhaltevermögen. Der deutsche Tourismuspreis zeichne solche unternehmerische Initiativen aus. Pschierer: „Wir brauchen Unternehmen wie Sie, die Arbeitsplätze sichern, Ideen verwirklichen und zudem global denken und handeln.“

Zillertal.at

7 Nächte HP & 6 Tage Zillertaler Superskipass
Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension
Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00
Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten

Hotel Brau
Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-brau.at · info@hotel-brau.at



Eckart Wruck, Leiter E-Mobility bei LEW (r.), übergibt Michael Asam, dem ersten Bürgermeister von Peiting, den Fiat 500 MicroVett zum Test. Bild: LEW/Sanz

Markt Peiting wird elektromobil

Lechwerke stellen Elektrofahrzeug zur Verfügung

Seit kurzem ist der Markt Peiting mit einem Fiat 500 MicroVett elektromobil. Im Rahmen eines Pressetermins hat Eckart Wruck, Leiter E-Mobility bei der Lechwerke AG (LEW), Michael Asam, dem ersten Bürgermeister von Peiting, das Fahrzeug zum Test übergeben. Die Mitarbeiter der Marktgemeinde können das Auto zwei Monate lang für Außentermine nutzen und sammeln damit Erfahrungen zur Praxistauglichkeit, von denen Peiting und die Lechwerke profitieren.

Der Einsatz des Fahrzeuges leistet aber auch konkret einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz vor Ort: Das Elektroauto produziert keine Abgase, keine Feinstaub- oder Motorlärmbelastung und bietet damit absolut emissionsfreie Mobilität.

„Peiting engagiert sich seit Jahren ganz konkret für den Umwelt- und Klimaschutz“, so Michael Asam. „Elektrofahrzeuge haben das Potential, Emissionen regional zu senken und damit einen relevanten Beitrag zur Erreichung unserer Ziele zu leisten. Daher freuen wir uns sehr darauf, den Fiat 500 MicroVett in den kommenden Wochen auf Herz und Nieren testen zu können.“

Entscheidende Phase richtung Massenmarkt

„Elektromobilität befindet sich in der entscheidenden Phase auf dem Weg in den Massenmarkt. Neben dem Aufbau einer bedarfsorientierten regionalen Ladeinfrastruktur ist ein wachsendes Angebot an Elektrofahrzeugen Voraussetzung für den Erfolg der Technologie“, sagte Eckart Wruck. „Es geht nun darum, die Praktikabilität dieser Fahrzeuge im Alltag zu testen, mögliche Schwachpunkte zu erkennen und diese zu lösen. Deshalb sind Kooperationen wie mit dem Markt Peiting so wichtig.“

Zum Fuhrpark der Lechwerke gehören neben drei Fiat 500 MicroVett auch drei Mitsubishi i-MiEV, ein Vito E-CELL von Mercedes-Benz sowie fünf Elektroller. Die Fahrzeuge werden ausgiebig im realen Betrieb getestet und zu diesem Zweck für definierte Zeiträume auch an Kommunen und Landkreise verliehen.

Ausbau der Infrastruktur

LEW betreibt aktuell dreizehn Ladesäulen, um den Fahrern von Elektrofahrzeugen eine komfortable und sichere Aufladung der Autobatterie zu gewährleisten. Auch im Landkreis Weilheim-Schongau, in Schongau, wurde im April 2011 eine Stromtankstelle in Betrieb genommen. Der Ausbau dieser Infrastruktur wird fortgesetzt. Über den Verbund „Ich tanke Strom“ haben Fahrer von Elektroautos außerdem Zugang zu insgesamt mehr als 40 Autoladesäulen in der gesamten Region.

Außerdem bieten die Lechwerke in ihren Kundenforen Elektrofahräder zum Mieten und Kaufen an. Dort können Interessierte

telefonisch oder per E-Mail ein Fahrrad für sich reservieren und damit Elektromobilität selbst erfahren. □

Landkreis Erding:

Energiekonzept für Landkreisgebäude

Eine praxistaugliche und wegweisende Handreichung zum effizienten Energiesparen stellt das 20 Bände umfassende Energiekonzept für die Gebäude des Landkreises Erding dar.

Das Erdinger Büro der „Team für Technik GmbH“ hat in den vergangenen Monaten jedes einzelne der 24 Gebäude, die dem Landkreis gehören, auf energetische Einsparpotenziale hin untersucht und anschließend die Ergebnisse gliedert und gelistet. Das Ergebnis sind 400 Einzelmaßnahmen sowie eine Top-200-Liste, die die vorrangigsten Maßnahmen enthält – vom Wasserhahn mit Sparfunktion bis zur Dämmung von Gebäudedecken.



Landrat Wägemann

Der CSU-Landtagsabgeordnete Gerhard Wägemann ist zum neuen Landrat des Landkreises Weilheim-Gunzenhausen gewählt worden. Er bekam im ersten Wahlgang 51,2 Prozent. Sein stärkster Herausforderer, Uwe Döbler von der SPD, kam auf 32,1 Prozent, Wolfgang Hauber von den Freien Wählern auf 13,4 Prozent und Sigrid Niesta-Weiser von der FDP musste sich mit 3,2 Prozent begnügen. Wägemann wird jetzt sein Landtagsmandat niederlegen.

Nachrücker ist der Vizepräsident des Bayerischen Bauernverbands, Jürgen Ströbel, aus Rügland (Kreis Ansbach), der bereits früher dem Landtag angehört hat. Die Landratswahl in Weilheim-Gunzenhausen war nach dem frühen Tod von Franz Xaver Uhl (55) notwendig geworden, der seit 2008 amtierte hatte. Bild/Text: Falk

Regionale Energieagentur:

Energiewende vorantreiben

Der Wirtschaftsraum Augsburg bekommt eine Energieagentur. Zu diesem Zweck gründete sich jüngst im Fürstenzimmer des Augsburger Rathauses der Regio Augsburg Energie e.V. als Trägerverein. Unter den rund 20 Gründungsmitgliedern ist auch erdgas schwaben – neben der Stadt Augsburg, den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg, der Handwerkskammer für Schwaben, der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH und weiteren Akteuren.

erdgas schwaben-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer wurde auf der Gründungsversammlung in den zehnköpfigen Vorstand gewählt: „Als deutschlandweit führender Anbieter von Bio-Erdgas und Bio-Energie aus Biomasse engagieren wir uns gerne und können einen guten Beitrag dazu leisten, die Energiewende zu meistern.“

Breite Allianz

Die Energieagentur wird Anfang 2012 ihre Arbeit aufnehmen und ab Mitte Mai eine zentrale Geschäftsstelle eröffnen. Ziel ist es, mit einer breiten Allianz von Partnern über die Möglichkeiten der Energieeffizienz zu informieren und so die Energiewende in der Region voranzutreiben. Als Wegweiser und zentrale Anlaufstelle für Verbraucher, Kommu-

nen und Unternehmen will sie durch die Vielzahl der Angebote leiten. Eine neutrale Beratung, Informationen zu sämtlichen Energiefragen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvermittlung zu geeigneten Ansprechpartnern stehen im Mittelpunkt. „Die Verbreitung von Wissen über die Zusammenhänge von Energieverbrauch und Klimawandel ist die Hauptaufgabe“, sagte Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, erster Vorstandsvorsitzender der Energieagentur.

Kräfte bündeln

Alle Beteiligten waren sich auf der Gründungsversammlung einig: Die Energieagentur ist eine einzigartige Chance, die Kräfte zu bündeln und die Kompetenzen, die im Bereich Energie und Energieeffizienz in der Region



Der Vorstand des Regio Augsburg Energie e.V. (v. l.): Peter Kraus, Lechwerke AG, Dr. Claus Gebhardt, Stadtwerke Energie, Christian Knauer, Landrat Landkreis Aichach-Friedberg, Dr. Kurt Gribl (1. Vorstandsvorsitzender), OB Stadt Augsburg, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, Rainer Schaal, Umweltreferent Stadt Augsburg Martin Sailer, Landrat Landkreis Augsburg, und Jürgen Schmid, Handwerkskammer für Schwaben. □

vielfältig vorhanden sind, zusammenzufassen. Zudem trägt sie zur Profilierung des Wirtschaftsraums Augsburg als Kompetenzstandort für Klimaschutz, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz bei. Klaus-Peter Dietmayer sieht einen weiteren Vorteil: „Die Energiewende braucht Geld – und mit einer Energieagentur in Schwaben kann die Wertschöpfung, das Geld, in der Region bleiben.“

Und so setzt sich der Vorstand des neu gegründeten Regio Augs-

burg Energie e.V. zusammen: Dr. Kurt Gribl (1. Vorstandsvorsitzender), OB Stadt Augsburg, Rainer Schaal, Umweltreferent Stadt Augsburg, Martin Sailer, Landrat Augsburg, Christian Knauer, Landrat Aichach-Friedberg, Karl-Heinz Schindler, Landkreis Aichach-Friedberg, Jürgen Schmid, Handwerkskammer für Schwaben, Klaus-Peter Dietmayer, erdgas schwaben, Dr. Claus Gebhardt, Stadtwerke Energie und Peter Kraus von der Lechwerke AG. □

konkret darlege, was zu tun ist. Sinnvoll sei zudem, die Nutzer der Gebäude mit zu berücksichtigen und sie entsprechend zu sensibilisieren. Lernprozesse könnten dann auch in das private Umfeld hineinwirken. Um das Nutzerverhalten geht es auch bei den ersten 17 Maßnahmen der Liste, die nun in Angriff genommen werden sollen.

Ertüchtigungen

Das Team für Technik hat auch ermittelt, wie teuer die Einzelprojekte in etwa werden und nach welcher Zeit sie sich amortisieren. Ebenso erfasst das Energiekonzept Ertüchtigungen, die nach der Energieeinsparverordnung notwendig sind. Auch sie sollen im kommenden Haushaltsjahr verwirklicht werden. DK

Großer Wurf

Als „großen Wurf“ hat Landrat Martin Bayerstorfer das Konzept bezeichnet. Er sei sehr froh, dass der Katalog deutlich über theoretische Ansätze hinaus gehe und sehr

Landkreis Cham:

Innovationspreis „Beste Aussichten“ 2011

Jüngst wurde bei der Innovationsgala in Wald zum dritten Mal der Innovationspreis „Beste Aussichten“ im Landkreis Cham vergeben.

Preisträger im Jahr 2011 ist die Firma Dorst Technologies GmbH & Co.KG aus Bad Kötzing mit ihrer Entwicklung einer servomotorisch angetriebenen Pulverpresse. Diese servo-elektrische Antriebstechnik vereint die Vorteile der bestehenden Systeme in sich und genügt so den zukünftigen Marktanforderungen: schnellste Produktion mit höchster Präzision, Senkung der Produktionskosten, Umweltfreundlichkeit und höchste Flexibilität. Renate Pollinger, Geschäftsführerin von TVA Regensburg, sprach in ihrer Laudatio von einem ganzen Paket an Innovationen, dessen Hauptarbeit es sei, Masse in Bewegung zu bringen.

Ein Sonderpreis wurde für die herausragende Gemeinschaftsleistung beim Bau des Drachen „Tradinno“ vergeben.

Den Preis nahmen Manfred Zollner von der Firma Zollner

Elektronik AG und weitere, am Bau des Drachen beteiligte Unternehmen entgegen.

Trumpfkarte

Landrat Franz Löffler sprach vom High-Tech-Drachen aus dem Bayerwald, der eine gelungene Verbindung zwischen Tradition und Innovation darstellt und die gesamte mechatronische Fachwelt aufhorchen ließ.

Joe Kaeser, der Finanzvorstand der Siemens AG, ging in seinem Festvortrag auf das Thema „Innovationen und globale Wettbewerbsfähigkeit“ ein. Daneben sprach er aber auch die aktuelle wirtschaftliche Lage in Europa an. Innovationen bezeichnete er dabei als die „Trumpfkarten für Europa“. „Innovation hält uns am Leben, bringt uns nach vorne und sichert den Wohlstand“, so seine Botschaft. □

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

www.rmd.de

WASSERKRAFT
ZUM LEBEN

RMD
Rhein-Main-Donau AG



Starteten das neue Breitbandnetz. In Pürgen: Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet, Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net, Bürgermeister Klaus Flüß, Rainer Mahl vom Referat Wirtschaftsförderung im Landratsamt Landsberg am Lech und Christian Smetana, Leiter der M-net Niederlassung Augsburg (v. l. im ersten Bild). In Reichling: Walter Eichner, Landrat des Landkreises Landsberg am Lech, Johannes Stepperger, Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler, Christian Smetana und Wolfgang Hentschke, Breitband-Pate (v. l. mittleres Bild). In Igling: Christian Smetana, Bürgermeisterin Christl Weinmüller und Johannes Stepperger (v. l. Bild rechts).

Mit Höchstgeschwindigkeit auf die Datenautobahn:

Neue Breitbandnetze in Reichling, Igling und Pürgen

Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s

Jüngst sind neue Breitbandnetze in den Gemeinden Reichling, Igling und Pürgen offiziell in Betrieb gegangen: Die Bürgermeister der Gemeinden läuteten vor Ort gemeinsam mit Vertretern der beteiligten Dienstleister LEW TelNet und M-net das neue Internet-Zeitalter symbolisch ein.

Den Haushalten und Gewerbetreibenden stehen nun Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung. Das Besondere: Durch den Einsatz der Glasfasertechnologie werden besonders hohe Bandbreiten von derzeit bis zu 50 Mbit/s möglich – ein Vielfaches dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss oder Funklösungen zu leisten vermögen. Anders als bei anderen In-

frastrukturen wie beispielsweise auch der neuen Mobilfunktechnologie stehen diese hohen Bandbreiten auch dann zur Verfügung, wenn sehr viele Anwender parallel ins Internet gehen. Bisher konnte man dort nur mit geringen Bandbreiten online gehen.

Meilenstein

„Die Inbetriebnahme des neu-

en Breitbandnetzes markiert einen Meilenstein in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“, sagte beispielhaft die Bürgermeisterin von Igling, Christl Weinmüller. „Eine leistungsstarke Breitbandanbindung ist für Unternehmen, Selbstständige aber auch für viele Privathaushalte heute entscheidend bei der Standortauswahl.“

Basis des Netzes sind neue Glasfaser- und Kupferleitungen, die das Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet verlegt hat. Sie verbinden an verschiedenen Punkten in den Ausbau-

gebieten die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz von LEW TelNet. Die neuen hochmodernen Telefon- und Internetanschlüsse für die Kunden werden von dem regional führenden Telefon- und Internetanbieter M-net bereitgestellt.

Ländlicher Raum

„Wir setzen in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns aktuell 43 Breitbandprojekte um. Insgesamt bringen wir rund 34.000 Privathaushalte sowie etwa 4.400 Gewerbetreibende und Unternehmen mit höchsten Bandbreiten ins Internet“, sagte Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet. „Infrastrukturbetreiber wie LEW TelNet leisten damit einen wesentlichen Beitrag, um das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum zu lösen.“

Alle reden über Energie - wir handeln!

Unter diesem Motto veröffentlicht der Landkreis München seinen neuen Energiebericht

Energie sparen, die Nutzung fossiler Energiequellen reduzieren und regenerative Formen einsetzen, das sind die wichtigsten Forderungen mit denen die Energiewende in Deutschland umgesetzt werden soll. Im Landkreis München wurde diese Wende bereits vor fünf Jahren mit einem offiziellen Beschluss des Kreistags eingeleitet.

Die so genannte Energievision sieht vor, dass bis zum Jahr 2050 der Energieverbrauch im Landkreis um 60% reduziert und die restlichen 40% durch regenerative Energien abgedeckt werden sollen. Die Strategie baut auf dem Drei-Säulen-Prinzip auf: Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz sowie Reduzierung des Einsatzes fossiler und Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien.

Status quo ermittelt

Der neue Energiebericht, der auf den Erhebungen des Energieverbrauches aus dem Jahr 2009 fußt, zeigt, wie erfolgreich der Landkreis in der Umsetzung seiner ehrgeizigen Ziele ist. Gleichzeitig weist er Handlungsbedarf und -möglichkeiten aus, an denen der Landkreis und seine Kommunen weiterarbeiten können und müssen.

Erhoben wurden die Daten aus dem kommunalen sowie dem kreiseigenen Wirkungsbereich. Die Verbrauchsdaten sind getrennt nach Strom, Wärme und Treibstoff sowohl für die Liegenschaften der Städte, Gemeinden und des Landkreises als auch für die weiterführenden Schulen dargestellt. Darüber hinaus wird der Verkauf regenerativer Energie (Strom und Wärme) durch kommunale Erzeugungsanlagen dokumentiert. Nicht erfasst wird der Energieverbrauch durch die Bevölkerung, durch Handel und Gewerbe sowie sonstige Dienstleister, da hierzu bisher keine belastbaren Daten verfügbar sind.

Graphische Darstellungen veranschaulichen die positive Entwicklung des steigenden Einsatzes regenerativer Energien und

bestätigen dem Landkreis und seinen Kommunen, dass sie durch die effiziente Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften den Zielen der Energievision erfolgreich Rechnung tragen. Gleichzeitig zeigt der Bericht aber auch auf, wo - insbesondere bei der Reduzierung des Energiebedarfs - weiterer Handlungsbedarf besteht.

Hilfe beim Energiesparen

Dass der Landkreis nicht nur Bilanz zieht, sondern weiter aktiv an der Umsetzung der Energievision arbeitet, ist auch an den jüngsten Beschlüssen des Kreisausschusses zur Energievision zu sehen. Ab Januar 2012 bietet der Landkreis gemeinsam mit dem Caritas-Zentrum München Ost/Land einen so genannten Stromspar-Check an. Dabei beraten Langzeitarbeitslose, die von der Caritas zu Stromspart Helfern ausgebildet wurden, Personen, die Empfänger von Hartz-IV-Leistungen oder Sozialhilfe sind, wie sie Energie einsparen können.

Nicht in den Wind geschrieben

Aktiv fördern wird der Landkreis darüber hinaus den Einsatz regenerativer Energien. In den Jahren 2012 und 2013 will man zunächst insgesamt bis zu 500.000 Euro für die Beteiligung an einer oder mehreren kommunalen Windkraftanlage(n) oder Bürgerwindkraftanlage(n) im Landkreis München bereit stellen.

Auch der Verbrauch fossiler Energien soll weiter reduziert werden. Der Landkreis München gewährt deshalb seinen Beschäftigten, die regelmäßig Dienstfahrten machen, die Teilnahme an einem Spritsparkurs. Darüber hinaus wird am Landratsamt und an der KFZ-Zulassungsstelle eine Stromtankstelle eingerichtet. Da die landkreiseigenen Liegenschaften ab dem 1. Januar 2012 mit Ökostrom aus Wasserkraft versorgt werden, kann an den Stromtankstellen so gut wie emissionsfrei getankt werden.



Schokolago hilft spielend

Über eine großzügige Spende der Schokolago GmbH von 5000 Euro freute sich der ehemalige Skispringer und Vorstand der Stiftung Spielend Helfen, Dieter Thoma. Die Stiftung engagiert sich für die Rehabilitationskinderklinik Katharinenhöhe im Schwarzwald, in der schwerstkranken Kinder gemeinsam mit ihren Familien versorgt werden. Dieter Thoma bedankte sich bei den Geschäftsführern Volker Zeh und Christoph Spanke: „Durch solche Partner lässt sich das Gute mit dem Nützlichen verbinden. Das Geld fließt direkt in die Beschaffung eines behindertengerechten Fahrzeugs.“

Die Firma Schokolago ist erst seit einigen Monaten in Geretsried ansässig. Volker Zeh nennt als Grund hierfür die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderer der Stadt, Wolfgang Wittmann. Und so werden in Geretsried als besondere Köstlichkeit handgemachte Florentiner produziert. Dass hierfür Miesbacher Butter verwendet wird, kam ebenfalls aufgrund der guten Kontakte des Wirtschaftsförderers zustande.

Unser Bild zeigt in der hinteren Reihe v. l. Wolfgang Wittmann, Wirtschaftsförderer der Stadt Geretsried, Volker Zeh, Geschäftsführer Schokolago, Dieter Thoma, Stiftung Spielend Helfen, Christoph Spanke, Geschäftsführer Schokolago sowie vorne die Mitarbeiter der Schokolago GmbH.

Der Energiebericht ist ab sofort als gedruckte Broschüre im Landratsamt München erhältlich und in einer umweltfreundlichen Version, nämlich online auf der Internetseite des Landkreises unter www.landkreis-muenchen.de in der Kategorie Veröffentlichungen/Berichte und Statistiken abrufbar.

„Rechte werden exzessiv ausgeschöpft“

Bezirk Unterfranken: Kommunen müssen 2012 deutlich mehr Geld für Sozialleistungen abführen

Teuer kommt dem Bezirk nach Ansicht der CSU-Bezirkstagsfraktion die „exzessive Ausschöpfung“ von Behindertenrechten zu stehen. „Vor allem das Betreute Wohnen stieg exorbitant an“, beklagte Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Motsch im Sozialausschuss. Insgesamt muss der Bezirk im kommenden Jahr voraussichtlich 340 Millionen Euro für Soziales ausgeben. Derzeit klafft eine Finanzierungslücke von über 200 Millionen Euro. Zum Ausgleich müsste der Hebesatz um 4,1 Prozentpunkte erhöht werden.

Die unermüdetlich von der Politik wiederholte Parole „ambulant vor stationär“ führte dazu, dass sich immer mehr Menschen mit Handicap außerhalb von Heimen Hilfe suchen, argumentierten die Wohlfahrtsverbände im Ausschuss. Die Überraschung der Bezirksräte über die starke Inanspruchnahme von sozialen Leistungen sei nicht nachzuvollziehen. „Wir wissen doch, wer in Unterfranken krank oder behindert ist. Und wir wissen auch, dass die Menschen älter werden“, betonte Bernhard Pammer, Geschäftsführer des unterfränkischen Bezirksverbands der Arbeiterwohlfahrt (AWO). „Von daher wissen wir auch, was auf uns zukommt.“ Eine Aussage, die von den Bezirksräten so nicht geteilt wurde.

gestiegene Nachfrage nach sozialer Hilfe zu adaptieren, hat der Bezirk nur den Hebel „Bezirksumlage“ in der Hand. Derzeit müssen die kreisfreien Städte und Landkreise 18,5 Prozent ihres Haushalts an den Bezirk als überörtlichen Sozialhilfeträger abführen, damit dieser seine Aufgaben erfüllen kann. „In den vergangenen beiden Jahren waren wir in höchstem Maße umlagezahlerfreundlich“, erklärte Bezirkskammerer Rainer Klingert. Aufgrund der konjunkturell bedingten positiven Finanzentwicklung bei den unterfränkischen Kommunen könne es sich der Bezirk nun erlauben, den Hebesatz für 2012 zu erhöhen: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Pat Christ

Ursachenklärung

Verstärkt müsse sich der Bezirk um Ursachenklärung bemühen, forderte darum die Schweinfurter SPD-Bezirksrätin Kathi Petersen. Ihre eigene Erklärung für den großen Hilfebedarf lautet: „Immer mehr Menschen halten den Druck in der Arbeitswelt psychisch nicht mehr aus.“ Auch andere gesellschaftliche Veränderungen machten seelisch krank. Deshalb steige die Zahl der psychisch Kranken, die nicht mehr alleine wohnen könnten. Schätzungen zufolge werden 2012 über 530 seelisch Behinderte in Unterfranken betreut werden. Das sind nahezu 20 Prozent mehr als heuer. Fast 400 Menschen mit schwerem Handicap werden in Heimen leben, weitere 390 teilstationär betreut werden müssen.

Nur eine zage Hoffnung besteht, dass der Freistaat durch höhere Finanzausgleichsmittel das gewaltige Defizit im Sozialhaushalt verringern wird. Weil die Ausgleichsgelder sowie andere finanzpolitische Entwicklungen noch nicht absehbar sind, wurde der Sozialhaushalt am Dienstag noch nicht verabschiedet. Das soll frühestens Ende Januar geschehen. Für Januar kündigte die CSU-Fraktion außerdem eine Petition an den Freistaat an, die, sollte sie durchkommen - was bezweifelt wird - zusätzliche Einnahmen in die Bezirkskasse spülen würde. Es geht um Schulbegleiter für behinderte Kinder, die der Bezirk finanzieren muss. Nach Auffassung der CSU wäre dies jedoch Aufgabe des Kultusministeriums.

Um den Sozialhaushalt an die

GEMEINSCHAFTLICHE
Bayerische
Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPVP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPVP)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Sopranistin Diana Damrau musikalische Botschafterin des Landkreises Günzburg

Es dürfte wohl einmalig sein und einmalig bleiben, dass ein bayerischer Landkreis einen Weltstar zu seiner „musikalischen Botschafterin“ ernannt. Dies geschah im Landkreis Günzburg auf Anregung des ehemaligen Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Bruno Merk. Preise hat die Sopranistin Diana Damrau schon zuhauf bekommen: Sie ist Bayerische Kammersängerin, Gewinnerin des Echo Klassik, Kulturpreisträgerin der Stadt Würzburg, Trägerin des Bayerischen Maximilians-Ordens und tritt regelmäßig in der New Yorker Metropolitan Oper auf. Mit Stolz vermerken die Günzburger, dass dort auf den Ankündigungspunkten ihr Herkunftsort „Günzburg“ vermerkt ist.

Eine Ehrenbürgerschaft kann der Landkreis nicht verleihen, Auszeichnungen, die der Landkreis beispielsweise an verdiente Unternehmer vergibt, hätten nicht zur Opersängerin gepasst, so entschied der Landkreis sich auch für eine außergewöhnliche Frau einen neuen Preis zu kreieren.

hj

Wettbewerb „Familienfreundliches Oberfranken 2011“:

Gratulation Landkreis Coburg und Gemeinde Töpen

Die Sieger des Wettbewerbs „Familienfreundliches Oberfranken 2011“ stehen fest. In Bayreuth fand nun die feierliche Preisverleihung statt. Dabei gewannen in der Kategorie Gemeinden, Städte, Märkte, Landkreise und Hochschulen der Landkreis Coburg mit seiner FamilienCard und die Gemeinde Töpen mit dem neu errichteten Jugendtreff je 6.250 Euro. Den mit 1.000 Euro dotierten Sonderpreis für den gelungensten Eintrag im Familienland Oberfranken erhielt der Verein für Integrative Erziehung Bayreuth e.V.

In fünf verschiedenen Kategorien wurden aus insgesamt 75 Teilnehmern sieben Preisträger ausgewählt. Diese erhielten ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 26.000 Euro, das bereits zum dritten Mal von den oberfränkischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zur Verfügung gestellt wurde. Der Wettbewerb wurde vom Oberfranken Offensiv-Forum Zukunft Oberfranken e.V. durchgeführt. „Alle 75 Einsendungen sprechen ihre eigene Sprache. Sie beweisen, Oberfranken ist familienfreundlich“, so Regierungspräsident Wilhelm Wenning anlässlich der Preisverleihung.

Lebensqualität

Beispiel Landkreis Coburg: Im Landkreis Coburg ist man sich bewusst, dass Lebensqualität und Familienfreundlichkeit wichtige Faktoren für Familien sind, um sich in einer Region anzusiedeln. Deshalb initiierte der Landkreis das Projekt: „Wir bewegen Familie. Die FamilienCard!“

Gemeinsam sollen Vorteile für Familien geschaffen werden. Die kostenfreie FamilienCard ist ein Angebot für alle Kinder, deren Eltern und Großeltern. Familien können mit ihr die verschiedenen regionalen Angebote nutzen und die Region gemeinsam erkunden, erleben und beleben. Die FamilienCard bündelt mehr als 200 attraktive Angebote aus Freizeit, Gesundheit, Sport, Kultur und Bildung. Es werden das örtliche Handwerk, Dienstleister und Gastronomie mit beteiligt, damit das Geld dort ausgegeben wird, wo es verdient wird. So entstand mit der FamilienCard eine eigene Struktur, mit völlig neuartigen Verknüpfungen von der Familien- und einheimische Betriebe gleichermaßen profitieren können.

Die Wesensmerkmale der FamilienCard sind Komplexität, Kreativität, Innovationskraft, Bürgernähe und -beteiligung. Die FamilienCard im Scheckkartenformat gilt für ein Jahr und wurde erstmalig zum 1. September 2011 eingeführt. Jeder Landkreisbewohner kann die Karte in der eigenen Wohnortgemeinde beantragen und bekommt sie dort auch ausgestellt.

Ziel ist es, die FamilienCard dauerhaft im Landkreis Coburg zu etablieren. Sie ist erkennbar im Corporate Design des „Familienlandes Oberfranken“ gestaltet, um einen Beitrag zur familienfreundlichen Identität Oberfrankens zu leisten. Die FamilienCard hat die Botschaft: „Der Familie Zeit schenken.“ Die FamilienCard ist dezentral und flächendeckend.

Demographie

Beispiel Gemeinde Töpen: Die Gemeinde Töpen kämpft mit dem vorherrschenden Problem vieler oberfränkischer Gemeinden: der negativen demographischen Entwicklung. Aus diesem Grund sah sie die Notwendigkeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese sollten zusammen mit Vertretern der Gemeinde, der Bürgerschaft und jugendlichen Einwohnern entwickelt werden. In

mehreren Sitzungen entstand so die Idee, einen neuen Jugendtreff zu errichten.

Die Gemeinde erwarb ein abbruchreifes, zentral liegendes Gebäude auf einem Grundstück in der Nähe des Dorfwiehers. Nach dem Abriss des vorhandenen Hauses wurde ein neues Gebäude errichtet, an dessen Planung, Ausbau und Einrichtung auch die Jugendlichen intensiv teilnahmen. So wurde zum Beispiel das Mobiliar gemeinsam mit dem Bürgermeister im Möbelhaus ausgesucht, gekauft und aufgestellt. Auch der Außenbereich wurde nach den Vorstellungen der zukünftigen Nutzer gestaltet. So entstanden z. B. eine Grillstation und ein Spielplatz.

Im Jahr 2010 wurde der Jugendtreff Töpen eröffnet. Zeitgleich haben die Jugendlichen nach Beratung durch den Kreisjugendring, durch die Gemeinde und die Jugendbeauftragte eine Hausordnung erstellt und einen neuen Jugendverein mit dem Namen „House Töpen e.V.“ gegründet. Dazu wurde aus dem Gemeinderat Töpen ein sogenannter Beirat gewählt, der neben der Jugendbeauftragten die Jugendlichen mit in ihrem neuen Bereich begleitet.

Gemeinsame Idee

Der Jugendtreff Töpen ist laut Jury eine Initiative, die ein herausragendes Beispiel dafür ist, dass eine Gemeinde in Zusammenarbeit mit den Beteiligten große Ziele erreichen kann. Es wurde nicht von oben herab bestimmt und entschieden, sondern gemeinsam eine Idee entwickelt und realisiert - zum Wohle aller Beteiligten und aller Gemeindeglieder. **DK**

Main-Spessart - attraktiv für Familien

„Mein großer Wunsch wäre es, dass in Main-Spessart mehr Unternehmen ihre Personalpolitik an den Bedürfnissen von Familien orientieren“, sagte Bernhard Metz, Koordinator der Bündnisse „Familie und Arbeit“ im Landkreis. Wie dies geschehen kann, wurde bei einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Würzburg mit Experten diskutiert. Metz nahm daran teil: „Denn eine solche Veranstaltung würden wir 2012 auch gerne in Main-Spessart organisieren.“

Die Landbevölkerung hat es laut Metz noch einmal schwerer als Menschen aus der Stadt, Beruf, Familie und Pflege unter einen Hut zu bringen. Was an der weniger dichten sozialen Infrastruktur liegt. Wobei auch die Vorteile des ländlichen Raums, vor allem die geringen Mieten sowie niedrigere Wohnungsbaukosten, Familien gegenüber künftig stärker herausgestellt werden sollen. Um Main-Spessart für Familien attraktiver zu machen, möchte der Landkreis außerdem mit Hilfe von Kindertagesstätten, Krippen und Ehrenamtsbörsen ein datenbankbasiertes Betreuungsnetzwerk schaffen. Betriebe und Mitarbeiter sollen hierauf bei Bedarf überall im Landkreis ortsnah zurückgreifen können.

Netzwerkgedanke

Viele kleine Betriebe im Kreis meinen laut Metz, dass sie keine Kapazitäten haben, um sich intensiv mit dem Thema „Familienfreundlichkeit“ auseinanderzusetzen. Zum Teil kann der Kreisjugendpfleger dies nachvollziehen. Gleichzeitig bedauert er, dass der Netzwerkgedanke „noch nicht bei allen angekommen“ ist. Hoffnung macht Metz, dass Handwerksmeister Walter Heußlein aus Billingshausen für die über 9.000 Arbeitsplätze, die Handwerksbetriebe in Main-Spessart bereitstellen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert hat.

Probate Mittel, um die Kluft zwischen Familie und Beruf zu überbrücken, gibt es inzwischen genug, legte Sofie Geisel vom deutschlandweiten Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ in der IHK dar. Oft können Beschäftigte Arbeit mit nach Hause nehmen. Auch Telearbeit trägt dazu bei, Kinderbetreuung und Beschäftigung zu vereinbaren. Um einen frühen Wiedereinstieg zu ermöglichen, sollten Betriebe im Vorfeld einer familienbedingten Auszeit gemeinsam

mit ihren Mitarbeitern die Elternzeit planen. Über das betriebliche Intranet könnten diese auch während der Elternzeit stets auf dem Laufenden bleiben.

Nicht familienbewusst zu sein, bedeutet laut IHK-Präsident Dieter Pfister inzwischen ein nicht mehr ignorierbares Risiko für Unternehmen - denn leicht wandern Beschäftigte dann ab. Dies ergab eine Umfrage des Bundesfamilienministeriums. Demnach wären 78 Prozent der Befragten prinzipiell bereit, von einem eher familienunfreundlichen Betrieb zu einem Arbeitgeber mit familienbewusster Personalpolitik zu wechseln. Wie wichtig Familienfreundlichkeit ist, haben größere Unternehmen im Kreis Main-Spessart laut Jugendpfleger Bernhard Metz längst erkannt. So finanziert die Firma Warema eine betriebseigene Kindergartengruppe im städtischen Kindergarten Marktheidenfeld.

Selbst wenn die Wirtschaft an Schwung verliert, darf Familienfreundlichkeit nicht zur vernachlässigbaren Größe werden. Dies ergeben Zahlen des Unternehmensnetzwerks. „Erfolgsfaktor Familie“. Im langen Prozess zwischen der Abwanderung einer Fachkraft der mittleren Einkommensklasse und der Wiederbesetzung der dadurch frei gewordenen Stelle entstehen Berechnungen zufolge mehr als 23.000 Euro an Kosten.

Die größte Herausforderung für Betriebe, die eltern- und kinderfreundlicher werden wollen, sind spontan auftretende Situationen im familiären Kontext: In der Schule fallen Stunden aus, die Tagesmutter hat eine Autopanne, der Kindergarten schließt wegen Krankheit. Das Kind dann einfach ins Büro mitzunehmen, klappt meist nicht. Kollegen sind genervt, das Kind gelangweilt. Für solche Notfälle sollte ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer eingerichtet werden - je nach Betriebsgröße mit einem oder zwei Arbeitsplätzen. **Pat Christ**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„My desk is my castle! Oder würden Sie gerne ohne festes Büro und eigenen Schreibtisch arbeiten, Sabrina?“ Mein Chef, ließ seinen Blick durch das Amtszimmer und über den mächtigen Nussbaumtisch gleiten, der vor ihm schon drei seiner Vorgänger als Büromöbel gedient hat.

Tatsächlich sind unsere Büros und die Schreibtische irgendwie ein Spiegel unserer selbst. Jeder hat doch etwas im Büro hängen oder auf dem Schreibtisch stehen, das nur für ihn Bedeutung hat, ihn mit seinem Zuhause, seiner Familie, seinen Träumen verbindet. Ein Familienfoto, ein Kunstwerk, ein Buch, etwas, was einen an einen Sehnsuchtsort erinnert.

Und dann gibt es ja noch die unterschiedlichen Bürotypen. Meine Kollegin ist der absolute Büro-Rationalist. Jedes Ding hat auf ihrem Schreibtisch seinen Platz, zu bearbeitende Vor-



Uns Büro-Individualisten droht jetzt Gefahr durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse der Büroorganisation. Künftig sollen die Arbeitnehmer nicht mehr in festen Büros oder an eigenen Schreibtischen arbeiten, sondern sich im Laufe einer Woche, ja eines Arbeitstages, an verschiedenen Arbeitsstationen im Betrieb (Gott sei Dank sind solche Modelle derzeit wohl nur in der Wirtschaft im Gespräch!) aufhalten. Da gibt es dann Arbeitstische, stille Zonen zum Nachdenken und für vertrauliche Telefonate, Konferenz-Spaces für Besprechungen oder Teamsitzungen, Sozialräume zum Plauschen - schöne neue Welt.

Die Mitarbeiter bekommen Laptops zum überall einstecken, Mobiltelefone und wenn der Arbeitgeber ein Herz für Individualität hat, einen elektronischen Bilderrahmen für die Fotos von Partner, Kids und Hund. Wo einer sitzt, zeigt ein Display am Eingang. Angeblich kommt das dem Bedürfnis der Beschäftigten nach Flexibilität in der Arbeitsgestaltung entgegen, denn man kann auch zu Hause oder im Park arbeiten, wenn man nicht gerade ein neudeutsches Meeting hat. In Wahrheit geht es aber nur um Rationalisierung, denn angeblich ist immer die Hälfte der festen Büroarbeitsplätze verwaist - wegen Dienstreisen, Urlaub oder Krankheit. So lassen sich also jede Menge Raum und massiv Kosten sparen.

My desk is my castle

gänge links, abgearbeitete rechts und wer ihr mal was der Eile halber auf den Stuhl oder den Schreibtisch legt, während sie nicht da ist, kommt um ein Donnerwetter nicht rum. Ich selbst halte Ordnung aus Einsicht, nicht aus Neigung. Wenn ich mir selbst freien Lauf lassen würde, gäbe es auf meinem Platz und den Regalen ringsum jede Menge Krusch, die Akten lägen kreuz und quer und die Schubladen stünden offen. Aber da ein Bürgermeister-Vorzimmer nicht aussehen darf wie der Trainingsraum eines Messie und man ja was auf dem Schreibtisch finden soll, zwingt ich mich jeden Abend zum Aufräumen und Sortieren. Ganz anders mein kreativer Kollege, der das Protokoll beackert, für den Bürgermeister die Reden schreibt und von Kunstausstellungen im Rathaus bis zum jährlichen Weihnachtsbaum für den Marktplatz alles organisiert, wofür sich in der Verwaltung sonst niemand zuständig fühlt. Den sieht man manchmal vor lauter Stapeln nicht mehr hinter seinem Schreibtisch hervorlugen. Der hebt alles auf, hortet Broschüren und Papiere in Regalen und auf Fensterbrettern, pflastert seinen PC-Monitor mit Klebezetteln ebenso zu wie sein Telefon und hat doch alles supergut im Griff - für mich ein Genie.

Mein Chef, der Bürgermeister, lehnt diese schöne neue Bürowelt strikt ab. Unsere Leute sollen wie die Nomaden von Schreibtisch zu Schreibtisch ziehen, wo gerade mal ein Plätzchen frei ist? Unmögliche Vorstellung. Dann findet man die Leute vom Bauamt an einem Tag zwischen der Kämmerei und den Sozialen, am anderen Tag bunt vermischt mit dem Kulturamt. Wer soll sich da noch auskennen? Vor allem: Wer gibt dem Arbeitgeber das Recht, den Leuten auch noch das letzte bisschen Intimität und Individualität zu nehmen, ja schlicht das wenig eigene Territorium, das der Arbeitssalltag lässt? Ich glaube, Siegmund Graff hat Recht mit seinem Satz auf dem heutigen Kalenderblatt: „Jede Verbesserung ist ein Fortschritt, aber nicht jeder Fortschritt ist eine Verbesserung.“

the Sabrina

Hilfe von Mensch zu Mensch

Viertes Treffen der Koordinatoren von Nachbarschaftshilfen aus Aschaffenburg

Bereits zum vierten Mal haben sich jüngst die Koordinatoren der Nachbarschaftshilfen aus Stadt und Landkreis Aschaffenburg getroffen. Auf Einladung der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises Aschaffenburg und des Fachdienstes Gemeindecasitas waren sie zu einem gemeinsamen Informations- und Erfahrungsaustausch zusammengekommen.

Organisierte Nachbarschaftshilfen gibt es mittlerweile in den meisten Gemeinden des Landkreises. Neue Gruppen haben sich in Alzenau-Albstadt und in der Stadt Aschaffenburg gebildet.

Der Dienst der Nachbarschaftshelfer ist ein wertvoller Beitrag zu einem bürgerschaftlichen Miteinander. Freiwillige Nachbarschaftshelfer erledigen auf Anfrage Fahrdienste, helfen bei Behördengängen, begleiten zu Ärzten, führen Gespräche, erledigen Einkäufe, bieten Botengänge, Spaziergänge und Ausflüge sowie Urlaubsdienste an. Oft geht es auch einfach um die stundenweise Entlastung von betreuenden Angehörigen. Alle Hilfsangebote der Nachbarschaftshelfer sind grundsätzlich kostenlos.

Koordinierung

Jede der 28 Nachbarschaftshilfegruppen in Stadt und Landkreis Aschaffenburg wird durch ein bzw. zwei Ansprechpersonen vertreten. Diese koordinieren ehrenamtlich alle Anfragen und Helfer. Moderiert wurde das diesjährige Koordinatorentreffen von Christiane Weber von der Fach-

Wünsche und Anregungen für eine weitere Unterstützung.

Anschließend wurde der neue Fortbildungskalender für Nachbarschaftshilfen mit Themen wie Pflege, Internetwelten oder Depression vorgestellt. Erstmals wird es auch Exkursionen zum Hospiz in Alzenau und zum Mehrgenerationenwohnen in Aschaffenburg geben. Für die Koordinatoren und Koordinatorinnen der Nachbarschaftshilfen war das Treffen wieder ein wichtiges Forum des Austauschs und der Information.

Weitere Informationen zu den Nachbarschaftshilfen gibt es bei Christiane Weber, Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises Aschaffenburg, Tel.: 06021/394-321 oder Burkhard Oberle, Fachdienst Gemeindecasitas, Tel.: 06021/392-230. □



Neue Leitung bei Regens Wagner Werk in Dillingen

Mit einem Festakt wurde die bisherige Chefin des Regens Wagner Werks Dillingen, Michaela Streich (4. v. r.) verabschiedet und die neue Leitung vorgestellt (v. l.): Nachfolger Stefan Leser, die Ehrengäste Gerhard Reile, Sr. AntonieStegmiller, Monsignore Hans Appel und Oberbürgermeister Frank Kunz, der stellvertretende neue Chef Matthias Kandziore, Michaela Streich und die Gäste Maria Wagner, Landrat Leo Schrell und Brigitte **Bild: jdt**

Wie Senioren wohnen wollen

Unterfränkische Wohnungsunternehmen stellen sich auf Wandel ein

Die Meldungen über drohende Folgen des demographischen Wandels reißen nicht ab. Alle Lebensbereiche sind betroffen - die Arbeitswelt, der Gesundheitssektor und auch der Wohnungsmarkt. „Den Prognosen zufolge wird Unterfranken in Bayern besonders stark von Abwanderung betroffen sein“, so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Treffen der Arbeitsgemeinschaft Unterfränkischer Wohnungsunternehmen (Adw) in Würzburg. „In einigen Gemeinden gibt es bereits Wohnungsleerstände.“

Noch ist es laut der Münchner Geografin Sabine Wennig für den ländlichen Raum normal, dass ältere Ehepaare zusammenleben, eine auskömmliche Rente und Kinder in der Nähe haben. Einer Umfrage im Kreis Würzburg unter 1.700 Senioren zufolge haben die meisten Senioren Kinder, die sich um sie kümmern, teilweise leben sie im eigenen Haushalt mit. Immerhin knapp zehn Prozent der Senioren sind allerdings schon kinderlos. Gegen einen Umzug wehrt sich die überwiegende Zahl der Befragten: „Wobei sich jüngere Seniorinnen dies noch am ehesten vorstellen können.“ Jeder dritte Senior klagt darüber, dass er in seiner Wohnung nicht mehr oder wahrscheinlich bald nicht mehr gut zurechtkommt.

Problemzonen

Wennig zufolge gibt es aus Senioren drei typische „Problemzonen“ in der Wohnung: „Stufen, das Bad und die Toilette.“ Über 55 Prozent der Senioren aus dem Kreis Würzburg wünschen barrierefreie Umge-

stellungen. Groß ist weiter das Bedürfnis nach einer gesicherten Betreuung im höheren Alter. Innerhalb der Senioren scheiden sich aktuell dagegen die Geister beim Thema „Wohngemeinschaft“. Noch lehnen die meisten dies für sich selbst ab. Doch auch hier ist viel im Umbruch, konstatierte Wennig. Was sich daran ablesen lässt, dass immer mehr jüngere Seniorinnen Interesse für gemeinschaftliches Wohnen mit Gleichaltrigen oder mit mehreren Generationen signalisieren.

Ideal für Menschen mit Rollator oder Rollstuhl ist die vor über fünf Jahren vom Eichstätter St. Gundekar-Werk zusammen mit der Caritas-Sozialstation realisierte Wohnanlage in Hilpoltstein. Die hier entstandenen 36 Wohnungen wurden barrierefrei gestaltet, selbst die Türschwellen weisen keinen Höhenunterschied auf. Die Caritas übernimmt bei Bedarf die Betreuung und trägt die in die Anlage integrierte Begegnungsstätte mit Internet-Café, Küche und Werkstatt. Organisiert werden die Gemeinschaftsräume von den äl-

ten Bewohnern selbst. „Ein interessantes Projekt, vor allem, weil es keinen Heimcharakter hat“, kommentierte AdW-Mitglied Jürgen Steinbach von der Stadtbau Aschaffenburg GmbH.

Das Interesse der Menschen, in einer Gemeinschaft zu leben, ist laut dem Aschaffener Stadtbauer aktuell sehr groß. Aus diesem Grund realisierte seine GmbH auch gemeinsam mit dem Aschaffener Verein „Wohnen in Gemeinschaft“ (WiGe) ein Mehrgenerationenprojekt in der Spessartstraße 17 und 19. Hier leben Menschen in 26 von der WiGe belegten Wohnungen innerhalb einer Hausgemeinschaft zusammen. Die ersten Mieter zogen im März dieses Jahres ein. Eine knapp 120 Quadratmeter große Wohn-

heit innerhalb des Objekts bleibt unvermietet. Sie steht als Gemeinschaftsraum für Geburtstage oder Treffen allen Mietern zur Verfügung.

Das Thema „Wohnen“ birgt laut Paul Beinhofer nicht nur demographischen, sondern auch sozialen Sprengstoff. „Wir müssen sicherstellen, dass auch sozial Schwache angemessen mit Wohnraum versorgt werden“, appellierte der Regierungspräsident. Besonders schwer zu erfüllen ist nach seiner Aussage der neue Rechtsanspruch von Asylsuchenden auf private Wohnungen. Für bis zu 400 auszugsberechtigte Asylbewerber, teils große Familien, sucht die Regierung derzeit Wohnraum. Beinhofer: „Besonders in den Ballungsräumen Aschaffenburg und Würzburg besteht ein hoher Bedarf. Trotz großer Bemühungen haben wir hier jedoch Schwierigkeiten, geeigneten Wohnraum zu finden.“

Pat Christ

Technologietransferzentrum

Weißenburg – Seit acht Monaten sind vertrauliche Gespräche geführt worden, nun haben der amtierende Landrat Robert Westphal und der CSU-Landtagsabgeordnete Gerhard Wagemann das Geheimnis gelüftet: Der Landkreis erhält ein Technologietransferzentrum (TTZ) für Kunststofftechnologie sowie ein Studienzentrum in Weißenburg.

Mit Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) ist alles klar gemacht worden und auch der Finanzminister hat eine Anschubfinanzierung von 7,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Vorbild für Weißenburg ist die Fachhochschule in Cham (Bayerischer Wald). Dass zwei bayerische Hochschulen, nämlich die FH Ansbach und die FH Regensburg, eng kooperieren, das ist für Professor Peter Sperber einmalig. Er sieht den Gewinn für die Region darin, dass der Schwund an qualifiziertem Personal gestoppt werden kann. Die demografischen Daten führt Professor Gerhard Mammen (FH Ansbach) vor Augen: „Nach bekannten Voraus-

berechnungen wird bis 2029 die Erwerbsbevölkerung in der Region um 20 Prozent zurückgehen, das sind 40.000 Menschen. Die Gruppe der 19- bis 25-Jährigen wird sich um 30 Prozent reduzieren.“

Das Beispiel von Teisnach im Landkreis Cham stimmt ihn optimistisch: „Da steckt Power dahinter. Das ist eine andere Welt als die universitäre.“ Oberbürgermeister Jürgen Schröppel rechnet sich für seine Stadt eine Stärkung der Wirtschaftskraft aus.

Erwartet werden zunächst 200 bis 300 Studenten, die sich an dem Bildungsmodell beteiligen, das von der Verzahnung von Studium und Arbeit ausgeht.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Bürgermeisterwahlen

In Furth im Wald/Opf., in Hösbach (Landkreis Aschaffenburg) und in Mönchsroth im Landkreis Ansbach wurden neue Bürgermeister gewählt.

Der Bürgermeister von Furth im Wald/Opf. Johannes Müller hat sein Amt verloren. In einer Stichwahl unterlag der 44-Jährige, der für seine selbst gegründete Wählergruppierung CFW angetreten war, gegen den CSU-Kandidaten Sandro Bauer. Bauer, der beim 1. Wahlgang bereits mit 45 Prozent in Front gelegen hatte, jedoch nicht die absolute Mehrheit erreichte, kam nunmehr auf 61,1 Prozent der Stimmen, während Müller 38,9 Prozent auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,1 Prozent.

Der parteilose Michael Baumann ist zum Rathauschef von Hösbach (Landkreis Aschaffenburg) gewählt worden. Er holte 55

Prozent der Stimmen, der CSU-Kandidat Jürgen Hochrein kam auf 24 Prozent, der Freie Wählerkandidat Reimund Heeg erzielte 21 Prozent. Der noch amtierende CSU-Bürgermeister Robert Hain hatte nach 24 Amtsjahren nicht mehr kandidiert. Wahlbeteiligung: 57,9 Prozent.

In Mönchsroth (Landkreis Ansbach) ist die Kandidatin der Freien Wählerliste, Edith Stumpf, zur Bürgermeisterin bestimmt worden. Die 52-Jährige erhielt 60,3 Prozent der Stimmen. Gegenkandidat Ulrich Lutz von der Freien Wählergruppe kam auf 39,7 Prozent. Amtsinhaber Fritz Franke von der Freien Wählergruppe war nicht mehr angetreten. DK



Offizieller Antrittsbesuch

Bischof Konrad Zdarse (Mitte) bei seinem offiziellen Antrittsbesuch in Dillingen, wo er von Oberbürgermeister Frank Kunz (rechts) und Stadtpfarrer Gottfried Fellner (links) herzlich empfangen wurde. Bild: jdt

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 8. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693300
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Stadtmobiliar + Bepflanzungssysteme

Messe- u. Vertriebservice J. Kuprat
www.messe-vertrieb.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/8906890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzsicherungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

LfA Report

DIE KUNDENZEITUNG DER LFA FÖRDERBANK BAYERN



Im Fokus: Hybride Wertschöpfung

Hybriden Unternehmen werden in einer Studie glänzende Aussichten bescheinigt.

Seite 2



Aus der LfA

Kompetent, wettbewerbsneutral und kostenlos – Beratung bayernweit.

Seite 3



Firmenportrait

Die EOS Gmbh gehört zu „Bayerns Best 50“ und ist Weltmarktführer für Laser-Sinter.

Seite 4

INDUSTRIEBERICHT 2011

Bayern bestens für die Zukunft gerüstet



Nachhaltiges Wachstum: Die bayerische Metallindustrie verbuchte 2010 das höchste Umsatzwachstum, direkt gefolgt von der Chemie, der Elektrotechnik und der Automobilbranche

Die bayerische Wirtschaft befindet sich trotz der weltwirtschaftlichen Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf in einer guten Verfassung. Dazu trägt laut Industriebericht Bayern 2011 das Verarbeitende Gewerbe wesentlich bei.

Dem vom bayerischen Wirtschaftsministerium herausgegebenen Bericht zufolge konnte sich das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Jahr 2010 deutlich erholen. Nach anderthalb Jahren im Zeichen der Wirt-

schaftskrise führten die wieder steigenden Auftrags-eingänge und die höhere Produktion zu einem ausgeprägten Umsatzwachstum. Zu dieser Verbesserung trugen nahezu alle Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bei.

Die höchsten Raten beim Umsatzwachstum verbuchten die Metallindustrie mit einem Plus von 45,3 Prozent und die Chemie, die gegenüber dem Jahr 2009 eine Verbesserung von 22,0 Prozent ausweisen konnte.

Auf den weiteren Plätzen folgten die Branchen Elektrotechnik (+20,8 Prozent) und Automobile (+20,0 Prozent). Dass die Umsätze so stark steigen konnten, hängt auch mit der Beschäftigungspolitik der Unternehmen zusammen. Sie haben in der Krise darauf gesetzt ihre qualifizierte Stammebelegschaft über Kurzarbeit im Betrieb zu halten, anstatt Entlassungen vorzunehmen. Damit hatten sie im Aufschwung personelle Ressourcen, um die steigenden Auftrags-eingänge zügig abzuwickeln. Besonders stark profitierte das Verarbeitende Gewerbe von der wachsenden Nachfrage aus dem Ausland. Mit 51,4 Prozent wurde mehr als die Hälfte des Umsatzes im Ausland erwirtschaftet – ein Rekordwert. Diese hohe Exportquote ist Ausdruck der Leistungsfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft. Im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern schneidet Bayern beim Thema „Zukunftsfähigkeit“ sehr gut ab. Der Freistaat belegt beim Bundesländer-Ranking den zweiten Platz und ist damit eines der vier Bundesländer mit „hohen Zukunftschancen“. Spitzenreiter ist der Stadtstaat Hamburg, Platz drei und vier gingen an Baden-Württemberg und Hessen. Der Industriebericht führt aus, dass sich Bayern durch eine sehr hohe wirtschaftliche Stärke sowie Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auszeichnet. Zudem bietet der Freistaat attraktive Arbeitsbedingungen und gute Perspektiven am Arbeitsmarkt.

INFO Gesamte Studie:
www.stmwivt.bayern.de/publikationen

STANDORT

Automobilland Bayern

Die Automobilbranche ist eine starke Säule der bayerischen Industrie. Hier wird fast ein Drittel des Gesamtumsatzes erwirtschaftet. Im vergangenen Jahr liefen 1,4 Millionen Pkw vom Band. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtmarkt von 25 Prozent. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) erklärte, dass Hersteller und Zulieferer in Bayern 167.000 Mitarbeiter beschäftigen und 2010 einen

Umsatz von über 93 Mrd. Euro erzielten. Dieser Wert könnte 2011 sogar steigen, denn bis Ende August stieg die Produktion im gesamten Bundesgebiet um 8 Prozent. Ob die IAA im September diesen Trend verstärken kann, bleibt abzuwarten. Der Zuwachs an Weltpremiere, Ausstellern und die größere Fläche lassen jedoch auf weiteres Wachstum hoffen.

MITTELSTAND

Ein Fünftel in Frauenhand

Seit Monaten ist das Thema „Frauenquote“ in aller Munde. Die Politik droht mit Gesetzen, wenn Führungspositionen nicht deutlich öfter mit Frauen besetzt werden. Dabei blickt sie besonders auf die Großkonzerne, in denen der Frauenanteil in Führungspositionen bei 3,2 Prozent liegt. Im Mittelstand ist man da schon viel weiter: Bei den gut 3,7 Millionen kleinen und mittleren Betrieben liegt

der Frauenanteil immerhin schon bei 19,4 Prozent. Wie das KfW-Mittelstandspanel ausführt, gibt es beim Führungsstil geschlechterspezifische Unterschiede. So reagieren frauengeführte Unternehmen schneller und stärker auf negative Konjunkturzeichen, sind aber bei Investitionen vorsichtiger. Daneben bieten sie bessere Möglichkeiten, Arbeit und Familie aufeinander abzustimmen.

IM FOKUS: HYBRIDE WERTSCHÖPFUNG

ERFOLGSFAKTOR

Produktion und Dienstleistungen in einem

Hybriden Unternehmen gehört die Zukunft. Davon ist die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft überzeugt.

Gemeint sind damit Firmen, deren Geschäftsmodelle aus einer Verbindung von industrieller Wertschöpfung und Dienstleistungen bestehen. Sie bieten also nicht nur industrielle Produkte, sondern Gesamtlösungen aus industriellem Gut und Dienstleistungen, die zusammen ein neues Produkt bilden.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat im Auftrag der vbw in einer Studie hybride Unternehmen näher untersucht und einen „Erfolgsindex“ berechnet. Das Ergebnis: Hybride Unternehmen sind erfolgreicher als solche mit einer nicht-hybriden Ausrichtung. Sie erreichen einen Indexwert von 105,6, während nicht-hybride Unternehmen lediglich einen Wert von 100 erzielen. Auch bei anderen Kriterien wie der Internationalisierung (84:64), der Forschung (56:39) oder der Innovation (76:58) erreichen hybride Unternehmen deutlich bessere Werte als nicht-hybride.

Dabei steht die Entwicklung hybrider Unternehmen erst am Anfang. Laut der Studie können erst 16 Prozent der Wirtschaft in Bayern derzeit als hybrid bezeichnet



Zukunftschancen: Hybride Unternehmen sind erfolgreicher als solche mit einer nicht-hybriden Ausrichtung

werden, in Deutschland insgesamt sind es sogar noch etwas weniger. Die vbw geht davon aus, dass sich dieser Prozentsatz in den nächsten fünf Jahren in Deutschland auf gut 20 Prozent, in Bayern auf bis zu 25 Prozent steigert. Grund für das schnellere Wachstum in Bayern sind die guten Ausgangsbedingungen im Freistaat. Bereits heute erwirtschaftet das Verarbeitende Gewerbe zusammen mit anderen Branchen im Industrie-Dienstleistungsverbund rund ein Drittel der Wertschöpfung –

und damit mehr als in Deutschland. Auch Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil sieht die große Bedeutung des Themas für die Zukunft der bayerischen Wirtschaft: „Hybride Wertschöpfung bietet den Kunden komplette Problemlösungen und eröffnet unseren Unternehmen neue Absatzfelder. Das ermöglicht der bayerischen Wirtschaft zahlreiche Chancen, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und damit Wertschöpfung und Beschäftigung in Bayern zu sichern.“

INTERVIEW

Das neue Alleinstellungsmerkmal

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), über hybride Wertschöpfung innerhalb eines Unternehmens und deren Zukunftsrolle.



Bertram Brossardt: vbw-Hauptgeschäftsführer

LfA Report: Welche Bedeutung hat die Hybridisierung für die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft?

Bertram Brossardt: Die bayerische Wirtschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie in der Lage ist, Industrieprodukte mit hoher Qualität und angemessenem Preis herzustellen und weltweit zu verkaufen. Andere Regionen holen aber auf, insbesondere die Schwellenländer. Auch sie werden in absehbarer Zeit in der Lage sein, Industrieprodukte mit hoher Qualität anzubieten zu

niedrigeren Preisen. Qualität als Alleinstellungsmerkmal reicht nicht mehr aus, um vorne zu sein. Das neue Alleinstellungsmerkmal ist die Hybridisierung, die Fähigkeit, dem Kunden durch Komplettlösungen für sein spezifisches Anliegen ein neues Produkt mit höherem Mehrwert zu bieten, statt allein Produkte zu verkaufen.

Die Anforderungen an hybride Unternehmen sind hoch. Ist die Hybridisierung auch etwas für den Mittelstand?

Um erfolgreich hybride Wertschöpfung zu betreiben, ist ein breites Kompetenz-Portfolio entlang der Wertschöpfungskette notwendig. Während große Unternehmen dies allein stemmen können, sind kleine und mittlere Betriebe auf Netzwerke/Partner angewiesen. Netzwerke sind für KMUs daher von zentraler Bedeutung.

Wo sehen Sie Handlungsfelder, damit sich die hybride Wertschöpfung gut entwickeln kann?

Voraussetzung sind gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Hybride Unternehmen benötigen eine hochleistungsfähige Infrastruktur und Energieversorgung sowie gut ausgebildete Fachkräfte. Gleichzeitig sollten Hochschulen dem Querschnittscharakter hybrider Unternehmen durch mehr interdisziplinäre Studiengänge Rechnung tragen.

FIRMENBEISPIELE

Wie man hybride Geschäftsmodelle erfolgreich in der betrieblichen Praxis umsetzt, machen zwei Beispiele deutlich, das Coburger Unternehmen Kaeser Kompressoren und die Wolf Heiztechnik aus Mainburg.

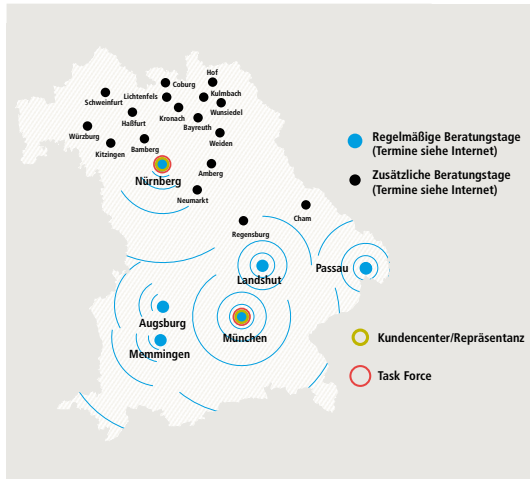
Die Firma Kaeser Kompressoren verfügt über ein stark fortgeschrittenes hybrides Geschäftsmodell. Das Unternehmen ist mit weltweit 4.000 Mitarbeitern einer der größten Druckluft-Systemanbieter in Europa. Zum Angebot gehört das Sigma Air Utility. Dabei kauft der Kunde keine Kompressoren mehr wie im klassischen Geschäftsmodell, sondern die Bereitstellung und die ständige Verfügbarkeit von Druckluft. Das heißt, der Kunde muss sich nicht mehr um die Geräte und ihre Wartung kümmern. Hierdurch entsteht eine dauerhafte Beziehung zum Kunden, weil dieser einen erhöhten Mehrwert durch das Angebot erzielt. Kaeser ist ein Vorreiter der hybriden Wertschöpfung. Seit 1991 bietet das Unternehmen schon derartige Modelle an.

Die Wolf Heiztechnik hat 2010 rund 290 Millionen Euro Umsatz gemacht und beschäftigt 1.500 Mitarbeiter. Etwa ein Drittel des Umsatzes entfällt auf das Auslandsgeschäft mit Schwerpunkt Europa und Russland. 2003 hat sich die Firma neu ausgerichtet. Sie verkauft nicht mehr nur Heizungs- und Klimageräte, sondern auch die komplette Klimatisierung und Beheizung von Gebäuden – also Nutzen statt Anlagen. Der Vorteil: Der Kunde muss nicht selbst investieren, hat Leistungsgarantien, muss sich nicht um die Wartung der Anlagen kümmern und kann sich so auf sein eigenes Kerngeschäft konzentrieren.

AUS DER LFA FÖRDERBANK BAYERN

BERATUNG

Bayernweit vor Ort



Beratung bayernweit: Kompetent, wettbewerbsneutral und kostenlos

Nur wer die Förderprodukte kennt, kann sie auch nutzen. Deshalb ist die Beratung eine der Säulen im Förderinstrumentarium der Bank.

Die LfA Förderbank Bayern arbeitet eng mit den Hausbanken zusammen (Hausbankprinzip), hat aber keine eigenen Filialen. Um dennoch möglichst nahe am Kunden zu sein, ist die erfolgreiche

Beratungstätigkeit der Bank so organisiert, dass sie so effizient wie möglich „bayernweit vor Ort“ angeboten werden kann.

Das Grundangebot besteht aus dem Internetauftritt – www.lfa.de – sowie aus dem LfA-Kundencenter in München, von dem aus bayernweit eine telefonische Beratung eingeholt, Informationsmaterial angefordert, aber auch ausführliche Beratungsgespräche geführt werden können.

Für Beratungsgespräche in der Nähe des jeweiligen Kundensitzes gibt es hinzu noch als Zusatzangebot die mobilen Außenstellen, die zu regelmäßigen Terminen in allen Regierungsbezirken in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern Beratungstage abhalten. Außerdem im Portfolio: Die Krisenfeuerwehr „Task Force“. Sie bietet für Unternehmen mit besonderen Problemen spezielle Beratungsgespräche unmittelbar beim Unternehmen an. Zur Optimierung des dezentralen Beratungsservice wurde vor zehn Jahren die LfA-Repräsentanz Nordbayern in Nürnberg eingerichtet, von der die Beratung speziell für Nordbayern einschließlich der Aufgaben der Task Force durchgeführt werden. Sie gewährleistet damit für Nordbayern die gleiche Qualität an Beratungsleistungen, wie sie vom Münchner Hauptsitz aus geleistet wird.

Vom Beratungsangebot der LfA Förderbank Bayern profitieren somit alle Geschäftspartner: die Firmenkundenberater der Banken und die Multiplikatoren sowie die Gründer und Unternehmer selbst, weil sie mit konkretem Wissen über passende Fördermöglichkeiten in die Finanzierungsgespräche mit ihrer Hausbank gehen können.

NACHRICHTEN

Jubiläum

Mit einer Feierstunde beging die LfA Förderbank Bayern am 13. Oktober das zehnjährige Jubiläum ihrer Repräsentanz Nürnberg. Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel und IHK-Präsident Dirk von Vopelius würdigten die Bedeutung der Repräsentanz für ganz Nordbayern.



Bankdirektor Herbert Antes: Leiter LfA-Repräsentanz Nürnberg

Nicht weniger als 12.600 Einzelberatungen hat die Repräsentanz seither durchgeführt. Ihr Leiter ist von Anfang an Herbert Antes.

Infotag

Am 17. November 2011 richtet die LfA Förderbank Bayern in Würzburg eine spezielle Informationsveranstaltung für Banken und Finanzberater aus. In Workshops und persönlichen Gesprächen vermittelt sie Bankenvertretern, Steuerberatern und Multiplikatoren Neuerungen im LfA-Angebot. Eine Kunstführung durch die aktuelle Ausstellung im Kulturspeicher der Stadt rundet das Programm ab. Anmeldung unter info@lfa.de.

Fördermodell

„Wie betreibt man in Bayern eine effiziente Wirtschaftsförderung?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt bei den Besuchen zweier ausländischer Delegationen in der LfA Förderbank Bayern. Am 22. September war eine hochrangige Abordnung des slowakischen Wirtschaftsministeriums zu einem Informationsgespräch in der Förderbank. Tags darauf waren Spitzenmanager der slowenischen Förderbank SID unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden Sibil Svilan zu Besuch.

AUF EIN WORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Energiewende ist in aller Munde. Sie findet nicht an fernen grünen Tischen statt, sondern auch vor Ort – dort, wo Energie bereitgestellt und nachgefragt wird. Die Energieerzeugung und Energieversorgung gehen bereits seit geraumer Zeit in Richtung Rekommunalisierung. Daraus folgt: Unsere Städte und Gemeinden müssen den Einsatz erneuerbarer Energien planen und umsetzen. Die nötigen Investitionen sind aber angesichts knapper öffentlicher Haushalte ohne die Hilfe verlässlicher Finanzierungspartner kaum zu stemmen.

Deshalb helfen wir den Kommunen bei der Finanzierung der Energiewende auf drei Ebenen: Zum Einen finanzieren wir Energie-Großprojekte auf Einladung der Hausbanken im Rahmen von Bankenkonsortien mit. Zum Zweiten fördern wir die Kommunen direkt mit dem aus gesprochen zinsgünstigen Infrakredit Kommunal. Zum Dritten bieten wir Kommunen mit günstigen geologischen Voraussetzungen den Infrakredit Tiefengeothermie an. Damit werden Versorgungsnetze gefördert, die überwiegend aus der vor Ort geförderten Tiefengeothermie gespeist werden und die Wärme zum Verbrauch bringen. Wer diese Angebote nutzt, schafft kluges Haushalten und Energieinvestitionen im Gleichschritt.



Otto Beierl:
Mitglied des
Vorstands der LfA
Förderbank Bayern

KREDITVERGABE

Herbstbilanz 2011

Weiter im Höhenflug ist die Kreditvergabe der LfA Förderbank Bayern. In den ersten neun Monaten 2011 sagte das Institut zinsverbilligte und zinsgünstige Darlehen von 1,4 Milliarden Euro zu – 19 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Gelder fließen an 4.700 kleine und mittlere Betriebe, die damit Investitionen von nahezu 2,2 Milliarden Euro finanzieren. Dabei handelt es sich überwiegend um Erweiterungen und Modernisierungen. Auch bei den Hilfen für Existenzgründungen legte die Bank deutlich zu.

Bei den Risikouibernahmen war die Nachfrage erwartungsgemäß rückläufig, da die Betriebe zunehmend wieder selbst Sicherheiten für die Aufnahme von Krediten stellen können.

PERSONALIE

Ernennung zum Vorstand

Zum 1. Oktober wurde Thies Claussen als neues Mitglied des Vorstands der LfA Förderbank Bayern bestellt. Die Vorstandsverantwortung des promovierten Betriebswirts liegt schwerpunktmäßig in den Bereichen Produktgestaltung, Beratung und Partnermarketing. Claussen ist Nachfolger von Joachim Feldmann, der Ende Februar altersbedingt aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Er war 2010 vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gekommen und als Generalbevollmächtigter in die Förderbank eingetreten. Im Ministerium war er befasst mit den Bereichen Förderbanken, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft und Ansiedlungspolitik (Invest in Bavaria), zuletzt als Abteilungsleiter.

UNTERNEHMENSPORTRÄT

Laser verändern die Produktionswelt



Innovationen aus Bayern: Hans J. Langer ist Gründer der EOS GmbH und ermöglicht mit seinen Laser-Sintern e-Manufacturing

Dass der Einsatz von Lasern überraschende Effekte haben kann, dürfte vielfach bekannt sein. Im Bereich des e-Manufacturing ist er mittlerweile essentiell. Dies zeigt die LfA-geförderte EOS GmbH, der Weltmarktführer im Bereich Laser-Sintern.

Das Unternehmen wurde 1989 von Hans J. Langer mit der Vision gegründet, dreidimensionale Bauteile direkt aus CAD-Daten mithilfe der Lasertechnik zu erzeugen und kommerziell zu nutzen. Anstatt zunächst mühsam Modelle mit konventionellen Verfahren zu bauen, können direkt aus den elektronischen Konstruktionsdaten Bauteile in einem additiven Schichtbauverfahren erzeugt werden – dem Laser-Sintern. Laser-Sintern wurde damit zur Schlüsseltechnologie für ein



neues Produktionsverfahren. Durch e-Manufacturing auf Basis des Laser-Sinterns werden die Produktentwicklung erheblich beschleunigt und Produktionsprozesse modernisiert.

Als Zukunftstechnologie revolutioniert das e-Manufacturing die industrielle Fertigung und wird bereits in zahlreichen Industriezweigen eingesetzt, wie z.B. Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik, Automobilbau, Werkzeugbau, Maschinenbau und im Konsumgüterbereich. Langer erklärt dazu: „Das Verfahren ermöglicht es unseren Kunden, auch die Konstruktion völlig neu zu denken und bisher nicht da gewesene Design-Freiheiten zu nutzen. Aus unterschiedlichsten Kunststoffen und Metallen können per Laser-Sintern komplexeste Teile hergestellt werden, die mit konventionellen Verfahren so nicht herstellbar wären.“

Unternehmensgründer Langer kann in seiner heutigen Position als Geschäftsführer eines mittelständischen Global Players immer wieder auf seinen wissenschaftlichen Hintergrund zurückgreifen – er ist promovierter Physiker und ehemaliger Max-Planck-Wissenschaftler. Wie erfolgreich das einstige Nischenunternehmen inzwischen ist, macht die Mitarbeiterzahl von weltweit 350 deutlich. Allein am Firmensitz in Krailling bei München beschäftigt EOS 275 Mitarbeiter. Und das Unternehmen wächst stetig weiter, sowohl in puncto Umsatz als auch in der Zahl der Mitarbeiter.

Erfolg gibt einem bekanntlich Recht und so wurde EOS im vergangenen Juli zum zweiten Mal nach 2008 die Auszeichnung „Bayerns Best 50“ verliehen. Damit ehrt der Freistaat alljährlich die fünfzig dynamischsten, inhabergeführten Mittelständler.

INFO Ausführliche Informationen erhalten Sie unter: www.eos.info

BETRIEBSFÜHRUNG

Lob kann Wunder wirken

Mehr Einsatz für die Mitarbeiter, mehr Feedback und öfter mal ein Lob für gute Arbeit – das wünschen sich Beschäftigte von ihrer Führungskraft.

Dass sich dieser Einsatz lohnt, bestätigt der Fehlzeiten-Report 2011, der vom Wissenschaftlichen Institut der AOK in Kooperation mit der Universität Bielefeld und der Beuth Hochschule für Technik Berlin publiziert wird. Damit angesichts des demografischen Wandels die Mitarbeiter motiviert und leistungsfähig bleiben, spielt das Verhalten der Führungskräfte eine besondere Rolle. Sie sind oft selbst großen Belastungen und Beanspruchungen ausgesetzt, tragen gleichzeitig aber die Verantwortung für die Gesunderhaltung ihrer Mitarbeiter. Laut dem Report haben Mitarbeiter, die von ihren Führungskräften gut informiert werden und Anerkennung erfahren, weniger gesundheitliche Beschwerden und identifizieren sich häufiger mit ihrem Unternehmen. Das erhöht auch den Unter-



Lob als Führungsinstrument: viel zu selten eingesetzt

nehmenserfolg. „Doch viele Chefs verhalten sich nicht entsprechend. Selbst kleine Selbstverständlichkeiten, wie ein Lob bei guter Leistung, erhalten mehr als die Hälfte der Mitarbeiter nicht von ihrem Chef“, erläutert Report-Mitherausgeber Helmut Schröder.

INFO Der Report ist erhältlich unter: www.wido.de/fzr_2011.html

FACHKRÄFTE

Nachwuchs im Kommen

„Handwerk hat goldenen Boden“ – dieser Satz dürfte auch für den aktuellen Ausbildungsjahrgang im bayerischen Handwerk in vollem Umfang gelten.

Das bayerische Handwerk bildet mit rund 82.000 Ausbildungsverträgen mehr aus, als die gesamte Wirtschaft der 11 kleinsten Bundesländer. „Das ist schon ganz schön sportlich. In Bayern dürfen wir stolz sein, auf unsere Wirtschaftsmacht von Nebenan“, stellt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil fest. Mit Blick auf die positiv ausgefallenen Zahlen stellte er einen Zusammenhang zum drohenden Fachkräftemangel her: „In Zeiten wachsenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte ist dies eine ebenso erfreuliche wie beachtliche Leistung.“ Zu Beginn des Ausbildungsjahres reißen die positiven Meldungen aus dem Handwerk nicht ab. Zum 31. August verzeichneten die sechs bayerischen Handwerkskammern 21.286 neue Abschlüsse, ein Anstieg um 4,25 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

„Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie attraktiv eine handwerkliche Berufsausbildung für unsere Jugendlichen ist“, betont der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger. Zugleich betonte er, dass auch in diesem Jahr viele Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Für das Jahr 2010 bezifferte er die Zahl auf 10.000. Hier setzt der Internetauftritt www.lehrlinge-fuer-bayern.de an, der Jugendliche an das Handwerk heranzuführen soll.

INFO Mehr Informationen unter www.lehrlinge-fuer-bayern.de

Geschäftsfelder der LfA



IMPRESSUM

Herausgeber: LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München, Tel.: 089 / 21 24 - 0, Fax: 089 / 21 24 - 24 40, Internet: <http://www.lfa.de>
Redaktion: Peter Freyemark (v.i.S.d.P.) Gestaltung und Realisierung: Burda Creative Group GmbH München
Druck: M. Saupe & Co GmbH Auflage: 60 000, erschienen im November 2011, der LfA Report erscheint vierteljährlich Fotos: S. 1: fotolia; S. 2: fotolia und LfA Förderbank Bayern; S. 3: LfA Förderbank Bayern; S. 4: LfA Förderbank Bayern

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.